Die rote Schulpolitik der CDU S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 29 – 21. Juli 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Bittsteller in Erpresserlaune
Zypern und Slowenien wissen, wie sie ihre Interessen durchsetzen 2

Preußen / Berlin

DDR-Gedenken kurzgehalten
Gedenkstätte Hohenschönhausen bekommt trotz Besucher-Rekords kaum mehr Mittel 3

Hintergrund

Kampagne statt »Murks«-Gesetz
Das neue Melderecht ändert weniger, als behauptet 4

Deutschland

Tierschutz Muslimen geopfert
Berlin verbietet zwar das Schächten, lässt aber Hintertüren offen 5

Ausland

Gefährlicher Makel
US-Präsidentschaftskandidat hat Millionen im Ausland 6

Kultur

Maler dreier Preußenkönige
Pesne: Begründer des friderizianischen Rokoko 9

Geschichte

Untergang vor Publikum
Vor 80 Jahren kenterte die »Niobe« im Fehmarnbelt 10





Böse Polemik oder doch ein wahrer Kern? Auch die Bodenreform der DDR zugunsten der armen Neubauern, die unter dem Motto „Junkerland in Bauernhand" lief, bedeutete eine entschädigungslose Enteignung einer ganzen Gesellschaftsschicht und traf keineswegs nur die adligen Großgrundbesitzer. Offiziell sollte es nur die „reichen" Junker mit über 100 Hektar treffen, aber im Laufe der Enteignungswelle verlor auch so mancher Landwirt mit deutlich weniger Hektar und 20 Kühen seinen Besitz, weil er im Vergleich zu seinen Nachbarn „reich" war.



Privatvermögen gehört in Regierungshand

Illegal und dumm

Idee einer Zwangs-»Anleihe« trifft selbst in der CDU auf Zustimmung

In der Hoffnung, über den Neidaspekt Zustimmung zu erhaschen, ist von „Reichen" die Rede. Blickt man aber auf die veranschlagten Vermögenswerte, zählen plötzlich ganz viele Deutsche zu den Reichen, denen man in die Tasche greifen könnte.

Die Reaktionen auf den Vorschlag des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" (DIW), Privat- und Firmenvermögen von mehr als 250 000 Euro (bei Paaren mehr als 500 000) mit einer zehnprozentigen „Zwangsanleihe" zu belegen, hat aufschlussreiche Reaktionen hervorgerufen.

Betroffen wären nur acht Prozent der Deutschen, so das DIW. Das erscheint kaum glaubhaft. Schließlich zählen zum „Vermögen" auch Immobilien, Betriebe sowie private Renten- und Lebensversicherungen mindestens zum Rückkaufwert. Einfamilienhäuser sind in deutschen Großstädten aber kaum mehr unter 250 000 Euro zu bekommen, und Millionen Freiberufler müssen bis zu ihrer Verrentung beachtliche Kapitalstöcke in ihrer privaten Altersversorgung aufbauen, wollen sie nicht in Altersarmut versinken. Angestellte sind aus dem gleichen Grund zu Zusatzrenten (betriebliche oder Riesterrente) genötigt.

> An das Grundgesetz hat keiner der Befürworter gedacht

Der DIW-Vorschlag lautet beschwichtigend, das Geld solle zunächst als Anleihe erhoben und nur dann nicht zurückgezahlt werden, wenn die Haushaltslage angespannt bleibe. Dann aber rechnen die Wissenschaftler vor, dass die deutsche Staatsschuldenquote mit der Maßnahme von 83 auf 74 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden könne. Doch durch „Anleihen" werden keine Schulden gesenkt, sondern höchstens verlagert. Die Bezeichnung „Anleihe" ist somit von vornherein Betrug, an eine Rückzahlung ist nicht gedacht.

Die Parteien links der Mitte sowie der linke Flügel der Union, vertreten durch den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, sind dennoch spontan begeistert. Das ist wenig überraschend.

Mehr schon erschüttern mag die Reaktion des Bundesfinanzministeriums. Das Haus Schäuble bezeichnet den Vorschlag als „interessant". Allerdings sei eine solche Maßnahme nicht nötig, weil der deutsche Bundeshaushalt solide sei.

Mit anderen Worten: Nicht das Grundgesetz, das entschädigungslose Enteignung verbietet, spielt eine Rolle. Auch nicht, dass die Deutschen schon heute eine weit höhere Steuer- und Abgabenquote ertragen müssen als die Bürger der sogenannten „Euro-Krisenländer". Es wird allein nach Kassenlage entschieden, ob der Staat die Bürger enteignen sollte oder nicht, wie in einer archaischen Raubritter-Despotie. Die Verlotterung des Rechtsbegriffs zeigt sich gänzlich ohne Maske.

Völlig missachtet hat das linkslastige DIW, welche Folgen eine solche Maßnahme für die Kapitalflüsse hätte: Das Kapital würde massenhaft aus dem bislang sicheren Deutschland fliehen, die Zinsen für deutsche Staatsschulden stiegen entsprechend rapide, Folge: Deutschland fiele als Anker für Europa aus. Damit wäre das Schicksal des europäischen Projekts besiegelt. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Kein Vertrauen

Die Affäre Wulff, Minister, die das Grundgesetz ignorieren, Bundestagsabgeordnete, die sich lieber ein Fußballspiel ansehen, als an einer Abstimmung teilzunehmen, und ein ehemaliger Ministerpräsident, gegen den wegen des Verdachts der Untreue im Amt ermittelt wird. Das sind nur einige Beispiele dafür, warum unsere „Volksvertreter" beim Volk, dessen Wohl sie sich eigentlich zu widmen haben, nicht mehr gut gelitten sind. Eine Umfrage von „Zeit-Online" hat ergeben, dass gerade einmal 14 Prozent der Deutschen der Bundesregierung vertrauen. Nun ist das noch kein Grund zur Aufregung, denn eine Bundesregierung lässt sich beizeiten abwählen. Kritisch wird es dagegen, wenn auch das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen schwindet. Und hier wartet die Studie mit alarmierenden Ergebnissen auf. Denn auch dem Bundestag vertrauen nur noch 14 Prozent derjenigen, die ihn einst selbst gewählt haben. Dass der Verfassungsschutz sogar noch einen Prozentpunkt darüber liegt, kann derzeit schlechterdings nur verwundern. Besser, wenn auch nur im Vergleich halbwegs gut, kommen mit jeweils rund 40 Prozent der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht weg.

Insgesamt ergibt das ein desaströses Bild der Politikerkaste und wirft die Frage nach der Legitimität unseres politischen Systems auf. Eine repräsentative Demokratie basiert wesentlich auf Vertrauen der Bürger in „den Staat". Die Politiker müssen sich dieser Gunst des Volkes durch untadeliges Verhalten würdig erweisen. Doch dazu bedarf es Persönlichkeiten, die noch Werte wie Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit vertreten und keiner Karrieristen, Egoisten, Opportunisten und Selbstdarsteller.

Geld frisst Recht

Für Olympia in London gelten schärfste Vermarktungsrechte

Ob es bei den Ende des Monats in London beginnenden Olympischen Spielen statt Medaillen, wie von den Meteorologen vorhergesagt, dicke Tropfen regnet oder nicht, zwei Gewinner stehen schon jetzt fest: das Internationale Olympische Komitee (IOC) und die Stadt London, die beiden Träger des sportlichen Großereignisses. Knapp 1,8 Milliarden Euro haben mehrere Großkonzerne dafür bezahlt, um als offizielle Werbepartner der Spiele auftreten zu dürfen.

Im Gegenzug machen die Organisatoren seit Anfang der Woche regelrecht Jagd auf Unternehmen, die mit den Spielen werben, ohne dafür bezahlt zu haben. Mehr als 300 Mitarbeiter der eigens für die Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spielen gegründeten Behörde untersuchen unangekündigt Geschäfte, Gastronomiebetriebe und Büros, um unerlaubte Werbeaktionen aufzuspüren und vor Gericht zu bringen. Verstöße werden mit bis zu 25 000 Euro geahndet. Wer etwa Signalworte wie „silver", „gold", „summer", „games" oder nur „London" oder „2012" verwendet, wird angezeigt. Ebenso ist es verboten, für Liveübertragungen zu werben, wenn auf den Schildern Marken zu erkennen sind, die nicht den Sponsoren gehören. Um die Rechte von McDonalds's zu schützen, wurde den 800 Händlern an den Sportstätten verboten, Pommes Frites zu verkaufen. Selbst vor den Fans machen die Markenpolizisten nicht Halt. So ist es untersagt, Fotos aus dem Stadion in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen. Begründung: Die Markenexklusivität könnte verletzt werden, indem Zuschauer Artikel eines Nichtsponsors tragen. Auch die Athleten müssen sich an strikte Regeln im Umgang mit sozialen Netzwerken halten. Schon die Mitteilung „habe gewonnen" ist verboten. Und schließlich bleibt der Luftraum für alle Werbeaktivitäten von Nichtsponsoren gesperrt. *Jan Heitmann*

> Ein »Gold-Burger« kostet 25 000 Euro

Keine Lust auf Politik

Sinkende Auflagen: Fernsehzeitschriften stehen noch am besten da

Wer die mit Verspätung vorgelegten Auflagenzahlen für das zweite Quartal des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) liest, wird verstehen, warum die Zeitungsmacher die Zahlen am liebsten niemals veröffentlicht hätten. Fast alle Titel haben sinkende Auflagen. Dieser Rückgang lässt sich einerseits mit den geänderten Lesegewohnheiten sowie der Konkurrenz durch Internet und Smartphones erklären, andererseits wäre diese Erklärung zu kurz gegriffen, sieht man, welche Titel sich noch am besten verkaufen oder gar Zuwächse – auch das gibt es noch – verzeichnen konnten.

So können sich Fernsehzeitschriften immer noch über mehrere Millionen verkaufte Exemplare freuen. Doch je politischer die Materie wird, desto seltener greifen die Käufer nach den entsprechenden Titeln. So mussten der „Spiegel" und selbst der stark bebilderte, manchmal dicht an den Boulevard grenzende „Stern" die niedrigsten Auflagen seit Jahrzehnten vermelden. Der neue Stern am Zeitschriftenhimmel heißt hingegen „Landlust", ist absolut unpolitisch und strahlt eine Harmonie aus, die für jeden, der sich mit dem Zeitgeschehen beschäftigt, nicht darstellbar ist. 995 271 Exemplare hat „Landlust" verkauft, der „Spiegel" nur 906 804. Die Rückschlüsse, die man anhand dieser Zahlen auf die Stimmung im Land ziehen kann, sind fatal. Immer mehr Deutsche verspüren offenbar das Bedürfnis nach Rückzug aus dem Alltag und verzichten somit auch auf die Teilhabe und Gestaltung der Demokratie. Normalerweise kennt man die damit offenbar vorhandene Suche nach Nischen in der Gesellschaft, die einem Luft zum Atmen bieten, nur aus Diktaturen. Als Folge der Abkehr von politischen Medien verlieren diese wiederum ihre sowieso jetzt schon überschaubare Vielfalt: Die Zahl der Verlage und Vollredaktionen sinkt kontinuierlich. *Bel*

> »Landlust« lässt »Spiegel« hinter sich

Zwischenruf

Die Staatskrise

Die Staatsschuldenkrise in sechs Staaten der Euro-Zone hat sich zu einer Staatskrise in Deutschland ausgeweitet. Das fanatische Festhalten der politischen Klasse in der Euro-Zone an der Gemeinschaftswährung hat nunmehr zum Ergebnis, dass eine kleine Gruppe verantwortungsbewusster Bürger aus allen Parteien den Versuch unternimmt, den beschlossenen Vertrag über den dauerhaften Euro-Stabilitätsmechanismus (ESM) durch das Verfassungsgericht stoppen zu lassen. Die Voraussetzung dazu erbrachte Bundespräsident Joachim Gauck, der den ESM-Vertrag bisher nicht unterzeichnete und damit das Inkrafttreten dieses monströsen Ermächtigungsgesetzes verhinderte. Den Menschen in Deutschland ist ja nicht klar, was der ESM-Vertrag für sie bedeutet. Deutschland gäbe die Autonomie, über seine Finanzen zu bestimmen, an ein europäisches Gremium ab. Endgültig! Unwiderrufbar! Es ist ein Vertrag, der Deutschland zur Ausplünderung freigibt. Der deutsche Gesetzgeber hat diese Freigabe erteilt.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 12. Juli in einer mündlichen Verhandlung die Beschwerdeführer zum Eilantrag gegen den ESM-Vertrag sowie auch die Vertreter der Bundesregierung angehört. Die Bundesregierung bat das Gericht, schnell zu entscheiden. Finanzminister Wolfgang Schäuble und Vertreter des Bundestages zeichneten bei der Verhandlung ein Szenario, das bis zum totalen Chaos – Zusammenbruch des Währungsraumes – reichte, wenn der ESM jetzt nicht in Kraft tritt. Das Gericht hat sich davon nicht beeindrucken lassen. Am 12. September wird es seine Entscheidung bekannt geben.

Die Abstimmungen im Bundestag zum ESM-Vertrag sowie auch zu anderen Verträgen und Gesetzen sagt viel über die Qualität unserer politischen Klasse aus. Mehr als zwei Drittel aller Abgeordneten stimmte dem „Ermächtigungsgesetz“ ESM zu. Paul Kirchhoff, der ehemalige Verfassungsrichter, hat vor wenigen Tagen gewarnt: „Eine Instabilität des Rechtes wiegt schwerer als eine Instabilität der Finanzen.“ *Wilhelm v. Gottberg*

Die Schulden-Uhr:

Keine Anrechnung

Gemäß einem vertraulichen EFSF-Vorschlag soll eine erste Tranche über 30 Milliarden Euro bereits Ende dieses Monats an spanische Banken fließen. Weitere von je 15 Milliarden Euro sollen Mitte November, Ende Dezember sowie Ende Juni 2013 folgen. Außerdem sind bis zu 25 Milliarden Euro für eine noch zu gründende Bad Bank vorgesehen. Obwohl die Deutschen immer wieder mit der Behauptung beruhigt werden, Spanien hafte für das Geld, soll es laut der Vorlage nicht auf dessen Staatsschuld angerechnet werden. *M.R.*

2.043.959.624.630 €

Vorwoche: 2.043.145.997.391 €
Verschuldung pro Kopf: 24.987 €
Vorwoche: 24.977 €

(Dienstag, 17. Juli 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bittsteller in Erpresserlaune

Klein aber durchaus einflussreich: Zypern und Slowenien wissen, wie sie ihre Interessen durchsetzen

Obwohl die EU-Neumitglieder Zypern und Slowenien in akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, wird die EU durch die beiden Ländern erpresst. Statt aus der misslungen EU-Erweiterungspolitik Konsequenzen zu ziehen, bereitet Brüssel nun den Beitritt eines Landes vor, dem sogar der Ruf eines „Mafia-Staats“ vorauseilt.

In der Geschichte der Euro-Rettungspolitik dürfte es wohl eine Premiere sein. Der Antrag den Euro-Rettungsschirm anzuzapfen wird mit Beschimpfungen der Geldgeber begleitet. Zyperns Präsident Dimitris Christofias bezeichnete EU, EZB und Internationalen Währungsfonds (IWF) im Hinblick auf Griechenland als „Kolonialmacht“. Was er nicht erwähnt hat: Die angebliche Kolonialmacht bringt erstaunlich viel Geld mit. Im Fall von Zypern wird mit einem Hilfspaket von bis zu zehn Milliarden Euro gerechnet.

Gemessen an dem, was Irland oder Griechenland inzwischen erhalten haben, mag die Summe zunächst einmal unbedeutend erscheinen. Die Bedeutung des erwarteten Hilfspakets wird erst bei einem Blick auf die zypriotische Wirtschaftskraft deutlich. Die etwa 840 000 Einwohner des südlichen Teils Zyperns erwirtschaften nicht einmal 18 Milliarden Euro jährlich. Würde Deutschland ein Hilfspaket in ähnlicher Relation zur Wirtschaftsleistung wie Zypern erhalten, dann müsste die übrige Euro-Zone 1,4 Billionen Euro nach Berlin überweisen.

Zum Verhängnis geworden ist Zypern sein starkes Engagement in Griechenland. Die Kredite zypriotischer Banken an den griechischen Privatsektor werden allein auf 23 Milliarden Euro veranschlagt, zusätzlich sind massive Verluste bei griechischen Staatsanleihen angefallen. Wer angesichts der angehäuften Probleme zurückhaltende Töne aus Nikosia erwartet hatte, sieht sich inzwischen eines Besseren belehrt. Parallel zum Hilfsantrag an die EU sind Kreditanfragen an Russland und China gestellt worden. „Russland bietet uns bessere Konditionen und macht keine Auflagen“, so Präsident Christofias. Damit ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass Zypern irgendwelchen Reformauflagen von Seiten Brüssels entgegennehmen wird. Was stattdessen gefordert wird, hat bereits der zypriotische Finanzminister klargemacht: europäische Solidarität. Da Zypern vom Schuldenschnitt bei griechischen Anleihen betroffen war, „hätte die Last solidarisch in Europa geteilt werden müssen“, so der Finanzminister des Landes.

Zypern droht mit Russland

Wie die europäische Solidarität von Seiten Zyperns aussieht, wird regelmäßig in steuerlichen Strafverfahren vor deutschen Gerichten deutlich. Das Land gilt als Steueroase auf dem Boden der EU. Obwohl die Insel seit 2004 EU-Mitglied ist, arbeitet Zypern kaum mit den Steuerverwaltungen im Ausland zusammen. Von Brüssel geduldet, betreibt Zypern stattdessen seit Jahren eine Niedrigsteuerpolitik zulasten anderer. Zyperns Hilfsantrag ist allerdings auch noch in anderer Hinsicht eine Blamage für die EU. Erst seit 2008 ist das Land Teil der Euro-Zone, erneut scheint es den Verantwortlichen bei der EU und der EZB entgangen zu sein, dass sich ein Euro-Land in eine Schieflage manövriert hat.

Slowenien blockiert EU-Beitritt Kroatiens

Ähnlich „vorgeführt“ wird die EU derzeit von einem Land, dass bereits als nächster Kandidat für den Euro-Rettungsschirm gilt: Slowenien. Selbst erst im Jahr 2004 in die EU aufgenommen, blockiert Slowenien momentan Kroatiens Weg in die EU. Wieder einmal muss man korrekterweise sagen: Die Regierung in Laibach [Ljubiliana] hatte die kroatischen Beitrittsgespräche bereits einmal wegen Grenzstreitigkeiten für ein ganzes Jahr blockiert. Aktuell sind es zu zahlende Bankschulden aus der Jugoslawienzeit, weshalb in Laibach die Ratifizierung des kroatischen EU-Beitrittsvertrags auf Eis gelegt wurde. Slowenien ignoriert damit einen Schlichterspruch der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der eine Zahlungsaufforderung an Slowenien enthält.



Ausgeprägtes Selbstbewusstsein: Zyperns Präsident bringt seine Gesprächspartner bezüglich der Klarheit seiner Forderungen immer wieder zum Staunen Bild: Klaus-Dietmar Gabbert/dapd

Die EU-Blockade als Hebel dürfte sich nicht nur in Bezug auf die Schulden gegenüber Kroatien als nützlich erweisen. Ähnlich wie auf Zypern stehen auch Sloweniens Banken vor massiven Problemen. Aufgrund der schrumpfenden Wirtschaft fehlt dem Staat allerdings das Geld, die Institute aus eigener Kraft zu retten. Trotz offizieller Dementis wird der Ruf nach dem Euro-Rettungsschirm nur eine Frage der Zeit sein. Auch hier sind kaum ernsthafte Reformen zu erwarten. Solange man den von Brüssel gewünschten EU-Beitritt Kroatiens per Veto blockieren kann, sitzt man in Bezug auf Laibach am längeren Hebel.

Weitere, selbst gemachte Probleme sind für die EU auf dem Balkan bereits in Aussicht. Bereits im Juni 2012 wurde grünes Licht für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro gegeben. Ehe die Probleme, die sich die EU mit der überstürzten Aufnahme von Bulgarien und Rumänien eingehandelt hat, gelöst sind, steht damit die Aufnahme eines weiteren Problemlandes auf der Tagesordnung. Organisierte Kriminalität, Korruption und Amtsmissbrauch sind in Montenegro allerdings derartig strukturell verankert, dass die Zeitschrift „Foreign Affairs“ das Land sogar als „Mafia-Staat“ bezeichnet hat. *Norman Hanert*

Merkel am gefährlichsten

US-Internetplattform erstellt Liste der »Zerstörer der Weltwirtschaft«

Es ist eine sehr eigenwillige Aufstellung, die unlängst von der populären US-Internetseite „Business-Insider“ der Öffentlichkeit präsentiert wurde: eine Art von Hitliste derjenigen Personen, die angeblich die Weltwirtschaft zerstören würden. Erstaunlicherweise finden sich auf den Plätzen eins bis fünf gleich drei Deutsche auf der Liste. Niemand anderes als die deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel führt die Liste der Weltzerstörer an. Der Vorwurf an Merkel: Zögerlichkeit. Die Kanzlerin würde auf Marktentwicklungen nur reagieren, statt proaktiv tätig zu werden. Erwähnt wird insbesondere ihre Ablehnung von Euro-Bonds, die „von vielen als der einzige Weg gesehen werden, um die Euro-Krise zu lösen“ – jedenfalls nach Ansicht von „Business-Insider“. Im Klartext: Sie ist noch zu zögerlich, die Ersparnisse der Deutschen herauszurücken und die deutsche Wirtschaftskraft zugunsten anderer abschöpfen zu lassen.

Auf Platz drei der Liste findet sich ein Name, den der Durchschnittsamerikaner vermutlich noch nie im Leben gehört hat: Professor Hans-Werner Sinn, „der Kopf an der Spitze einer einflussreichen deutschen Denkfabrik“, wie er den US-Lesern vorgestellt wird. Der Vorwurf an ihn lautet, er wäre ein akademischer Opponent weiterer Hilfspakete an die Peripherie der Euro-Zone. Kaum verwunderlich ist dann noch, dass auch Nikolaus Blome, der stellvertretende Chefredakteur der „Bild“-Zeitung, auf der Liste gleich als Nummer 5 der globalen Übeltäter auftaucht. An der Spitze der Tageszeitung, „die in Europa die größte Auflage hat, und zu den sieben größten Zeitungen der Welt gehört“, würde Blome „zu den Maklern der Macht gehören, die das Schicksal Europas in den Händen halten“. Die „Bild“-Zeitung und Blomes Leserschaft wären entscheidend dabei, dass die Handlungsfähigkeit Merkels in der internationalen Debatte beschränkt bleibe. Dabei erinnert Blome lediglich zuweilen daran, dass es deutsche Steuergelder sind, die zur Weltenrettung in unbeschränkter Höhe fließen sollen. Auf weiteren Plätzen folgen Namen wie US-Präsident Barack Obama, Timo Soini, der Parteichef der „Wahren Finnen“, EZB-Chef Mario Draghi und Österreichs Finanzministerin Maria Fekter.

Deutschland soll als globaler Sündenbock herhalten

Nach Meinung von „Business-Insider“ stehen alle aufgeführten Personen durch Verfolgung bestimmter Interessen im Wege, wenn die Welt sich endlich anschickt, den richtigen Pfad zu beschreiten. Wo in dieser Weg nach Meinung von „Business Insider“ besteht, wird daran deutlich, dass sich auch der Chef der US-Zentralbank, Ben Bernanke, auf der Liste findet. Vorgeworfen wird ihm nicht etwa, dass die US-Zentralbank noch vor China zum größten Finanzierer der USA aufgestiegen ist, der Staatshaushalt also schlicht und ergreifend einfach per Gelddrucken finanziert wird, sondern, dass er noch viel zu wenig drucken würde. Der Ruf nach der Notenpresse ist aus der angelsächsischen Wirtschaftspresse an sich nichts Neues, wohl aber, dass Deutschland mit seinem Beharren auf Geldwertstabilität und der wachsenden Ablehnung, sich vollständig ausplündern zu lassen, inzwischen immer offensichtlicher für die künftige Rolle des globalen Sündenbocks präpariert wird. *N.H.*

Milde wie für Athen

Iren wollen nicht noch mehr Opfer bringen

Während sich in der irischen Binnenwirtschaft mit einem leichten Zuwachs zum ersten Mal seit zwei Jahren eine Erholung ankündigt, verärgern die Sparmaßnahmen der Regierung immer mehr Bürger des Landes. Die Proteste und Boykottaufrufe nehmen zu. Von den 1,6 Millionen Haushalten auf der Grünen Insel bezahlten bislang nur 805 000 die neuerdings gesetzlich verordnete Haushaltsabgabe von 100 Euro. Hunderttausende riskieren mit ihrem Boykott, vor Gericht gezerrt zu werden. Die Verweigerung unterminiert nach Ansicht der Wissenschaftlerin Elaine Byrne vom Trinity College in der Hauptstadt Dublin die Autorität und Legitimierung der Regierung von Premier Enda Kenny, mit Steuererhöhungen das 18-Milliarden-Defizit des Staatshaushalts in den Griff zu bekommen.



Verärgert über störische Iren: Premier Kenny weiß nicht, wie er auf den Boykott der neuen Abgabe reagieren soll

Neun Parlamentsabgeordnete führen inzwischen die Protestkampagne. Und Maria Ward, eine der Wortführerin bei den gegenwärtigen Protestdemonstrationen, bezeichnet die neue Steuer als extrem unfair, da sie Arme und Reiche in gleicher Höhe trifft. Insgesamt werden dadurch Einnahmen von 160 Millionen Euro erwartet.

Außerdem sind die Iren wütend über die Milde in Sachen Sparmaßnahmen der EU gegenüber Spanien und Griechenland, während sie selber ständig bis zu den Witwenpensionen den Gürtel enger schnallen müssen. Die sogenannten „Grassroots Campaigns“, Protestmärsche auf den Straßen, haben in der Vergangenheit mehrfach zum Erfolg geführt: So reduzierte die Regierung unter diesem Druck erst unlängst eine auf Abwassertanks erhobene Steuer von 50 auf fünf Euro. *J.F.*

Ein Jahrhundert in Berlin

Von VERA LENGSFELD

Kurz vor der Sommerpause stellte die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein wirkliches Jahrhundertwerk vor. „Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren“ ist der Titel des sensationellen Buches des Schweizer Historikers Andreas Petersen über den 100-jährigen Erwin Jöris. Der geborene Berliner stammt aus einem kommunistischen Elternhaus. Mit fünf Jahren sieht er den Begräbnisumzug für Liebknecht und Luxemburg unter dem Fenster der elterlichen Wohnung vorbeiziehen.

Er startete seine Karriere als schlagkräftiger Straßenkämpfer des kommunistischen Jugendverbandes KJVD im Unterbezirk Lichtenberg-Friedrichshain. Immer wenn die Parteiführung im Karl-Liebknecht-Haus einen Märtyrer brauchte, hieß es „Jugend voran“, schätzt Jöris sein damaliges Engagement heute kritisch ein. Tatsächlich wurde sein bester Freund im Alter von 18 Jahren bei einem Angriff auf die sozialdemokratische Polizei erschossen.

Im Buch steht das Vorkriegsberlin von seiner wenig bekannten Seite wieder auf. In der Arbeiterhochburg Lichtenberg wurde durch Straßenterror die Weimarer Demokratie sturmreif geschossen. Die Kommunisten bekämpften auch noch nach der Machtübernahme Hitlers die Sozialdemokraten als ihren Hauptfeind. Jöris landete im ersten KZ Sonnenburg, gemeinsam mit fast allen führenden kommunistischen Funktionären Berlins.

Als er nach knapp sechs Monaten nach Lichtenberg zurückkehrt, ist die Mehrzahl seiner ehemaligen Kampfgefährten zu den Nazis übergetreten. Jöris lässt sich von der Partei in die Emigration nach Moskau schicken, wird dort aber nicht für würdig befunden, die kommunistische Jugendschule zu besuchen, sondern zur Bewährung in der Produktion nach Swerdlowsk abgeschoben. Dort erregt er das Missfallen der örtlichen Funktionäre und KGB-Spione und landet im berüchtigten Gefängnis Lubjanka. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt wird er an Deutschland ausgeliefert, wo er gleich wieder im Gefängnis landet, zum Glück nicht bei der Gestapo.

Sein Vernehmer geht nach gründlicher Befragung davon aus, dass Jöris vom Kommunismus die Nase voll hat und entlässt ihn. Den Krieg muss Jöris als Sanitätssoldat mitmachen, gerät am Ende in sowjetische Kriegsgefangenschaft und nach der Entlassung alsbald ins Visier des sowjetischen Geheimdienstes. Aus dem NKWD-Gefängnis in der Magdalenenstraße, das später der Stasihauptzentrale angegliedert ist, wird Jöris für 25 Jahre nach Workuta geschickt. Nach sechs Jahren ist er wieder daheim und stellt fest, dass die meisten zwischenzeitlichen Nazis nun in der SED sind. Ein Schicksal, das viel Verborgenes aus dem vergangenen Jahrhundert erhellt.

Politik hält DDR-Gedenken kurz

Gedenkstätte Hohenschönhausen bekommt trotz Besucher-Rekords kaum mehr Mittel



171 000 Besucher im ersten Halbjahr, doch viele weitere Interessierte kamen wegen des Andrangs gar nicht hinein: Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen

Bild: Hermann Bredehorst

Das Interesse an DDR-Geschichte steigt. Doch private Museen zeigen eher ein buntes Bild, während das Gedenken an Verfolgung unterfinanzierten staatlichen Ausstellungen überlassen ist.

Berlins Gedenkstätten des DDR-Unrechts und einstige Gefängnisse des DDR-Geheimdienstes Staatssicherheit (Stasi) verzeichnen einen starken Besucherzuwachs. Berlin stattet indes die Einrichtungen kaum ausreichend aus. Die Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen musste bereits Tausende Besucher ablehnen, wegen Überfüllung.

In der ersten Jahreshälfte besuchten die Gedenkstätte Hohenschönhausen 171 000 Menschen – ein neuer Rekord. Gut 6000 Besucher mehr als im Vergleichszeitraum 2011 wollten somit die Zeugnisse von Entrechtung und Unterdrückung Andersdenkender in der DDR sehen. Das bedeutet einen Zuwachs von vier Prozent. Der Besucherdienst musste bereits einer Gruppe aus dem Bundesinnenministerium eine Führung durch das Gelände verwehren, obwohl diese sich rechtzeitig vorher anmelden wollte.

Derzeit ist der Ansturm so groß, dass ganze Wochen komplett ausgebucht sind. Der Direktor der Gedenkstätte Hubertus Knabe: „Es gibt Tage, an denen einfach nichts mehr geht. Wir mussten im ersten Halbjahr dieses Jahres schon rund 5000 Menschen abweisen. Das ist für die Interessierten oft sehr enttäuschend, für uns aber auch.“ Seit Öffnung des Gedenkortes 1994 haben sich über zweieinhalb Millionen Besucher in Hohenschönhausen ein Bild von den Haftbedingungen und den dokumentierten Einzelschicksalen gemacht.

„Wer hier von ehemaligen Häftlingen durch die Zellen geführt wird, der weiß anschließend, was die DDR für ein Staat war“, so Knabe. Und auch für den Rest dieses Jahres gingen gut 13 Prozent mehr Voranmeldungen ein als für das zweite Halbjahr 2011. So rechnet die Gedenkstättenleitung damit, allein im September gut 37 000 Menschen durch die weitverzweigte Anlage zu führen. Selbst bei Öffnungszeiten von 9 bis 18 Uhr und noch darüber hinausgehenden Führungen kann das Personal der umfangreichen Nachfrage nicht nachkommen.

> Interessenten müssen immer öfter abgewiesen werden

Mehr Mittel für die Darstellung der offensichtlich mehr denn je gefragten DDR-Vergangenheit sind nötig. Die Finanzierung der Stätte teilen sich der Bund und das Land Berlin. Zwar läuft bereits ein Ausbau zu einer neuen Dauerausstellung, und es sind auch neue Veranstaltungs- und Seminarräume vorgesehen, indes sind die Mittel für Personal knapp. Für den Umbau stellen Bund und Land rund 16 Millionen Euro bereit. Die Eröffnung der neuen Ausstellung mit Lebensläufen einstiger politischer Häftlinge ist für Februar 2013 geplant.

Der erneute Bedeutungszuwachs, der mit dem Besucherandrang einhergeht, spiegelt sich auch bei Touristen aus dem Ausland, die den Ort zunehmend aufsuchen. Die Gedenkstätte Berliner Mauer verzeichnet ebenfalls deutlich mehr Besucher. So kamen 2011 gut 190 000 Menschen allein in die Kapelle der Versöhnung, einen Teil jener Gedenkstätte, in dem auch der Toten der Mauer gedacht wird. Das privat finanzierte „DDR-Museum“ in Berlin-Mitte blickt ebenfalls auf mehr Besucher, rund 493 000 kamen 2011. Allerdings legt dieser Ort mehr Wert auf das Alltagsleben der DDR-Bewohner und weniger auf die Folgen der deutschen Teilung oder der Verfolgung von Menschen in der DDR, wobei der Eindruck entstehen könnte, als sei der Alltag vom Unterdrückungsregime unberührt geblieben. So bleibt das Gedenken an die Diktatur umso mehr eine Aufgabe staatlicher Museumsarbeit.

So groß das allgemeine Interesse ist, so bevorzugen gerade Menschen aus den neuen Bundesländern offensichtlich die mehr zur Ostalgie neigenden DDR-Schauen. Hohenschönhausen erhält jedenfalls auffallend wenig Zustrom aus jener Region, deren Bewohner einst selbst unter dem SED-Staat leben mussten. Beobachter sehen einen Grund für das Desinteresse darin, dass dort viele Lehrer im Schulunterricht einen kritischen Blick auf die DDR-Geschichte weiterhin vermeiden. In Hohenschönhausen stellen nämlich Schüler mehr als die Hälfte der Besucher. Aus dem Westen kommen deutlich mehr von ihnen: So sahen sich 2010 gut 29 000 junge Bayern und 28 000 Schüler aus Nordrhein-Westfalen die Zellen und Ausstellungsräume an und immerhin noch 10 000 junge Berliner, während die einzelnen neuen Länder je nur gut 1000 bis 3000 Besucher im Schulalter stellten.

Die Besucherzahlen aus europäischen Ländern wie Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Großbritannien sind sogar teils größer als jene aus den neuen Ländern. Im „DDR-Museum“ hingegen stellen Besucher aller Altersgruppen aus der einstigen DDR gut 24 Prozent des Publikums. DDR-Restaurant sowie die Plakat- und Werbewelt des Realsozialismus scheinen somit für Menschen aus den neuen Ländern anziehender als der Blick in eine Wasserzelle, in der Dissidenten gefoltert wurden.

Während das gut finanzierte Privatmuseum jüngst die Auszeichnung „European Museum of the Year“ erhielt, scheut Hohenschönhausen noch davor zurück, nur zwei Stunden täglich länger zu öffnen, um endlich mehr Interessierte einlassen zu können. Denn das würde Zusatzosten im fünfstelligen Bereich erzeugen, fürchtet die Gedenkstättenleitung. *Sverre Gutschmidt*

Rentner als Hausbesetzer

Pankow: Senioren okkupieren bedrohte Begegnungsstätte

Hausbesetzung einmal anders. Im Bezirk Berlin-Pankow haben einige Rentner die Senioren-Begegnungsstätte „Stille Straße 10“ besetzt. Der Bezirk wollte das Objekt verkaufen. SPD, Grüne und Piraten hatten dies mit ihrer Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung im März beschlossen. Die Bezirksstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz (SPD) versuchte unter Einsatz ihrer Autorität, die Rentner zum Verlassen des Gebäudes zu veranlassen. Sie erntete nur Heiterkeit: „Die Schlüssel geben wir nicht ab, und den Löffel noch lange nicht!“

Das Bezirksamt beruft sich auf Sparvorgaben des Senats. Sieben Senioren sind in die Begegnungsstätte regelrecht eingezogen, um sie gegen den Zugriff der Staatsmacht zu verteidigen. Das Haus wird regelmäßig von etwa 300 Pankowern zwischen 60 und 90 Jahren aufgesucht. Man spielt Schach, Skat oder Bridge und lernt in Kursen Spanisch, Englisch und Französisch. Viele Senioren sind finanziell nicht gut gestellt und froh darüber, dass es dort möglich ist, eine Tasse Kaffee für 50 Cent zu trinken. Von der CDU war bislang in der Angelegenheit nichts zu hören, die Linkspartei nutzt demgegenüber dankbar die Gelegenheit, sich wieder ins Gespräch zu bringen. Sie opponiert gegen den Verkauf.

> Bezirk will das Haus dichtmachen wegen Geldknappheit

Doris Syrbe, Vorsitzende des Senioren-Vereins, meint: „Eigentlich sind 52 000 Euro ein Klacks für so eine Stadt.“ Die Summe wäre nötig, um das Haus weiter betreiben zu können, und das schließt bereits die Honorare für die Kursleiter ein. Das Bezirksamt verweist auf 34 Millionen Euro Schulden, die auf Pankow lasteten. Damit gehört der Bezirk zu den Problemkommunen der Hauptstadt. Der Finanzsenator hat dem Bezirk vorgegeben, 2012 fünf Millionen Euro „einzusparen“. Betroffen davon sind das Bezirksmuseum, die Galerie Pankow und eben die „Stille Straße 10“. Mittlerweile scheint dem Bezirk das Problem über den Kopf zu wachsen, denn die Medien-Berichterstattung und zahlreiche Besucher aus der Nachbarschaft – auch viele Schüler – haben die Hausbesetzer der neuen Art bekannt gemacht. Sogar Touristen sind schon vorbei gekommen.

Nun holen sich andere Senioren bei den Besetzern Rat, denn in Zeiten knapper Kassen sollen auch andernorts Seniorentagesstätten geschlossen werden. Problematisch könnte es dann werden, wenn die in die Enge getriebenen alten Leute militant würden. *Hans Lody*

Hauptstadt der Kampagnen

Berlin gibt Geld für zweifelhafte Werbung mit schillernden Werbern

Berlins Senat setzt die Werbe-Kampagne „Sei Berlin“ (be Berlin) trotz zweifelhaften Nutzens fort. Rund 18 Millionen Euro kostete das Projekt bis März insgesamt. Jährlich kommen weitere drei Millionen Euro dazu. Jetzt steht ein „Sei Berlin“-Werbebotschafter wegen Vergewaltigung vor Gericht. Die Stadt wirbt mit Rappern und Rütli-Schülern, während die neue Industrie-Kampagne „Ich bin ein Berliner“ seit 2010 statt Arbeitsplätzen bisher nur mäßige Erfolge bringt.

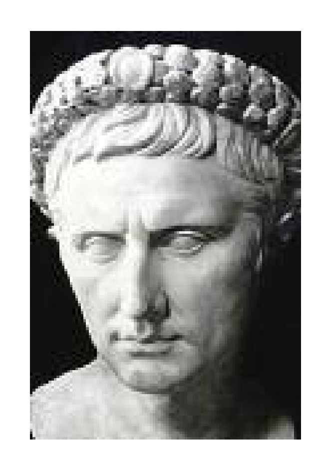
Berlin feilt seit vier Jahren an seinem Bild in der Öffentlichkeit. Was als „Sei Berlin“-Kampagne begann, weitete der Senat 2010 aus, um Investoren anzusprechen. Im Mai feierte die Stadt eine „Lange Nacht der Industrie“. Die lockte Jugendliche in gut 30 Firmen, zehn davon sind Partner der Senats-Industriekampagne „Ich bin ein Berliner“. Unter den Partnerfirmen sind Siemens, Bayer und Bombardier, aber auch einige eher regionale Größen. „Ziel ist es, die Industrie als Wachstumsmotor in der Hauptstadtregion bekannter zu machen“, verkünden die „Be Berlin“-Macher im Internet.

Die 1100 Plätze für insgesamt 14 nächtliche Bustouren waren schnell ausgebucht, die angesprochenen Jugendlichen zeigten viel Interesse. Insgesamt 34 Projekte sollen bis 2020 im Rahmen der Industriekampagne gefördert werden, doch ein Blick in den Plan offenbart wenig Konkretes außer bunten Leitmotiven. Von „aktiver Flächenpolitik“, aber auch von „PR-Strategie“ ist die Rede. Indes fehlt es weiter an neuen Investoren und Arbeitsplätzen. Der Umsatz der Berliner Industrie geht zurück. Von Januar bis Mai setzten die Industriebetriebe 8,9 Milliarden Euro um und damit 5,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Industriebeschäftigten lag mit 80 091 nur um 1,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor, und das trotz deutschlandweiten Aufschwungs am Arbeitsmarkt.

> »Be Berlin«-Gesicht angeklagt wegen Vergewaltigung

Jetzt steht Christopher O. (32), einst stadtweit plakatiertes Werbegesicht von „Sei Berlin“, wegen des Verdachts der Vergewaltigung einer 65-Jährigen auf deren morgendlichem Arbeitsweg als Putzfrau vor Gericht. Dort behauptete der Modedesigner, angeblich beiderseits freiwilligen „Fast-Food-Sex“ mit der Frau gehabt zu haben. Demnach habe er sie für sexuelle Handlungen sogar bezahlt. O. sagte vor Gericht überdies, er habe „nicht gewusst, dass sie Hörgeräte hat“. Eine zentrale Botschaft der „Sei Berlin“-Kampagne lautet übrigens Respekt. *SV*

Zeitzeugen

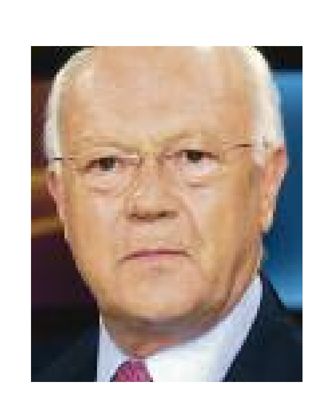


Kaiser Augustus – Geboren als Gaius Octavius (63 v. Chr. – 14 n. Chr.) war der römische Kaiser um die Steuereinnahmen des Römischen Reiches bemüht wie kaum ein anderer Herrscher. Laut biblischer Überlieferung ordnete er daher eine Volkszählung an, zu der jeder sich an seinem Geburtsort einzufinden hatte.

Ferdinand I. – Der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1503–1564) erfand zwar nicht das Meldewesen, dessen Wurzeln bis in die römische und ägyptische Antike reichen, legte jedoch so großen Wert darauf, dass er 1564 den Stadtanwalt in Wien anwies, „auf das Stadtwesen und alle Ordnungen sein fleißig Aufmerksam“ zu haben. Das galt insbesondere für Fremde in der Stadt. „Auf das durch fremde Leut und Gest nicht Gefähr entstund“, so der Herrscher. Schon damals hatten Gastwirte demnach Meldezettel auszufüllen und den Behörden zu übergeben.



Napoleon Bonaparte – Der Kaiser der Franzosen (1769–1821) verbreitete die Idee der Wehrpflicht in Europa. Im Rahmen seiner Feldzüge brauchte der militärisch begabte Korse stets neue Soldaten und ordnete daher die Aufstellung von Einwohnerdaten, beispielsweise in „Ansässer-Verzeichnissen“ (Schweiz), an. Die Napoleonischen Reformen regten auch Preußen ab 1811 an, nicht mehr nur qualifizierte Einwohner zu verzeichnen. Napoleons Eroberungen und die Neuordnung deutscher Fürstentümer ebneten so neuen Meldeordnungen den Weg.



Hans-Peter Uhl – Der CSU-Politiker und innenpolitische Sprecher seiner Fraktion im Bundestag änderte die Gesetzesvorlage für das umstrittene neue Meldegesetz ab. Der Jurist (67) verteidigt sein Eingreifen zugunsten einer Datenweitergabe seitens der Meldeämter. Es sei kein Alleingang gewesen, auch habe der Antrag, den der Bundestag am 28. Juni beschloss, 13 Tage zuvor den Abgeordneten und der Presse vorgelegen. Die Diskussion nannte er „ziemlich hysterisch und abstrakt“ und gewerblichen Missbrauch angesichts der Auskunftsgebühr unwahrscheinlich: „Jeder Adresshändler wäre pleite.“

Kampagne statt »Murks-Gesetz«

Das neue Melderecht ändert weniger, als behauptet, es geht viel mehr um Grundsätze

Der Bundestag verabschiedete das von der Bundesregierung für 2014 vorbereitete neue Meldegesetz während der Fußball-Europameisterschaft in geänderter Fassung und denkbar knapper Besetzung. Vom Internet ausgehend, wächst seither der Protest. Es geht um den Datenschutz. Nun will die Regierung das Gesetz in der Form nicht mehr und hofft auf den Bundesrat, wo die Opposition ihr Veto bereits vorab verkündete.

Bei so viel politischer Verwirrung fragen sich Verbraucher: „Was ändert sich wirklich?“ und: „Darf der Staat tatsächlich mit meinen Meldedaten Handel treiben?“ – ein Beispiel für politische Kampagnen in Zeiten des Internet.

Die politisch Schuldigen an der scheinbar handwerklich unsauber ausgeführten Reform zieren seit Tagen die Nachrichtenspalten. Von einem Parlament, das eigentlich nicht beschlussfähig war, ist zu lesen, aber auch von konservativen Politikern, die angeblich eigenmächtig änderten, Bürgerrechte beschnitten. Im Gesetzesentwurf vom November jedenfalls hatte ohne Zustimmung des betroffenen Bürgers niemand Zugriff auf dessen verpflichtend an die Meldeämter gegebenen Daten geholt, so die Medien, und das sollte demnach auch im neuen Gesetz ursprünglich so bleiben. Das Einwohnermeldeamt hätte also jedes Mal beim Bürger nachfragen müssen, bevor es Informationen weitergibt. Das sei im neuen Entwurf des Bundestages umgekehrt, schrieben die Medien.

> Auskunft kostet bisher zwischen acht und 25 Euro

Tatsächlich müssen Ämter auch bisher schon die Bürgerdaten bei einer Anfrage Dritter preisgeben, aber nur, wenn beispielsweise der Adresshändler, einstige Klassenkamerad oder Inkassounternehmer mindestens bereits zwei Daten wie Name und Geburtsdatum hat. Außerdem ist für jede einzelne Anfrage eine je nach Bundesland unterschiedliche Gebühr fällig. Das Melderegister gilt in Deutschland auch vor der Reform zumindest als öffentlichrechtlich, auch wenn Datenschützer es nicht als öffentlich ansehen. Diese „einfache Meldeauskunft“ gibt es also schon lange. Manche an den Daten interessierte Institutionen wie die Gebühreneinzugszentrale GEZ erhält sogar nach eigenen Angaben ohne Gebühr und Anfrage automatisch zu festen Stichtagen einen aktuellen Auszug. Für alle anderen gilt eine durchschnittlich acht Euro teure Gebühr, nach deren Zahlung Ämter Name und Adresse einer gesuchten Person preisgeben, vorausgesetzt, diese lebt im Amtsgebiet. In manchen Gemeinden beträgt die Gebühr bis zu 25 Euro je Auskunft.

Dass Gesetzesänderungen überhaupt nötig sind, liegt an der Föderalismusreform von 2006, die dem Bund schrittweise die Zuständigkeit über das Meldewesen überlässt und eine bisher fehlende einheitliche Regelung schafft. „Wenn wegen der Gesetzesänderung mehr Adresshändler nachfragen, verdient der Staat natürlich sprunghaft dazu“, schrieb die Zeitung „Bild“. Tatsächlich hielten die Gebühren lästige Werbeanfragen und krumme Geschäftemacher auch bisher davon ab, Tausende Datensätze zum Stückpreis zu sammeln.

Statt einer Diskussion um Ziele und Grenzen des Melderechts findet derzeit in den Medien eine Debatte um Widerspruchsmöglichkeiten des Einzelnen statt. Ausgelöst wurde die Medienlawine von der Opposition, genauer von SPD-Parteichef Sigmar Gabriel. Der nutzte am 5. Juli den Internet-Dienst „Twitter“, um seine Version des Bundestagsbeschlusses als Alarmmeldung zu verbreiten: „Merkels neues Meldegesetz macht Staat zum Datendealer, sogar gegen den Widerspruch Betroffener“, verbreitete er über den während der Fußball-Europameisterschafft Ende Juni ohne öffentliches oder mediales Aufsehen vom Bundestag beschlossenen Text. Widerspruchsmöglichkeiten gegen die Weitergabe der eigenen Anschrift gibt es auch bisher, aber nur in einigen Bundesländern. Auch dann kann der Bürger meist nur Anfragen von Parteien oder Religionsgesellschaften abblocken, gewerbliche Anfragen nicht. *Sverre Gutschmidt*

Adresse als Ware

Preisausschreiben vom Lebensmittelladen um die Ecke versprechen Reisen oder Autos. Die Teilnahme ist einfach. Name und Adresse aufgeschrieben und ab die Post. So kommen Firmen an Daten, die sie auch untereinander tauschen. Neben solchen Wegen bieten auch Adresshändler, in der Branche „Listbroker“ genannt, mehr oder weniger professionell aufbereitete Daten. Der Wert beispielsweise eines Facebook-Profils, denn auch soziale Netzwerke sammeln Daten für die Wirtschaft, kann aufgrund der vielen Adressverweise Tausende Euro betragen.

Die gesamte Adresshandelsbranche macht in Deutschland Schätzungen zufolge über 27 Milliarden Euro Jahresumsatz. Neukunden zu werben, gilt als Königsdisziplin. Unter dem Oberbegriff des sogenanntem

> Deutsche Post ist groß im Geschäft

„Dialogmarketing“ suchen Wirtschaft wie Adresshändler Wege, den Kunden zu Angaben zu bewegen. Anbieter Quadress hält nach eigenen Angaben beispielsweise 32 Millionen Datensätze aus Deutschland zum Kauf bereit. Ob für Werbepost, für E-Mails oder für Telefonanrufe, die Nutzungsmöglichkeiten sind vielfältig. Selbst Mobilfunkverträge und Kundenbindung über Bonuskarten (Payback-Karten) können dem Hauptzweck des Adresshandels dienen. Einer der führenden „Listbroker“ ist die Deutsche Post. Besonders wenn Adresshändler sich Daten über die Meldeämter „nur“ bestätigen lassen wollen, könnte künftig eine Rechtslücke entstehen, fürchten nun Kritiker. Die Branche selbst sieht indes Meldedaten wegen deren Gebühren eher als Ziel für Inkassounternehmen. Allein für Werbezwecke seien die Anfragen schon jetzt zu teuer, so der Deutsche Dialogmarketing Verband (DDV). Eine einmal zu nutzende Einzeladresse kostet auf dem freien Markt nur rund 20 Cent. *SV*



Linke Kritiker sehen die GEZ als Drahtzieher hinter dem neuen Meldegesetz: Das liefere die Daten-Grundlage für die künftige haushaltsgebundene Neuregelung der Rundfunkgebühren

Bild: Ullstein

Andere Länder, andere Sitten

Datenschutz contra Transparenz und schnelle Verwaltung

Der politische Streit um das neue Melderecht in Deutschland ruft EU-Kritik an dem Gesetzesvorhaben auf den Plan. EU-Justizkommissarin Vivianne Reding, die selbst gerade eine die Freiheitsrechte von EU-Bürgern beschneidende Frauenquote vorbereitet, greift den Bundestag für dessen Zustimmung zum Meldegesetz scharf an: „Wie will der Staat von Facebook und Google Datenschutz verlangen, wenn er selbst Daten verkauft?“ Tatsächlich handhaben die EU-Mitgliedsstaaten die Frage des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung ihrer Bürger höchst unterschiedlich.

Auch wenn sich die Frage aufdrängt, wann die EU je die Zustimmung ihrer Bürger bei der Weitergabe sensibler Daten an US-Behörden eingeholt hätte, lohnt sich für die deutsche Politik ein Blick auf die Meldegesetze anderer EU-Staaten. Glücklich dürfen sich vermeintlich die Briten schätzen: Eine offizielle Einwohnerregistrierung gibt es nicht. Allerdings verzeichnen die Behörden die Wahlberechtigten, die jeder Haushalt zu melden hat. Zudem machte der britische Staat in den vergangenen Jahren Bürgerdaten ungewollt öffentlich: 2008 verkaufte das Innenministerium aus Versehen einen Datenträger bei einer Internetauktion. Schon 2007 hatte das Finanzministerium rund 25 Millionen Steuerdatensätze verloren und auch bei Umwelt- und Verkehrsministerium sind bereits Millionen sensibler Bürgerdaten abhanden gekommen.

> In Norwegen sind private Einkommen für alle einsehbar

In Tschechien laufen derzeit die Vorbereitungen für ein elektronisches Register, das den Bürgern viele Behördenwege erspart. Das gelingt nur, weil die Behörden bald auf eine Weise vernetzt sind, wie es deutsche Datenschützer kaum zu denken wagen. Das 98 Millionen Euro teure Gesamtsystem macht den Wohnsitzwechsel leicht: Meldet sich ein Bürger beim Einwohneramt, gelangen die Daten binnen Sekunden an das Straßenverkehrsamt, das Finanzamt und das Katasteramt. Die Ämter reichen Angaben indes an Dritte nur weiter, wenn der Bürger es ausdrücklich wünscht. An einem von landesweit 6500 Stellen für Bürgerservice kann jeder so seine Bank oder andere Firmen über die offiziellen Einträge in Kenntnis setzen.

Österreich besitzt, aus der gemeinsamen Rechtstradition mit Deutschland kommend, sogar bereits ein Zentrales Melderegister. Nur mit einer ausdrücklich erklärten Auskunftssperre kann der Bürger Dritten den Zugang verwehren. Italien behält sich noch weitergehende Kompetenzen vor, auch wenn die Meldedaten weiter lokal geführt werden: Behörden prüfen die An- und Abmeldung erst, bevor sie diese offiziell bestätigen, was entsprechend bis zu vier Monaten dauern kann.

Im europäischen EU-Ausland Norwegen hat Transparenz Vorrang vor Datenschutz. Der Eintrag im Einwohnerregister „Folkeregisteret“ ist Pflicht. Die Finanzbehörde stellt zudem alle Bürger mit Namen, Adresse und Einkommen ins Internet und liefert auch Statistiken. Dazu gehört eine lokale Rangliste, wer der Meistverdienende im jeweiligen Ort ist, abwärts gestaffelt bis zum untersten Einkommen. So bleiben keine Fragen offen. *SV*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1278**

Tierschutz Muslimen geopfert

Berlin verbietet zwar das Schächten von Schafen und Rindern, lässt aber Hintertüren und Schlupflöcher offen

Mit der steigenden Nachfrage nach Fleisch, das nach islamischen Vorschriften erzeugt wurde, greift das betäubungslose Schlachten von Tieren in Europa immer mehr um sich. Die EU, sonst regelungswütig bis in Details, schaut tatenlos zu.

Auffälliges Schweigen zum Thema herrscht allerdings nicht nur in Brüssel. Es war nichts für zart besaitete Zuschauer, was im vergangen Jahr über den staatlichen Sender „France 2“ zum Thema Schlachtung nach islamischen Vorgaben ausgestrahlt wurde. Das sogenannte Schächten, das heißt das betäubungslose Töten von Tieren durch einen Schnitt durch die Kehle und das anschließende Ausbluten lassen, wird zwar oft so dargestellt, als ob die Tiere dabei schmerzfrei sterben würden und dass Halal-Fleisch besonders hygienisch hergestellt würde, die Realität sieht aber anders aus.

Gegen EU-Richtlinien werden bei der Schlachtungsart sowohl Luft- als auch Speiseröhre der Tiere durchtrennt, ohne dass ein vorgeschriebenes wirksames Abbinden der Speiseröhre erfolgen kann. Der Todeskampf der unbetäubten Tiere, der bis zu einer Viertelstunde dauern kann, sorgt dafür, dass keimreicher Mageninhalt bis in die Lungen gelangt. Zusätzlich sorgen Krämpfe der qualvoll sterbenden Tiere für eine weitflächige Verunreinigung mit Kot und Urin an den Schlachtplätzen. Das Resultat: Bakterien wie das gefährliche Ecoli aus dem Verdauungstrakt von Rindern finden sich immer öfter in Hackfleisch.

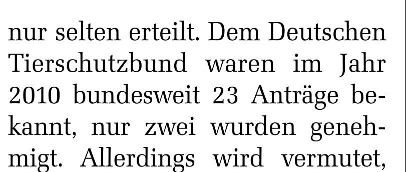
Nicht nur das dürfte für viele französische Fernsehzuschauer eine neue Information gewesen sein. Es ist auch kaum vermeidbar, derartiges Fleisch ungewollt zu kaufen. Im Großraum Paris arbeiten inzwischen sämtliche Schlachtbetriebe mit dem betäubungslosen Schlachten von Tieren gemäß islamischen Vorschriften. Die Trennung zwischen herkömmlicher Schlachtung und religiöser Schächtung aufrecht zu erhalten, ist nicht rentabel genug. Da keine Kennzeichnungspflicht für das Halal-Fleisch besteht, ist für den Endverbraucher letztendlich nicht mehr erkennbar, mit welcher Schlachtungsart das von ihm gekaufte Fleisch erzeugt wurde. Dass das Thema überhaupt im staatlichen französischen Fernsehen aufgetaucht ist, war dem Wahlkampf geschuldet: Nachdem die Front National das Thema angesprochen hatte, sah sich auch Nicolas Sarkozy genötigt, Stellung zu beziehen.

Zum langgehüteten Tabu ist das Halal-Fleisch allerdings nicht nur in Frankreich geworden. Auch die EU – die sich sonst schon einmal mit der Krümmung von Gurken oder dem Energieverbrauch von Kaffeemaschinen beschäftigt – hält sich auffällig zurück. Einer EU-Studie namens „Dialrel“ aus dem Jahr 2010, die einen „Dialog über religiöses Schlachten“ einleiten sollte, folgten bislang keine konkreten Schritte. Weder ein Verbot

> Es gibt keine Pflicht zur Kennzeichnung

der barbarischen Schlachtungsart, die immer größere Verbreitung findet, noch eine Kennzeichnungspflicht für Halal-Fleisch sind bisher zustande gekommen.





Nein zum Schächten: In der Kleidung eines gläubigen Muslims schächtet in Berlin vor der Sehitlik-Moschee ein Tierschützer symbolisch einen als Schaf verkleideten Aktivisten. Bild: O. Lang/dapd

Die Gründe der Untätigkeit sind naheliegend: der inzwischen beträchtliche Anteil von Muslimen an der EU-Bevölkerung. Resultat ist, dass in Belgien, Frankreich, Spanien, Irland und Großbritannien das betäubungslose Schlachten immer noch erlaubt ist, während in Schweden und Deutschland ein Verbot besteht. Die deutsche Regelung hat allerdings mehr als eine Hintertür offengelassen. Zwar wurde im Juni 1995 das Schächten verboten, ausgeklammert ist aufgrund der Religionsfreiheit aber das rituelle Schlachten. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2002 ermöglicht die Schlachtung gemäß den islamischen Vorschriften in Deutschland grundsätzlich wieder, wenn die Antragsteller einen Bedarf nachweisen können. In der Praxis wird die Schächt-Erlaubnis bisher nur selten erteilt. Dem Deutschen Tierschutzbund waren im Jahr 2010 bundesweit 23 Anträge bekannt, nur zwei wurden genehmigt. Allerdings wird vermutet, dass illegale Schlachtungen zunehmen. Schätzungen der Bundestierärztekammer haben allein bei Schafen die Zahl der betäubungslosen Schlachtungen mit bis zu 500000 beziffert. Praktiziert werden die illegalen Schlachtungen in kleineren Schlachtbetrieben, bei Direktvermarktern, in Wäldern oder in Wohnungen.

Abgesehen davon steht noch eine weitere, sogar legale Hintertür offen. Zwar ist das betäubungslose Schlachten verboten, geschächtetes Fleisch darf allerdings aus den Nachbarländern importiert werden. Die Folgen der Regelung dürften vorab eigentlich absehbar, wenn nicht sogar von der deutschen Politik insgeheim eingeplant gewesen sein. In großem Umfang werden Tiere aus deutschen Betrieben zur Schächtung ins Ausland geschafft und das Fleisch anschließend wieder importiert. Enormen Nutzen von dieser Umgehungsmöglichkeit haben Belgien und Frankreich, neuerdings auch Polen gezogen.

Ähnlich einsilbig wie bei der EU gibt man sich in der deutschen Politik beim Thema Halal-Fleisch. Die auffallende Zurückhaltung betrifft alle etablierten deutschen Parteien, besonders verblüffend ist das Schweigen allerdings bei einer Partei, die den Umwelt- und Naturschutz als politisches Thema eigentlich für sich gepachtet zu haben schien: den Grünen. Ähnlich wie beim Thema Frauenrechte sind auch der Tierschutz und die Verbraucherrechte als einstige Kernthemen der Grünen zugunsten der Illusion einer multikulturellen Gesellschaft unter die Räder geraten. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Kein Geld für den Abzug

Celle – Das „2nd Battalion The Royal Regiment of Fusiliers“ hat Anfang dieses Monats Celle für immer verlassen. Mit einer Parade verabschiedeten sich die ehemaligen Besatzer aus der niedersächsischen Stadt. Andere Stützpunkte der Briten in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen dürften hingegen länger als geplant bestehen bleiben. Eigentlich sollten bis 2020 die letzten britischen Soldaten aus Deutschland abziehen, doch aufgrund von massiven Einsparungen fehlt den Engländern laut dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ das Geld dazu. *Bel*

»Schwierige Ermittlungen«

Dortmund – Die Wohnung eines 86-Jährigen im Landkreis Märkisch-Oderland wurde dieser Tage durchsucht. Der Grund sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dortmund wegen der Beteiligung des Mannes an einer Anti-Partisanenaktion im Zweiten Weltkrieg in Oradour-sur-Glane. Der Mann bestreitet die Tat und ist zudem nicht vernehmungsfähig. Er ist aber nicht der einzige Brandenburger, der auf seine alten Tage mit derartigen Maßnahmen überzogen wird. Der Cottbuser Oberstaatsanwalt Gernot Bantleon ermittelt gegen einen 91-jährigen ehemaligen Angehörigen einer SS-Einheit. Bantleon räumt ein, es seien „äußerst schwierige Ermittlungen“. Aber möglicherweise ist der Nachweis einer individuellen Schuld auch gar nicht mehr so wichtig, denn seit der Verurteilung John Demjanjuks durch ein Münchner Gericht wurde in Deutschland ein neuer Rechtsmaßstab gesetzt. Obwohl dem Mann keine konkrete Tat individuell zugeschrieben werden konnte, reichte die bloße Anwesenheit in der fraglichen Einrichtung für eine Verurteilung. *H.L.*

Bundesschätze abgeschafft

In der „FAZ“ bedauert der Ökonom und Euro-Gegner Wilhelm Hankel das Ende der von ihm 1969 als Ministerialdirektor unter Wirtschaftsminister Karl Schiller erfundenen Bundesschatzbriefe. Und er kritisiert Wolfgang Schäuble, dass dieser die kostenlose Verwahrung der Papiere für Privatpersonen einstellt, da die Verwaltung pro Jahr rund 30 Millionen Euro gekostet habe. Wegen der niedrigen Zinsen werden derzeit nur noch Bundesanleihen im Wert von acht Milliarden Euro von Privatpersonen in den kostenlosen Depots gehalten, was in etwa einem Prozent der Bundesschulden entspricht. Hankel, aber auch andere Wirtschaftsexperten merken an, dass, indem der Bund Bundesschatzbriefe für Privatpersonen einstellt, er Gefahr läuft, sich noch stärker als zuvor den Finanzmärkten auszuliefern. *Bel*

Entschädigung für Holocaust

Dieser Tage einigten sich die Bundesregierung und die jüdische Claims Conference darauf, dass die etwa 80000 Überlebenden des Holocaust aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion entschädigt werden. Insgesamt sind 245 Millionen Euro hierfür vorgesehen. Bel

Auch CDU macht Schule rot

Bei der Bildung kopiert die Partei immer mehr linke Konkurrenz – Unfaire Experimente an Wehrlosen

EU und Euro, dies sind die Themen, mit denen Politik und Öffentlichkeit über Wochen und Monate hinweg in Atem gehalten werden. Dass sich hinter der Aufregung um diese Themen in anderen Bereichen oft Seltsames abspielt und sich die Profile der Parteien verwischen, ist völlig aus dem Auge des Betrachters gerückt. Gelegentlich gelangt zum Beispiel das Thema Bildung beziehungsweise das, was man dafür hält, auf Titelseiten und in die TV-Abendnachrichten. Aber dann auch nur, um – „bei allen Fortschritten mit der Steigerung der Abiturientenquote“ – zum 100. Mal die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gebetsmühlenhaft medial inszenierte, angebliche soziale Schieflage des gegliederten deutschen Bildungswesens zu beklagen. Dass wir in Deutschland, zumal in Bayern, ferner in der Schweiz und in Österreich mit differenzierten Schullandschaften und mit relativ niedrigen Abiturientenquoten zugleich die niedrigsten Quoten an arbeitslosen Jugendlichen und die besten Wirtschaftsdaten haben, spielt für die OECD keine Rolle. Dabei ist doch gerade das sozial, was zumal junge Leute in Beschäftigung bringt.

Davon unbeeindruckt haben sich manche deutsche Landesregierungen aufgemacht, ihr Bildungswesen im Windschatten der großen Aufregerthemen umzukrempeln. Das CDU/FDP-regierte Niedersachsen führt eine sogenannte Oberschule ein. Diese Schulform soll regional Hauptschule und Realschule ersetzen und bereits ab Dreizügigkeit, also



Annette Schavan (CDU): Ihre Überzeugungen sind ähnlich flexibel wie die ihrer Partei

wenn es pro Jahrgangsstufe drei und mehr Klassen gibt, einen Gymnasialzweig einrichten dürfen. Zu anderen Zeiten und in anderen Ländern hieß eine solche Oberschule schlicht und einfach Gesamtschule – einst von der CDU vehement bekämpft. In Nordrhein-Westfalen gab es bereits 2011 parteiübergreifend einen sogenannten Schulkompromiss. Letzterer bestand darin, dass die Gymnasien eine Bestandsgarantie erhielten, dass die Hauptschule abgeschafft und neben Gymnasium, Realschule und Gesamtschule als weitere Schulform eine Sekundarschule eingeführt werden solle. Dafür war man in großer Koalition aus SPD, Grünen und CDU bereit, die Bestandsgarantie der Hauptschule aus der Landesverfassung (bislang in Artikel 12 verankert) zu streichen. Dies ist im Januar dieses Jahres vollzogen worden. Die CDU hat diesen „Kompromiss“, der von allen Beteiligten zu einem „historischen“ hochgejubelt wurde und der angeblich bis 2023 halten soll, mitgemacht und darf nun von den Oppositionsbänken aus beobachten, was die zwischenzeitlich fest installierte rot-grüne Regierung daraus macht.

In Baden-Württemberg wird das Schulwesen derzeit wohl am radikalsten umgekrempelt. Ungeachtet der Tatsache, dass das „Ländle“ mit seinem differenzierten Schulsystem bei Schulleistungsvergleichen zusammen mit Bayern und Sachsen immer am besten abschnitt und Gesamtschulen in eben diesen Studien regelmäßig eine durchschlagende Erfolglosigkeit attestiert bekamen, will man dort eine verbal zur „Gemeinschaftsschule“ gewendete Gesamtschule einführen. Diese Schulform – geht es nach SPD-Schulministerin Gabriele Warminski-Leitheußer – scheint eine wahre Wundertüte zu sein: stressfrei, ohne Noten, mit alternativen Leistungsbeurteilungen, ohne Sitzenbleiben, mit individuellen Förderplänen, neuen Lernformen, rhythmisiertem Schulalltag, integrativ, mit allen denkbaren Schul-

> CDU stellt nur in zwei Bundesländern Bildungsminister

abschlüssen, „sozial gerecht“ und vieles andere mehr.

Schade, dass es im Bildungsbereich keine Produkthaftung gibt! Hier scheinen die sogenannten Progressiven und die Ewigmorgigen straflos herumexperimentieren zu dürfen, obwohl Heranwachsende nur eine „Fertigungsbiografie“ haben, die bei Misslingen irreversibel ist. Schade auch, dass die CDU schulpolitisch offenbar keinerlei Gestaltungswillen mehr hat. Wenn sich Baden-Württembergs ehemalige Kultusministerin Annette Schavan, damals stramm föderalistisch eingestellt, jetzt als Bundesbildungsministerin zentralistisch gibt, Kompetenzen an sich ziehen und en passant die Hauptschule abschaffen möchte, dann mag man das als Profilierungsbemühen beiseitelegen. Dass die CDU aber in nahezu allen Ländern, in denen sie (noch) den Ministerpräsidenten stellt, auf die Besetzung des Postens des Schulministers verzichtet, spricht Bände. Im Saarland, in Thüringen, in Hessen, in Sachsen-Anhalt, zu CDU-Regierungszeiten auch in Hamburg und Schleswig-Holstein, hat man die Schulpolitik in die Hände des jeweils kleineren Koalitionspartners gegeben. Nur noch in Niedersachsen und in Sachsen gibt es einen von der CDU besetzten Schulministerstuhl. Die Sozialdemokratisierung der CDU setzt sich also auch in diesem Politikfeld fort. Diese Anpassung mag einer durchsichtigen Wahlkampftaktik geschuldet sein. Die CDU vergisst dabei aber, dass der Wähler doch noch immer lieber das Original als das Imitat wählt. Will sagen: Wer einheitliche Schule oder rot-grüne Schulpolitik will, der wählt „rot“ oder „grün“, aber keine ins Rot-Grüne gewendete CDU. *Josef Kraus*

Der Autor ist Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.

MELDUNGEN

Tadschikistan testet den Kreml

Duschanbe – Tadschikistan hat, wie auch die Nachbarländer Aserbaidschan und Kirgistan, für die USA wegen des geplanten Truppenabzugs aus Afghanistan an Bedeutung gewonnen. Hillary Clinton hat Duschanbe eine engere Zusammenarbeit angeboten. Tadschikistans Präsident Emomalij Rahmon will nun Moskau testen: Eine schon seit Oktober vergangenen Jahres anstehende Vertragsverlängerung für die Stationierung russischer Landstreitkräfte auf weitere 49 Jahre wird immer wieder hinausgezögert, weil die Tadschiken höhere Einnahmen herausschlagen wollen. Moskau reagierte mit der Drohung, das Regime Rahmons, das der Kreml mit wirtschaftlichen Vergünstigungen stärkt, fallen zu lassen, sollte es zu keiner baldigen Einigung kommen. *MRK*

IGFM schlägt Alarm

Frankfurt a. M./Rustawi – Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet über verheerende Zustände in georgischen Gefängnissen. Ein Opfer von staatlicher Willkür und Folter ist Zotne Gamsachurdia, inhaftierter Sohn des 1993 ermordeten georgischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia. Als einer der schärfsten Kritiker Präsident Michail Saakaschwilis geriet der 36-Jährige 2007 ins Visier der Geheimdienste. Damals protestierten Hunderttausende in Tiflis gegen das Regime. Gamsachurdia werden „Spionage“, „Komplott zwecks Regierungsumsturz“ und schließlich sogar Gewalttätigkeit, ein Mordversuch und Bestechungsversuche des Gefängnispersonals vorgeworfen. Gamachurdias Gesundheitszustand ist kritisch: Medikamente werden gestohlen, medizinische Behandlung verweigert. *MRK*

Wie eine »Qualifikation« zum Makel wird

Herausforderer von US-Präsident Barack Obama hat mit seinen Millionen nicht immer den USA gedient

Für Mitt Romney war der eigene Erfolg als Geschäftsmann bisher eines der wichtigsten Argumente im Wahlkampf, warum er besser als Präsident der USA geeignet sei als Barack Obama. Enthüllungen zur geschäftlichen Vergangenheit Romneys lassen seine Wirtschaftskompetenz inzwischen aber eher als Belastung erscheinen.

Sollte am 6. November der Machtwechsel gelingen, dann wird mit der Person Romneys wohl einer der wohlhabendsten Präsidenten der US-Geschichte in das Weiße Haus einziehen. Auf 250 Millionen Dollar wird das Vermögen Mitt Romneys geschätzt. Mit der Frage, wie sein Vermögen zustande gekommen ist, hat sich unlängst das US-Magazin „Vanity Fair“ eingehend beschäftigt. Beim Reichtum des Mitt Romney scheinen demnach Steueroasen in der Karibik genauso wie Konten in der Schweiz eine Rolle gespielt zu haben. Ganze 55 Seiten der Steuererklärung Romneys für das Jahr 2010 befassten sich mit Einkünften aus dem Ausland. Darunter berüchtigte Steueroasen wie die Caiman-Inseln oder die Bahamas. Allein auf den Caiman-Inseln hält Romney demnach zwölf Fonds der von ihm vor Jahrzehnten gegründeten Firma Bain-Capital. Der geschätzte Wert: 30 Millionen Dollar. Zutage trat ebenso ein Konto auf einer Schweizer Bank, wegen dem sich Romney bereits den Vorwurf gefallen lassen musste, insgeheim nicht besonders vom US-Dollar überzeugt zu sein, sondern auf dessen Verfall zu spekulieren.

Wenig überzeugend ist die Verteidigungsstrategie von Romney. Nach seinen Angaben sollen die Auslandsanlagen nicht dazu gedient haben, Steuerzahlungen in den USA zu vermeiden. Tatsächlich hat diese Erklärung Romneys gleich den Grundstein für einen weiteren Verdacht gelegt. Mit Hilfe seiner zahlreicher Geldanlagen in Steueroasen könnte Romney versuchen, den wahren Umfang seines Vermögens zu verschleiern, er wäre demnach noch reicher, als er bisher offiziell zugibt.

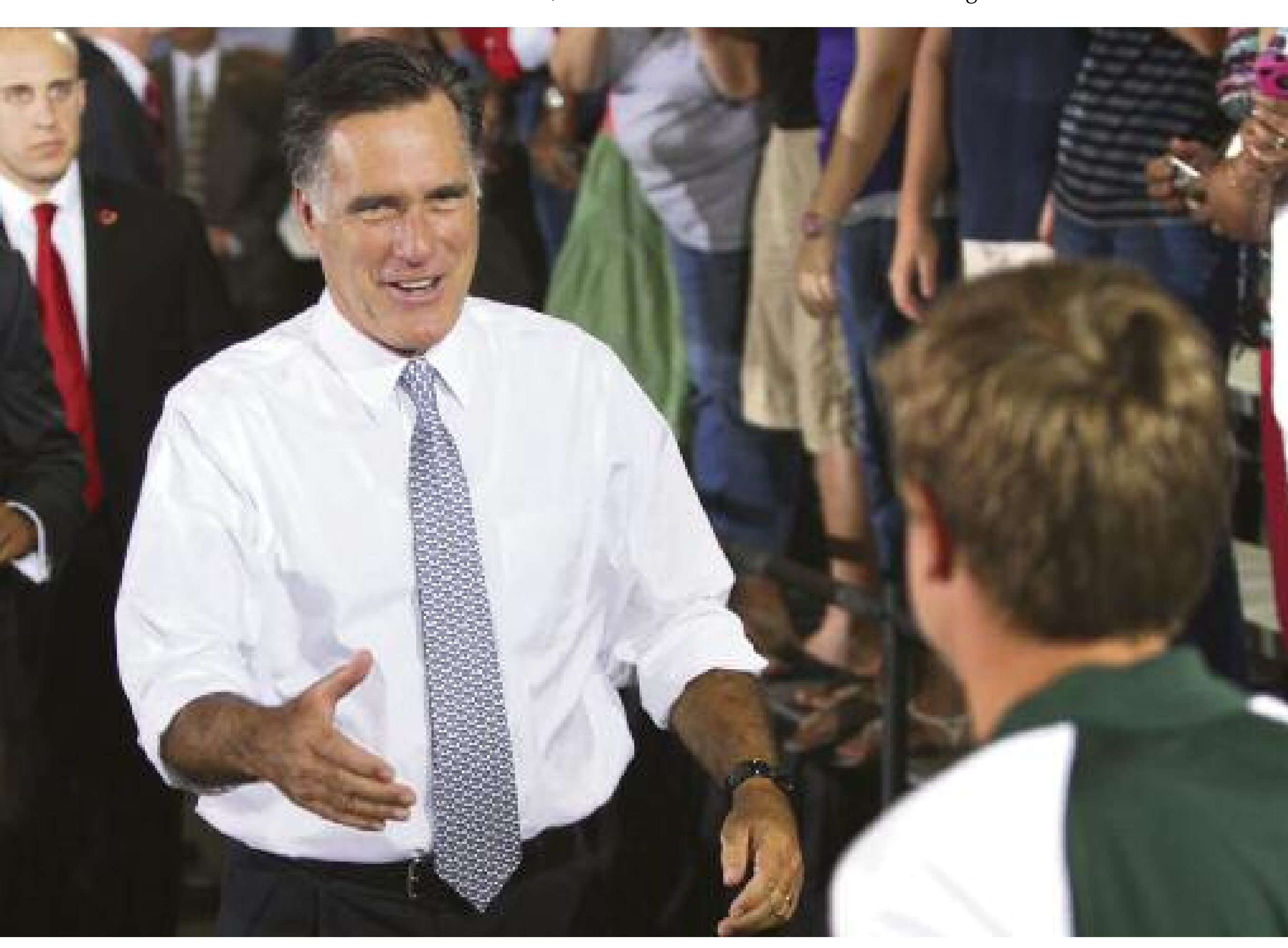
Der entstandene Schaden durch das Bekanntwerden von Romneys Aktivitäten in Steueroasen ist an sich schon verheerend genug, mit seinem Versuch einer Schadensbegrenzung hat Romney allerdings gleich noch ein zusätzliches „Eigentor“ geschossen. „Ich weiß im einzelnen gar nicht, wo überall mein Geld liegt“, gab er in einem Interview den Ahnungslosen. Naheliegend ist die Frage, ob jemand, der den Überblick über die eigenen Finanzen verloren hat, wirklich geeignet ist, zukünftiger Präsident der größten Volkswirtschaft der Erde zu werden.

Ohnehin scheint man sich im republikanischen Lager nicht allein auf die Wirtschaftskompetenz Romneys als Wahlkampfargument verlassen zu wollen. Und so lebt eine Praxis wieder auf, die bis in die 60er Jahre vor allem in den

Merkwürdige Vorgaben für Wahllisten

Südstaaten verbreitet war: „voter supression“. So wird der Versuch genannt, unerwünschte Wähler von der Wahlurne fernzuhalten. Vorreiter beim Vorhaben, traditionelle Wähler der Demokraten vom Wählen abzuhalten, um Mitt Romney gegen den Amtsinhaber Obama einen Startvorteil zu verschaffen, ist Florida. Wahrscheinlich mit gutem Grund: Hier war der Wahlausgang im Jahr 2000 so knapp, dass erst Gerichte bemüht werden mussten, die letztendlich George W. Bush den Wahlsieg vor dem Demokraten Al Gore zuerkannten, nach Sicht von Kritikern sogar zuschanzten. Nebeneffekt der damaligen Ereignisse war, dass der Blick der Welt auf die Mängel des US-Wahlsystems gelenkt wurde, das zum Teil verblüffende Ähnlichkeiten mit dem einiger Dritte-Welt-Länder offenbarte. Dass nur wenige Stimmen über Sieg und Niederlage entscheiden, soll der Vergangenheit angehören, dieser Eindruck drängt sich bei dem Versuch von Floridas Gouverneur Rick Scott auf, der bis zu 182 000 Personen aus den Wahllisten streichen lassen will. Seine Begründung: Sie sind keine US-Bürger. Zur Rechtfertigung der Streichung aus den Wahllisten werden inzwischen selbst Daten von Fahrzeugkontrollen herangezogen, die mit Wählerlisten abgeglichen werden. Wer bei den Kontrollen vergessen hatte anzugeben, dass er US-Bürger sei, oder wer zwischenzeitlich eingebürgert wurde, läuft Gefahr, sein Wahlrecht zu verlieren, sollte er nicht innerhalb von 30 Tagen den Gegenbeweis erbringen. Selbst ein inzwischen über 90-jähriger Weltkriegs-Veteran soll so den Nachweis erbringen, US-Bürger zu sein.

Etwas subtiler als in Florida geht man in anderen Bundesstaaten vor: Traditionell wird in den USA an einem Dienstag gewählt. Wahlanalysen haben inzwischen ergeben, dass Wähler, die von der Möglichkeit von „Frühwählen“ am jeweils vorangehenden Sonntag Gebrauch machen, bevorzugt die Demokraten wählen. Seitdem wird von den Republikanern versucht, das „Frühwählen“ einzuschränken. Die entsprechenden Wahlbüros werden in einigen Bundesstaaten einfach zunehmend seltener. Staaten wie Ohio, Pennsylvania, Colorado, Virginia und Indiana verlangen neuerdings, dass bei den Wahlen eine Identitätskarte mit Lichtbild vorgelegt wird. Bei den Einkommensschwachen, welche die Kosten von 400 Dollar für die ID-Karten scheuen, dürfte es sich ebenfalls mehr um typischen Wähler der Demokraten als um Wahlbetrüger handeln. Umfangreiche Ermittlungen des US-Justizministeriums für den Zeitraum 2002 bis 2007, bei denen 300 Millionen Stimmabgaben überprüft wurden, konnten nur 87 Verstöße gegen das US-Wahlrecht feststellen. In der Mehrzahl der Fälle waren ehemalige Häftlinge zur Wahl gegangen, obwohl ihnen das Wahlrecht entzogen worden war. *Norman Hanert*



Nicht authentisch: Der Millionär Mitt Romney versucht sich in der Rolle des netten Mann von nebenan Bild: pa

Bye Bye, United Kingdom

Die Kanalinsel Jersey will die Selbstständigkeit

Eine völkerrechtliche Kuriosität weniger, ein neuer Zwergenstaat mehr, so könnte für Europa bald das Resultat des anhaltenden Steuerstreits zwischen der britischen Regierung und der Kanalinsel Jersey aussehen. Nur etwa 20 Kilometer vor der französischen Küste, aber 160 Kilometer von Großbritannien entfernt gelegen, stehen auf der Insel die Zeichen auf vollständige politische Loslösung von London. Klar geworden dürfte dies spätestens durch eine spektakuläre Ankündigung der ranghöchsten Politiker der Kanalinsel: „Die Insel sollte bereit sein, für sich selbst einzutreten, und sich darauf vorbereiten, in die Unabhängigkeit zu gehen – wenn das im Interesse Jerseys liegt.“

Jersey und andere Kanalinseln wie Guernsey sind völkerrechtlich weder Teil des Vereinigten Königreiches, noch sind sie eine Kronkolonie wie früher Hongkong. Sie gelten als Kronbesitz (crown dependency) und sind damit direkt der britischen Krone unterstellt. Jedes Gesetz, das auf den Kanalinseln erlassen wird, braucht die Zustimmung des britischen Kronrats.

Nach außen hin wird die Insel gegen Honorar vom britischen Foreign Office vertreten. Die Freiräume dieses Sonderstatus wurden von Jersey bisher erfolgreich genutzt: Die Insel gilt als Steuerparadies. Der Höchstsatz der Einkommensteuer liegt bei 20 Prozent und die gesamte Steuergesetzgebung ist darauf angelegt, Privatvermögen und Unternehmen anzulocken, welche die Zahlung von Steuern vermeiden wollen. Entsprechend hoch ist die Konzentration von Vermögens-

Ist das Steuerparadies überhaupt ein Teil der EU?

verwaltungen und Hedgedfonds in Jerseys Hauptstadt Saint Helier, selbst wenn es sich dabei oft nur um Briefkastenfirmen handelt.

Das auf Jersey geparkte Vermögen wird auf bis zu 800 Milliarden Britischen Pfund geschätzt, jeder Fünfte der 90 000 Inselbewohner arbeitet inzwischen direkt im Finanzsektor. Seitdem im Zuge der Finanzkrise der Kampf gegen die Steuerhinterziehung und die Rolle von Steuerparadiesen in den Blick zahlreicher Regierungen gerückt ist, hat sich auch der Druck auf Finanzplätze wie Jersey verstärkt. Werbebotschaften wie das unverblümte „Auf Jersey behalten Sie mehr von dem, was Sie verdienen“ kommen seitdem nicht nur in Westminster nur noch sehr schlecht an.

Bereits im März hatten Jersey und Guernsey eine Klage vor dem Obersten britischen Gericht wegen einiger wichtigen Steuerfragen verloren. Die Forderung des Gerichts: Jersey soll ein bestimmtes Steuerschlupfloch schließen, das von etwa 1000 Briten genutzt wird und dem britischen Finanzminister 168 Millionen Pfund an Verlusten beschert. Konkret geht es um den mehrwertsteuerbefreiten Verkauf von Waren nach Großbritannien.

Auf Jersey selbst scheint man nun bereit zu sein, im Notfall auch den letzten Schritt, den der vollständige Loslösung von Großbritannien, zu gehen. Angekündigt ist bereits die Eröffnung von Verbindungsbüros in London und Brüssel. Auch auf die EU würde mit einem vollständig selbständigen Jersey Neuland zukommen. Abweichend von einem Urteil des Bundesgerichtshofs, das im Jahr 2002 Jersey als Teil der EU bezeichnete, ist international die vorherrschende Rechtsauffassung, dass die Kanalinsel durch seinen bisherigen Sonderstatus als Kronbesitz nicht einmal Teil der EU ist. *N.H.*

Willkür toleriert

Rumänien: EU lässt linken Ministerpräsidenten gewähren

Mit Verzögerung – und starker parteipolitischer Schlagseite – reagiert „Europa“ auf die Lage in Rumänien, wo es Ministerpräsident Victor Ponta in der kurzen Zeit seit seinem Amtsantritt Anfang Mai gelang, den Beinamen „der kleine Ceaucescu“ zu bekommen: Der 39-jährige Chef der postkommunistischen SP hat mit rund 40 „Eildekreten“ parteitaktische Willkürakte durchgesetzt, radikale Umbesetzungen in Verwaltung, Justiz, Parlament, Medien und Kultur durchgezogen und sogar die Kommission kaltgestellt, die seine Dissertation als Plagiat entlarvt hatte.

Die EU wachte erst auf, als Pontas fragile Koalition vor zwei Wochen ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Traian Basescu durchsetzte. Über dessen Schicksal gibt es am 29. Juli eine Volksabstimmung – für die rasch noch die Regeln zuungunsten Basescus geändert wurden. Unter anderem wurde die Stimmabgabe im Ausland erschwert, denn bei seiner Wiederwahl 2009 hatten die drei Millionen Auslandsrumänen – die meisten davon in Spanien – den Ausschlag gegeben.

Wenn man in Brüssel jetzt von einer „Aushebelung des Rechtsstaats“ spricht und vereinzelt sogar die Aussetzung der Mitgliedsrechte oder die Verschiebung der noch für 2012 geplanten Aufnahme in den Schengenraum androht, ist das aber Pharisäertum. Denn dass Gesetze und Richtersprüche in Rumänien oft sehr dehnbar und widersprüchlich sind, hat man immer gewusst: Eben deshalb wurden ja bei der krampfhaften EU-Erweiterung 2007 extra für Rumänien (und Bulgarien) regelmäßige Sonder-

Rache für Kampf gegen Korruption

kontrollen der Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Was bis heute gilt – und dort von allen Parteien kritisiert wird.

Der 60-jährige Basescu, vormals Kapitän der Handelsmarine, Bukarester Bürgermeister und Verkehrsminister, hatte bei der Präsidentenwahl 2004 gegen den früheren Premier Adrian Nastase gewonnen – der Pontas politischer Mentor und „Doktorvater“ war und im März wegen Erpressung von Parteispenden zu Gefängnis verurteilt wurde. Dass Basescu als Saubermann gegen die Korruption antrat, machte ihn beim Volk beliebt. Doch eben deshalb setzten die alten Seilschaften und Oligarchen bereits 2007 ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn durch. Damals konnte er die Volksabstimmung noch überzeugend gewinnen, aber diesmal sieht es viel schlechter aus, denn die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geforderten rigorosen Sparmaßnahmen seit 2010 werden ihm und seiner Partei angelastet.

Natürlich ist auch Basescu, der heute als konservativ gilt, kein ganz unbeschriebenes Blatt: Schließlich ist alles, was in Rumänien Macht und Geld hat, aus KP-Kadern hervorgegangen und hat mehrmals Standpunkte, Parteien und Verbündete gewechselt. Basescu war auch für den Verbleib rumänischer Truppen in Afghanistan, und es gilt als sicher, dass er über die geheimen CIA-Foltergefängnisse in Rumänien Bescheid wusste.

Ponta reagierte auf internationale Kritik vorige Woche mit einem Blitzbesuch in Brüssel, wo er der EU-Spitze versprach, alle Maßnahmen zu korrigieren, die nach Meinung der Kommission nicht mit den „Grundwerten“ vereinbar seien. Aber gerade in Brüssel muss man aus der eigenen Praxis wissen, was „Versprechungen“ sind. Und auch Ponta weiß, was er von verbalen Drohungen zu halten hat. *R. G. Kerschhofer*

Rettet, rennet, flüchtet!

Anleger flüchten in Scharen aus der Gemeinschaftswährung und bringen andere Länder damit in Bedrängnis

Ob die Schweiz, Schweden, Dänemark oder Norwegen, vor allem diese kleinen, wirtschaftlich stabilen Länder Europas leiden unter dem egozentrischen Verhalten der Euro-Länder, das aus ihrer Sicht alles andere als solidarisch ist.

Im Mai waren es 68 Milliarden Franken, im Juni 59 Milliarden Franken, die die Schweizer Notenbank aufwenden musste, um eine Aufwertung ihrer Währung zu verhindern. Da vor allem Anleger aus dem Euro-Raum aufgrund ihrer Angst vor dem Zusammenbruch oder zumindest einer Inflation der Gemeinschaftswährung ihre Euro in Schweizer Franken wechselten und dort anlegten, drohte der Kurs der Schweizer Währung den festgelegten Mindestkurs von 1,20 Franken je Euro zu unterschreiten. Dies wiederum wäre nicht gut für die Wirtschaft im Lande, da Exporte teurer würden und die Nachfrage aus dem Ausland somit einbrechen würde.



Dänische Krone



Norwegische Krone

Also biss die Schweizer Notenbank in den vergangenen Monaten vermehrt in den sauren Apfel und intervenierte. Sie kaufte also Euro, damit nicht nur Nachfrage nach dem Franken, sondern auch nach dem Euro bestand und der Kurs zwischen diesen Währungen stabil blieb. Inzwischen sitzen die Schweizer auf einem Berg an ausländischen Währungen in Höhe von 365 Milliarden Franken, was etwa zwei Dritteln des Bruttoinlandsproduktes entspricht. Rund die Hälfte davon sind Euro, ein Viertel sind dem ebenfalls schwächelnden US-Dollar zuzurechnen.

Und nicht nur die Schweiz sitzt auf einem Berg an zwangsweise gekauften Euros. Auch die Dänen, Norweger und Schweden leiden unter der Nachfrage ihrer Währung aus dem Euro-Raum. Die wirtschaftlich stabilen und vergleichsweise gering verschuldeten Nicht-Euro-Länder sind die beliebtesten Anlaufstaaten ängstlicher Euro-Besitzer. Aber auch kanadische und australische Dollar sind beliebt, doch vielen Euro-Flüchtlingen liegen diese Länder nicht nur geografisch zu fern. Mit der Schweiz, Schweden, Norwegen und Dänemark können viele mehr anfangen und so legen sie ihr Geld dort an, auch wenn sie nur wenig Zinsen erhalten.

> Es droht früher oder später Inflation

Hauptsache sicher, lautet die Devise der Euro-Flüchtlinge.

Doch diese Rechnung hat gleich mehrere Fehler. Denn durch die Intervention der Notenbanken erhöhen diese die Gefahr von Inflation in ihrem Land. Zwar sinken derzeit beispielsweise in der Schweiz die Preise, was der herrschenden Lehre widerspricht, doch das liegt daran, dass die bisherige Aufwertung des Franken bis zum Kurs von 1,20 Franken je Euro Exporte zwar verteuert, Importe aber verbilligt hat, was dafür sorgte, dass Rohstoffe und Waren aus dem Ausland günstiger werden. Zudem fürchteten viele Unternehmen aufgrund der instabilen Konjunktur die Preise zu erhöhen, so Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft (ifw) in Kiel. Und wie Tanja Kocher von der Deutschen Bank auf *PAZ*-Anfrage zu Bedenken gibt, gelangen die zusätzlichen Franken, die die Schweizer Notenbank „drucken“ muss, um ihre Intervention auszugleichen, nicht in den normalen Güterkreislauf. Ähnlich wie im Euro-Raum saugen die angeschlagenen Banken die von der Zentralbank geschaffene zusätzliche Liquidität durstig auf. Das Geld

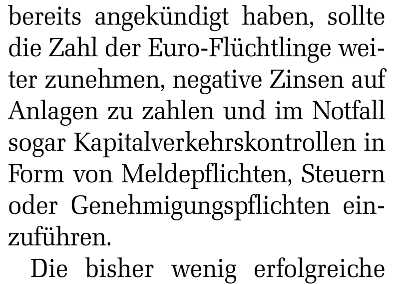


Euro gegen Franken: Die steigende Nachfrage gefährdet die Schweiz Bild: pa

wird dann zur Konsolidierung der eigenen Bilanzen und nicht zur Vergabe von Krediten verwendet, die wiederum zu Blasen auf den Vermögensmärkten führen könnten. Doch nur weil derzeit keine Inflation in den Euro-Fluchtländern droht, heißt es nicht, dass sie nicht später kommt. Daher rät die Deutsche Bank Anlegern entschieden davon ab, aus emotionalen Gründen wie Angst ihr Geld in die sogenannten Flucht-Währungen zu investieren. Zumal die Schweiz bereits angekündigt haben, sollte die Zahl der Euro-Flüchtlinge weiter zunehmen, negative Zinsen auf Anlagen zu zahlen und im Notfall sogar Kapitalverkehrskontrollen in Form von Meldepflichten, Steuern oder Genehmigungspflichten einzuführen.

Die bisher wenig erfolgreiche Euro-Rettung zieht also auch die stabilen Nicht-Euro-Länder in Mitleidenschaft. Verliert der Euro weiter an Wert oder bricht er gar zusammen, drohen auch die Schweiz, Schweden und Dänemark mit zu stürzen, da ihre Zentralbanken auf großen Mengen an Euro „sitzen“. Nur Norwegen dürfte einigermaßen davonkommen, da das Land Teile seiner Devisen in Firmenbeteiligungen in den jeweiligen Ländern investiert. Aber auch diese Sachwerte verlieren an Wert in einem Wirtschaftsraum, in dem die Kaufkraft stark schwindet. Schon jetzt leiden die vier Länder, deren Hauptabnehmer im Euro-Raum liegen, an der sinkenden Nachfrage aus den wirtschaftlich angeschlagenen Ländern.

Rebecca Bellano





Schweizer Franken



Schwedische Krone

KURZ NOTIERT

Verfassungsgericht stoppt Lissabons Sparplan: Ein wichtiger Teil des Sparplans der portugiesischen Regierung, die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für Beamte und Rentner, ist vom Verfassungsgericht des Landes für ungültig erklärt worden. Nach Ansicht der Richter stellten die Kürzungen einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar, da damit nur bestimmten Bevölkerungsgruppen ein finanzielles Opfer aufgebürdet werde. *N.H.*

Auffanggesellschaft für notleidende Schifffahrtsfonds geplant: Das Hamburger Investmenthaus Lloyds Fonds will 16 seiner Fonds zur Schiffsfinanzierung in einer Auffanggesellschaft zusammenfassen. Die Restrukturierung auf Basis von Einzelschiffsfonds wird nach Angaben einer Unternehmenssprecherin derzeit für kaum noch möglich gehalten. Die gesamte Schifffahrtsbranche leidet seit Jahren an Überkapazitäten und sinkenden Preisen, so dass erste Schiffsfonds und Unternehmen bereits Pleite gegangen sind. *N.H.*

Bulgarien in Energienöten: In Bulgariens Kernkraftwerk Kozloduy häufen sich die Störfälle. Auch deswegen plant Sofia, bis 2024 entweder ein weiteres Atomkraftwerk zu bauen oder Kozloduy um zwei neue Blöcke zu erweitern. 1970 von 100 000 Arbeitern erbaut und mit sechs russischen WWER-Druckwasserblöcken ausgestattet, erzeugte das AKW in Kozloduy zeitweise 44 Prozent des Energiebedarfs des Landes und machte Bulgarien sogar zum größten Stromexporteur auf dem Balkan, der 2004 Athens Olympiade „rettete“. Auf Brüsseler Druck wurden bereits 2002 und 2006 vier Blöcke aus Sicherheitsgründen abgeschaltet. *W.O.*

Sparkassen contra „Pro Deutschland“: Vermehrt treten Sparkassen dadurch in Erscheinung, dass sie der „Pro“-Partei die Eröffnung von Girokonten verweigern. Ihr rechtlicher Status als öffentlich-rechtliches Geldinstitut verpflichtet sie eigentlich dazu. Allerdings kann die Beschreitung des Rechtsweges erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. *H.L.*

Zerschlagung abgewendet

BayernLB-Desaster lässt das Land Bayern aber geschröpft zurück

Zumindest eine offene Wunde ist vorläufig versorgt, mit Hoffnung auf Heilung. Wegen der Zehn-Milliarden-Euro-Finanzspritze, die der Freistaat Bayern der Landesbank BayernLB zu Beginn der Euro-Krise 2008 geben musste, hatte die EU-Kommission mit einem Beihilfe-Verfahren gedroht: Die staatliche Unterstützung stelle einen unzulässigen Wettbewerbsvorteil dar. Dass so ein Verfahren übel enden kann, zeigt das Beispiel WestLB, die auf Geheiß Brüssels Ende Juni komplett zerschlagen wurde. Eine solche Drohung ist mit Blick auf die BayernLB nun vom Tisch, nachdem Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, Finanzminister Markus Söder und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in Brüssel vorstellig geworden sind. Sie einigten sich mit Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia auf eine Erhöhung der Eigenkapitalquote, Rückzahlung der Staatshilfen bis 2019 sowie Schrumpfung der Bank um die Hälfte – gemessen an der Bilanzsumme auf gut 200 Milliarden Euro. Dazu muss die Wohnungstochter GBW am freien Markt verkauft werden. Die Landesbausparkasse LBS wird künftig allein von den bayerischen Sparkassen geführt, Auslandstöchter werden abgestoßen.

Die bayerischen Sparkassen, denen der Freistaat in der Krise 2008 die Nachschusspflicht erlassen hatte, müssen nun nachziehen und ihre Einlagen erhöhen. Endziel ist ein rentabler Verkauf der BayernLB in einigen Jahren, falls der Markt es dann hergibt, wie Söder sagte. Insgesamt soll sich die BayernLB wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, nämlich als Spitzeninstitut der Sparkassen die bayerische Wirtschaft mit Kapital zu versorgen, wenn es einzelnen Sparkassen zu umfangreich wird.

> Milliarden durch Fehleinschätzungen und Betrug verloren

Auf die schiefe Bahn war die BayernLB geraten, als im europaweiten Boom-Wahnsinn nach der Euro-Einführung die Renditen aus soliden Inlandsgeschäften anscheinend nicht mehr ausreichten und sich – wohl auch auf politischen Druck während der Einspar-Orgien unter Edmund Stoiber – für die Bank der Zwang ergab, in scheinbar gewinnträchtigere und damit riskantere Geschäftsfelder zu investieren. Nur so ist der milliardenschwere Kauf der „Hypo Group Alpe Adria“ 2007 zu erklären, die im Kroatien- und Ungarn-Geschäft stark vertreten war. Ähnlich blamabel fiel man auch auf die Wert-Einschätzungen von Immobilien auf dem Subprime-Markt herein. Als die US-Immobilien-Blase 2008 platzte, hing die BayernLB ebenfalls mit drin.

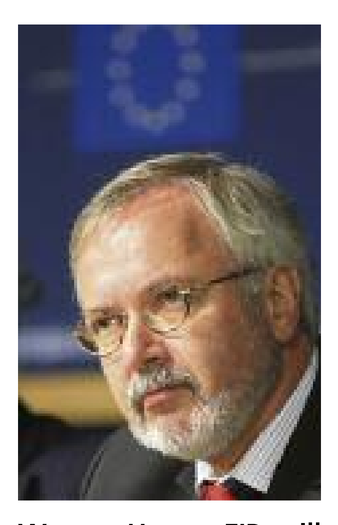
Schon ab 2002 hatte man an der Pleite des Kirch-Konzerns zu kauen, denn die BayernLB war mit zwei Milliarden Euro größter Gläubiger. Indirekt mit der Kirch-Pleite ist ein Bestechungsskandal verbunden, bei der die Bank Betrogene war. Die BayernLB hatte im Zuge der Kirch-Pleite eine 46,65-Prozent-Beteiligung an der Formel-Eins-Holding SLEC erhalten. Diese Anteile wurden 2005 für 837 Millionen US-Dollar verkauft – nach Meinung von Fachleuten unter Wert. Wie der damalige Risikovorstand Gerhard Gribkowsky vor Gericht zugab, erhielt er für diesen Deal rund 44 Millionen Dollar Schmiergeld. Ob die Bank und damit der bayerische Steuerzahler jemals wieder etwas von dem Geld sehen, ist unklar. *Anton Heinrich*

Kein Retter für den Euro

Europäische Investitionsbank will sich nicht missbrauchen lassen

Nicht nur für den Euro-Rettungsfonds ESM – so dieser denn vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet wird – muss Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) noch in diesem Jahr etliche Milliarden überweisen, auch die Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von insgesamt zehn Milliarden Euro kostet Deutschland 1,6 Milliarden Euro.

Die bis vor kurzem relativ unbekannte EIB geriet erst vor wenigen Monaten anlässlich der Euro-Rettung in den Fokus des Interesses. Die Bank, die allen 27 EU-Mitgliedern anteilig gehört und die vom Volumen her sogar größer als die Weltbank ist, sollte plötzlich zum Motor für das im südlichen Euro-Raum dringend benötigte Wachstum werden. Der seit Januar dieses Jahres in Amt und Würden befindliche Präsident der EIB, der Deutsche Werner Hoyer (FDP), betont aber immer wieder, dass seine Bank zwar Wachstum und Beschäftigung fördern könne, aber gewiss kein „Allheilmittel“ in der Euro-Krise sei. Er sehe die Kapitalerhöhung zwar sehr positiv, doch er habe keineswegs vor, die zusätzlichen Gelder hauptsächlich in Projekte in die Euro-Krisenländer zu investieren. „Die Bank kann nur dort finanzieren, wo auch finanzierbare und ökonomisch sinnvolle Projekte vorliegen“, sagte er vor kurzem dem „Deutschlandradio“.



Werner Hoyer: EIB will nur ökonomisch sinnvolle Projekte finanzieren

Zwar ist die EIB derzeit auch mit rund zwei Milliarden Euro an Krediten in Griechenland engagiert, doch dies ist nur möglich, weil sie auch in starken Ländern aktiv ist. So soll auch das Ausleihvolumen in Länder wie die Niederlande, Finnland und Deutschland von der Kapitalerhöhung ausgebaut werden. Derzeit liegt das Deutschland-Engagement der EIB bei 6,1 Milliarden Euro. Der Großteil davon ging an die Industrie, an Firmen wie BMW, Bosch und Siemens oder auch das Spezialchemieunternehmen Lanxess für Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung. Aber auch Windparks, Straßenbauprojekte und Bildungseinrichtungen werden finanziert.

Alle Kredite würden von den hauseigenen Fachleuten, zu denen auch Ingenieure und Naturwissenschaftler gehören, auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft, denn nur so könne sich die EIB am Kapitalmarkt günstig refinanzieren. Hoyer hebt zudem stets hervor, dass dieses Sicherheitsbewusstsein auch im Interesse der Kunden sei, denn nur so könne die Bank günstige Kredite vergeben, schließlich kosten faule Kredite Geld und verschlechtern die Bonität. Außerdem könne die EIB nicht nur zur Euro-Rettung herangezogen werden, heißt es aus der Bank, denn sie gehöre den 27 EU-Mitgliedern und nicht nur den 17 Euro-Ländern. Und es gebe auch Nicht-Euro-Staaten, die Projekte in ihren Ländern finanziert haben möchten. *Bel*

Mieses Spiel

Von Jan Heitmann

Sport hat schon lange nichts mehr mit Hobby, Leibesertüchtigung und fairem Wettbewerb zu tun. Er ist zu einem Beruf und einem Geschäft geworden. Fußballer, in einer Art Menschenhandel für Millionen von einem Verein zum anderen „transferiert“, kassieren Jahresgagen, die ein Normalverdiener nicht einmal während eines jahrzehntelangen Arbeitslebens nach Hause trägt. Vereine verkaufen den Namen ihres Stadions zu Werbezwecken und geben damit einen Teil ihrer Identität auf. Sportler vermarkten ihr Gesicht und degradieren sich für Geld zu wandelnden Plakatwänden. Leider ist der Sport auch zu einem schmutzigen Geschäft verkommen. Doping ist fast an der Tagesordnung. Bei der Vergabe von Großveranstaltungen füllen sich Sportfunktionäre die Taschen. Geradezu unglaublich ist das, was zu den Olympischen Spielen in London passiert. Um die kommerziellen Interessen von Werbepartnern zu schützen, wird eine Weltstadt dem Markenfeldzug einiger weniger Konzerne unterworfen. Das hat nichts mehr mit dem olympischen Gedanken zu tun. Wie war das noch: Elf Freunde sollt ihr sein. Um des Sports willen und nicht der Millionen. Aber das bleibt wohl ein Traum.

Schiefe Rechnung

Von Rebecca Bellano

Es heißt immer, hätte Deutschland nicht den Euro, würde es dem Land ergehen wie der Schweiz, die verzweifelt versucht, eine Aufwertung ihres Franken zu verhindern, um so eine Verteuerung der Exporte zu vermeiden. Allerdings, hätte Deutschland noch die D-Mark und gäbe es somit den Euro nicht, hätte die Schweiz auch nicht derartige Probleme. Diese hat das Land nur, weil Anleger ihre fragilen Euro lieber in stabile Franken tauschen wollen. Und gegenüber dem Dollar hat der Euro seit seiner Einführung bereits eine Aufwertung von rund 75 Prozent erlebt, wie erst unlängst der „Zeit“-Herausgeber Josef Joffe erwähnte, um dann fortzufahren, dass Deutschland trotzdem weiter viel exportiere, weil es durch die „Agenda 2010“ nach innen abgewertet habe. Und selbst wenn es Deutschland mit einer D-Mark ergehen würde wie der Schweiz jetzt, darf man fragen, was zumindest finanziell gesehen teurer wäre. Die Schweizer Zentralbank musste für über 180 Milliarden Franken Euro kaufen, um ihre Währung nicht gegen den schwachen Euro zu sehr aufwerten zu lassen. Bricht der Euro zusammen, ist das Geld futsch – genauso wie Deutschlands Garantien und EZB-Target2-Forderungen, die einen deutlich höheren dreistelligen Milliardenbetrag ausmachen. Und wie gesagt, gäbe es den Euro nicht, dann wäre das Problem der Schweiz deutlich kleiner, denn nur durch die Euro-Krise muss die Notenbank des Landes so stark intervenieren. Aber, wie betont die Politik so schön, Deutschland habe bisher am meisten vom Euro profitiert. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Spalter der Nation

Von Hans Heckel

Krisen sind gut dazu geeignet, dem Volk Dinge abzunötigen und langgehegte Machtphantasien auszuleben, die in ruhigeren Tagen kaum durchsetzbar sind. Daher haben ausgefuchste Machtstrategen in der Vergangenheit Krisen sogar bewusst provoziert, um mit ihrer Hilfe das Tor zum bis dato Undenkbaren aufzustoßen.

In der Euro-Krise ist diese Taktik beinahe täglich zu beobachten. Manch einem der Akteure scheint indes nicht bewusst zu sein, welchen Schaden seine Leichtfertigkeit anzurichten vermag. Dies gilt auch für Reiner Haseloff, den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt. Der CDU-Politiker bezeichnet Zwangsabgaben auf Vermögen über 250000 Euro als „Chance, der historisch bedingten über Jahrzehnte hinweg unterschiedlichen Einkommensentwicklung zwischen Ost und West und der Bildung großer Vermögen in den westlichen Bundesländern zumindest ansatzweise Rechnung zu tragen“.

Das ist die Sprache eines Spalters der Nation. Sie klingt wie das Credo eines SED-Veteranen, der es dem „Klassenfeind“ noch einmal zeigen will. Dessen „Wessi“-verachtende „Ostalgie“ hat indes ein ebenso unpatriotisches Gegenstück im Westen: Es ist das dumpfe Gefühl, von „denen da drüben“ seit 1990 per Sozialtransfers, Finanzausgleich, Aufbau-Ost-Förderung und Ähnlichem systematisch ausgenommen zu werden. Die Vertreter dieser Sicht können ihr Gefühl ebenso mit Zahlen belegen, wie es dem „Wessi“-Verächter nicht an Beispielen für skrupellose Geschäftemacher aus dem Westen mangeln dürfte.

> Haseloff bedient finsterste Ressentiments

Haseloff bedient die Ressentiments beider Seiten. Die Westdeutschen werden sich darin bestätigt fühlen, im Sozialismus gelandet zu sein, in dem nach der Manier „Junkerland in Bauernhand“ Vermögen ab einem bestimmten Niveau einfach enteignet werden. Die Wörter „zumindest ansatzweise“ lassen fürchten, dass der Politiker gern noch viel weiter ginge als „nur“ bis zehn Prozent. Haseloff ist es gleichgültig, dass die „Vermögen“ ehrlich erworben und meist bereits mehrfach versteuert wurden. Denn Schwarzgeld wird sich dieser Maßnahme ebenso entziehen wie der Steuer.

Hier schimmert eine durch und durch sozialistische Verachtung des Privateigentums durch, die dem freiheitlichen Rechtsstaat fremd ist. Haseloff stellt Privatvermögen hin wie eine Art Staatsvermögen, das der Staat billigerweise jederzeit an sich nehmen dürfe. Auf diese Weise bedient er sozialneidische, marktwirtschafts- und freiheitsfeindliche Reflexe, wie sie sonst nur unter der Glocke der SED-Staats-Nostalgie so giftig wuchern. Der CDU-Politiker legt damit die Axt gleichermaßen an den freiheitlichen Rechtsstaat wie an das Gemeinschaftsbewusstsein der Deutschen.



Deutschland wird gedanklich wieder in „reiche Wessis“ und „arme Ossis“ geteilt: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff befürwortet die Zwangsabgaben-Idee, die wirkt, als wäre sie aus dem DDR-Geschichtsbuch abgeschaut

Bild: pa

Moment mal!



Gesetze dürfen nicht beschnitten werden

Von Klaus Rainer Röhl

Letzte Woche bekam ich nun wirklich einen Schreck, weil der Präsident der in Berlin tagenden Europäischen Rabbiner-Konferenz, der Moskauer Rabbi Pinchas Goldschmidt, erklärte, in Deutschland drohe ein neuer Holocaust. Gerade schien alles gutzugehen zwischen Juden und Deutschen. Die Bundesregierung und die jüdische Claims Conference hatten sich auf eine neue Zahlung von 245 Millionen Euro für jüdische Holocaust-Überlebende auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geeinigt. Und nun schon wieder der Holocaust.

Was war geschehen? Ein deutsches Gericht hatte auf Grund einer Anzeige wegen einer medizinischen Komplikation nach einer Beschneidung entschieden, dass die Beschneidung eines minderjährigen Kindes strafbar ist. Es folgte damit einem bekannten Strafrechtler aus Passau, Professor Holm Putzke, der geschrieben hatte: „Wer eine Zirkumzision (Rundumabtrennung der männlichen Vorhaut) an einem Kind vornimmt, gleichgültig, ob es sich um einen Arzt, einen Mohel oder einen Sünnetci (jüdische oder türkische Laien-Beschneider) handelt, braucht, um die Verletzung des Körpers gerechtfertigt vorzunehmen, eine wirksame Einwilligung der Personensorgeberechtigten, wobei das Wohl des Kindes ausschlaggebendes Kriterium ist. Nicht im Wohl des Kindes liegt eine Zirkumzision, wenn sie medizinisch nicht notwendig ist ... Wer einen Minderjährigen ohne medizinische Indikation zirkumzidiert, wenn etwa allein hygienische, ästhetische oder religiöse Gründe vorliegen, macht sich strafbar nach § 223 StGB.“

Dem war das Kölner Gericht gefolgt und hat damit juristisches Neuland betreten. Nach jüdischem, auf das Alte Testament zurückgehenden Brauch wird die Beschneidung männlicher Säuglinge acht Tage nach ihrer Geburt durchgeführt, während bei den meisten Muslimen die Beschneidung erst im Alter von fünf bis sechs sieben Jahren durchgeführt und mit einem aufwendigen Fest begangen wird. Nicht nur die Rabbinerkonferenz, sondern auch die jüdische Gemeinde, die für etwa 120000 Mitglieder mosaischen Glaubens in Deutschland sprechen kann, und natürlich die türkischen Organisationen, die sich als Vertreter der rund vier Millionen in Deutschland lebenden Muslime mit oder ohne deutschem Pass betrachten, sehen ihre Religionsfreiheit empfindlich bedroht.

> Wer ohne medizinischen Grund beschneidet, macht sich strafbar

Die jüdische Beschneidung nach der Geburt wird oft als unschädlich für das Neugeborene dargestellt, das nach acht Tagen angeblich noch keine ausgeprägte Schmerzempfindung entwickelt hat und infolgedessen auch keine traumatische Erinnerung an die Operation haben könne. Dies wird von Psychologen und Medizinern mit guten Gründen bestritten. Die im Körpergedächtnis konservierten Schmerzen bei der Beschneidung Neugeborener sind als überschießende Stressantwort – etwa bei Impfungen – noch nach einem Jahr nachweisbar. Noch gravierender aber ist der Eingriff, der bei den muslimischen Kindern im Alter von fünf bis sieben Jahren erfolgt. Matthias Franz, Professor für psychosomatische Medizin an der Universität Düsseldorf, erklärt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Entfernung der Vorhaut im Säuglings- oder Kindesalter stellt ein Trauma dar und kann zu andauernden körperlichen, sexuellen und psychischen Komplikationen und Leidenszuständen führen. Über diese Problematik wird aus Respekt vor religiösen und kulturellen Tabus und aus Angst vor möglichen Konflikten vorwiegend in Fachkreisen diskutiert. So kann es nicht bleiben.“

Es ist, nach der Entscheidung des Kölner Landgerichts, nicht so geblieben. Die Konflikte sind da und wir müssen sie austragen. Sicher nicht durch ein in Eile im Bundestag verabschiedetes Gesetz, in dem nachträglich der Segen zur Genitalverstümmelung gegeben wird – etwas anderes ist es ja nicht – ebenso wie die in weiten Kreisen Afrikas übliche und daher auch von Einwanderern hier massenhaft praktizierte, erst seit 2000 in Deutschland verbotene Klitorisbeschneidung von Mädchen. Diese dient eindeutig zur Triebunterdrückung, mit der in vorgeschichtlicher Zeit das siegreiche Patriarchat die Frau zum Eigentum des Mannes erklärte und die einst sexuelle Selbstbestimmung der Frauen brutal unterdrückte.

Doch warum werden Männer beschnitten? Warum sollen sie es auch in unserem Jahrhundert werden oder es wird wieder ein neuer Holocaust beschworen? Jüdisches Leben sei nur möglich mit dem Ritual der Beschneidung? Möglicherweise könnten radikale Islamisten sagen, muslimisches Leben sei nicht möglich ohne die Scharia! Warum dieses krampfhafte Festhalten an einem offensichtlich aus frühesten vorgeschichtlichen Zeiten stammenden Ritual? Schon altägyptische Quellen berichten von Jünglingsbeschneidungen, doch waren es offenbar Sklaven, die beschnitten wurden, eine Kennzeichnung auf Lebenszeit. Eindeutig gehen das Beschneidungsgebot und die Acht-Tage-Frist auf Abraham zurück, der im Begriff ist, das von Gott geforderte Opfer des Erstgeborenen zu vollziehen. Also ein Menschenopfer. Warum es gefordert wird, wird nicht hinterfragt. Das Kind darf durch göttliche Gnade am Leben bleiben, aber sozusagen ersatzweise soll die Vorhaut beschnitten werden. (Genesis 17, 10): „Das aber ist mein Bund, den ihr halten sollt, zwischen mir und euch ... Jedes Knäblein, wenn es acht Tage alt ist, sollt ihr beschneiden bei euren Nachkommen.“ Die Verstümmelung und damit auch Kennzeichnung des Nachwuchses soll hier zur bleibenden Festigung der Gruppenidentität dienen und wird mit einer ziemlich finsteren Drohung erzwungen: „Wenn aber ein Männlicher nicht beschnitten wird an seiner Vorhaut, wird er ausgerottet werden aus seinem Volk, weil er meinen Bann gebrochen hat. (Genesis 17,14). Noch Fragen an den Rabbi?

> Gesetze nicht dem Irrationalismus von Minderheiten opfern

Dem uralten Recht des Vaters, mit seinem Kind zu machen, was er für das Wohl des Kindes hält, steht das seit den Tagen der Aufklärung schon von John Locke geforderte, in zwei Jahrhunderten erkämpfte und erst in der UN-Kinderrechtskonvention von 1990 postulierte Recht des Kindes auf Unversehrtheit gegenüber. In Deutschland gibt es seit 2000 das gesetzliche Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung. Danach sind den Eltern Körperstrafen, seelische Verletzungen und entwürdigende Strafen verboten. Gilt das nicht für schwerwiegende schmerzhafte Eingriffe wie die Beschneidung? Gelten die deutschen Gesetze nicht für alle Bewohner der Bundesrepublik? Die Angst des muslimischen Jungen vor der Beschneidung wird von allen Erwachsenen verleugnet und ignoriert, ja er soll den Eingriff als Fest erleben, zu dem der kleine Mann, der ja noch nicht einmal in der Pubertät ist, wie ein Prinz gefeiert und mit Geschenken zum großen Mann erklärt wird. Dabei steht im Koran nichts von einer Beschneidung, da Mohammed angeblich schon ohne Vorhaut geboren wurde. Dennoch wird in Deutschland beschnitten, und zwar keineswegs immer von Ärzten, und bei der Kinderfreundlichkeit der „Migranten“ können wir von millionenfachen Verstößen gegen unsere Gesetze ausgehen.

Der Bann ist gebrochen. Die Diskussion ist nicht mehr rückgängig zu machen. Wir haben es bei der Beschneidung mit barbarischen, im Grunde steinzeitlichen, archaischen Überlieferungen und dahinter stehenden Herrschaftsansprüchen zu tun. Aber auch überlieferter Aberglaube bleibt Aberglaube. Und deutsche Gesetze, in Jahrhunderten gegen jeglichen Aberglauben erkämpft, dürfen dem Irrationalismus von Minderheiten weder geopfert noch – beschnitten werden.

Maler dreier Preußenkönige

Antoine Pesne gehörte zu den Begründern des friderizianischen Rokoko

Antoine Pesne zählt nicht nur neben dem Baumeister Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff und dem Ornamentiker Johann August Nahl zu den wichtigsten Künstlern des friderizianischen, sondern neben Antoine Watteau, Nicolas Lancret und François Boucher auch zu den bedeutendsten Malern des französischen Rokoko. Vor 255 Jahren starb der von Friedrich I. nach Preußen geholte gebürtige Pariser in Berlin.

Mittlerweile sind mehr als 300 Jahre vergangen, da der Maler Antoine Pesne ein glanzvolles Ereignis auf die Leinwand bannte: die Stiftung des Schwarzen Adlerordens in Königsberg. Die Ölskizze zeigt Friedrich I. auf dem Thron sitzend und einem Würdenträger die hohe preußische Auszeichnung, die am Vorabend der Königskrönung 1701 gestiftet worden war, verleihend. „Die feierliche Zeremonie«, erläutert Helmut Börsch-Supan in seinem Buch „Franzose und Preuße“ die Szene, „bot Anlass zur Prachtentfaltung, wie Friedrich sie liebte, und dem Maler kam die Aufgabe zu, dieses Ereignis zu verewigen. Vor allem die französische Malerei dieser Zeit kennt die mit Porträts versehenen Darstellungen solcher feierlichen Vorgänge, die abgebildet wurden, als handele es sich um Geschehnisse von welthistorischer Bedeutung. Vielleicht unterblieb die Ausführung, weil der König darüber starb. Merkwürdig bleibt, dass fast 200 Jahre später Kaiser Wilhelms II. Hofmaler Anton von Werner nach dieser Skizze ein großes Gemälde für das Berliner Schloss schuf.

Friedrich I., König in Preußen, war es auch, der den Franzosen Antoine Pesne nach Berlin holte. Geboren am 23. Mai 1683 in Paris als Sohn des Malers Thomas Pesne, wurde er bereits 1703 mit dem Rompreis der Pariser Akademie ausgezeichnet. Diese Entscheidung wurde allerdings im Jahr darauf aufgehoben. Pesne bewarb sich kein zweites Mal, sondern ging nach Italien, wo er sich vornehmlich in Venedig aufhielt. 1707 fertigte er dort ein Porträt des preußischen Gesandten von Knyphausen an, das durch seine Darstellungsweise in Berlin Aufsehen erregte.

1710 siedelte Pesne mit seiner Familie nach Berlin über, wo er nacheinander drei Königen – Friedrich I., Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. – diente. Ein Jahr nach seiner Ankunft in Berlin wurde Pesne zum Hofmaler ernannt und zählte bald zu den wohl besten Bildnismalern seiner Zeit. Weit bis ins 19. Jahrhundert hat er die Berliner Malerei beeinflusst. In Berlin mag sich der Franzose nicht zuletzt deshalb wohlgefühlt haben, da sich dort eine große französische Kolonie befand und seine Bilder nicht als importierte Kunst wahrgenommen wurden. Mit seiner Offenheit und dem Vermögen, trotz vieler Vorschriften Allgemeinmenschliches darzustellen, hatte Pesne in Preußen Erfolg.

Während der Regierungszeit des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelms I., der nicht viel für Kunst übrig hatte, musste auch Pesne zurückstecken. Er wurde zwar als Hofmaler nicht entlassen, fand jedoch weniger Beachtung. Allerdings durfte er sich auch anderweitig Aufträge suchen – die erhielt er von den Damen der feinen Gesellschaft. Eine Fürsprecherin fand er in Königin Sophie Dorothea auf Schloss Monbijou, die seine Werke sehr schätzte. Natürlich fand seine Kunst auch am Rheinsberger Hof des Kronprinzen regen Zuspruch, der sich nach der Thronbesteigung Friedrichs noch vergrößerte. Gemeinsam mit Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff trug Pesne dazu bei, die preußischen Schlösser mit Glanz zu erfüllen. Beide gehören zu den Begründern des friderizianischen Rokoko, das Carl von Lorck einmal als ein „einfallstrotzendes Scherzo der Dekoration über gesundem Maßhalten in den Grundlinien“ charakterisierte.

Antoine Pesne beschäftigte zu seiner Glanzzeit in der Werkstatt bis zu 46 Mitarbeiter und erhielt Aufträge aus dem In- und Ausland. Heute würde man von einer Monopolstellung des Künstlers sprechen, doch darf man nicht vergessen, dass Maler wie Pesne zu dieser Zeit noch keine freien Künstler sein konnten; sie waren abhängig von ihren Auftraggebern und konnten sich nicht dort vervollkommnen, wo ihre Stärken lagen. Friedrich gab auch hier – wie in der Musik – die Richtlinien vor, an die sich Pesne bei seiner Komposition auf der Leinwand zu halten hatte. Als Friedrichs Lieblingsschwester Wilhelmine von Bayreuth 1736 den Bruder um ein neues Bild bat, da das alte ihm nicht mehr ähnelte, beauftragte er Pesne mit der Arbeit und nahm sich sogar Zeit, für den Künstler Modell zu sitzen. Aus dem Briefwechsel der Geschwister lässt sich erahnen, wie amüsiert dieser die Angelegenheit nahm. Erst später machte Friedrich um Künstler einen großen Bogen, ihn interessierte die Kunst nicht mehr.

„Pesne bietet seine ganze Kunst auf, um Deinem Befehl gemäß ein gutes Bild von mir zu malen, ich bitte ihn, nicht so viel Gewicht auf die Gesichtszüge zu legen, sondern die Gefühle auszudrücken, die ich für Dich hege, damit sie Dir stets gegenwärtig sein mögen“, schrieb Friedrich am 10. März 1736. „Herr von Brandt leistete mir dabei Gesellschaft, und damit ich anmutiger dreinschaue als sonst, erzählen mir beide von Dir. ‚Vorwärts, Königliche Hoheit‘, sagt Pesne zu mir, ‚denken Sie an Ihre Frau Schwester. Ah! so ist der Mund richtig, jetzt sehen Sie zufrieden aus.‘ Ich antwortete ihm: ‚Wäre meine Schwester selbst hier, dann wäre es ganz etwas anderes, aber schon ihr Name und die Erinnerung an sie stimmen mich zufrieden‘.“

Das Porträt war allerdings nicht nur für Wilhelmine bestimmt, denn Pesne wurde beauftragt „eine Unmenge von Kopien“ anzufertigen. Pesnes zweites Porträt Friedrichs zeigt ihn kurz nach seiner Thronbesteigung 1740. Es bildete die Grundlage für viele Repliken und Kopien und wird als die gültige Darstellung des jungen Königs gewertet, „der alle Mittel seines Geistes und seines Charmes einsetzt, um Menschen nach seinem Willen zu führen. Um die wahrhaftige Schilderung des Charakters ging es nicht“, so Börsch-Supan.

Pesnes künstlerischer Rang zeigt sich nicht zuletzt darin, wie er Pflicht und Kunst in Übereinstimmung brachte. Ihm gelang es, Porträts von großer Intensität zu schaffen. Die Bildnisse der damals vornehmen Gesellschaft lassen uns Heutige teilhaben an ihrem Leben und Einblicke gewinnen von dem Wesen dieser Menschen.

> Friedrich der Große beschäftigte ihn und saß ihm Modell

Trotz seines Engagements in Preußen ließ Pesne den Kontakt zu Frankreich nicht abreißen. 1720 wurde er als Mitglied der Pariser Akademie der Künste aufgenommen, ein Zeichen, dass er auch international geschätzt wurde. Als der Franzose am 5. August 1757 starb und im Berliner Dom neben Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff bestattet wurde, hinterließ er eine Vielzahl beeindruckender Bildnisse, die Zeugnis ablegen vom Leben und Wirken am preußischen Hof. „Alles in deinen Bildern lacht und lebt, dein Können übertrifft der Schöpfung Werke“, lobte 1737 der damalige Kronprinz Friedrich. „Aus deiner Hintergründe Schatten steigt Dein Gegenstand, geklärt von deinen Händen. Dies ist der Zauber, den die Kunst uns zeigt; Du weißt durch Skizzen wie Porträts zu blenden ...“ Auch später noch (1754) pries der König „jenes bestechende Kolorit, das mit sanftem Trug der Natur ihre Rechte nimmt, indem es die tote Leinwand lebendig macht“.

Silke Osman



Porträt des Malers mit seinen zwei Töchtern vor der Staffelei: Ölgemälde von Antoine Pesne aus dem Jahre 1754 Bild: Archiv

»Salut Salon« – Hallo Klassik-Comedy

Seit zehn Jahren treten die vier Ausnahmemusikerinnen gemeinsam auf

Klassische Musik trifft auf Humor, Eigenkompositionen und beinahe artistische Darbietungen: Kreativität zeichnet die vier virtuosen Musikerinnen von „Salut Salon“ aus. Derzeit gehen die vielfach prämierten Kammermusikerinnen mit ihrer Jubiläumsdarbietung auf Deutschlandtournee.

„Vier Frauen machen zusammen auf der Bühne Musik, das kann gar nicht funktionieren“, sagt Iris Siegfried und unterhält im Scherz das Publikum gleich noch mit ein paar weiteren Vorurteilen, die das Quartett beim Start vor zehn Jahren von erhofften Veranstaltern zu hören bekam. Zum zehnjährigen Bühnenjubiläum haben sich die vier Ausnahmemusikerinnen dem Anteil von „Dichtung und Wahrheit“ in ihrem musikalischen Leben gestellt. Es hat doch funktioniert, viel besser, als die „leidenschaftliche zweite Geige“ mit hanseatischem Understatement zugeben möchte. Mit der ebenfalls aus Hamburg stammenden Geigerin Angelika Bachmann gründete sie das Duo „Salut d'amour“. Ein Mix aus Klassik, Rock, Chanson und Folk prägt ihre musikalische Vielfalt bis heute. Inzwischen gelten sie als Salut Salon in wechselnder Besetzung zusammen mit Anne-Monika von Twardowski (Klavier) und Sonja Lena Schmid (Cello) als einer der erfolgreichsten deutschen „Kultur-Exporte“, so die Zeitung „Die Welt“. Sie nehmen ihre Zuhörer gewissermaßen mit auf zahlreiche Auslandstourneen, von denen sie Kompositionen mitgebracht haben, stets in Landessprache vorgetragen. Geschickt führen sie so die Breite möglicher musikalischer Stimmungslagen vor. „Nur in Japan waren wir noch nicht“, gestehen die Vier und empfehlen sich in ihren über zweistündigen Tourneeauftritten gleich mit einem japanischen Lied. Das Cello ahmt sofort den Klang des Lauteninstruments Shamisen nach. Zum Klingen gebrachtes Glas ist eines der zahlreichen kreativen Hilfsmittel, das stimmige Atmosphäre ausgelassen und fröhlich bis eigenwillig verbreitet. Viele Überraschungen und romantische Einlagen heben die Darbietung aus dem sonstigen Klassik-Angebot heraus. Konkurrenzkampf kennen die auf jährlich über 100 Konzerten aufeinander Eingespielten nur im Spaß und zeigen, was ließ Körper auf den Kopf gestellt vermögen. Anne-Monika von Twardowski beweist, dass sie ihr Tasteninstrument auch mit gekreuzten Händen über Kopf im Liegen beherrscht. Vom kreativen Schwung der anfangs ausgeübten Straßenmusik haben die Vier viel weiterentwickelt und doch ist selbst beim Zwischen-Spiel auf dem Cello-Fuß kein schiefer Ton zu hören. Da sie anfangs auf „Hochzeiten, Geburtstagen und diesen anderen Gelegenheiten“ auftraten, so eine ihrer launigen Moderationen, beherrschen die Vier auch die melancholischen Töne eines Danse Makabre (Totentanz) des französischen Komponisten Camille Saint-Saëns (1835 –1921). Film- und Bühnenklassiker von Tatort bis Dreigroschenoper neu intepretiert dürfen auch nicht fehlen. Ihren Aufstieg nehmen die auch sozial engagierten Musikerinnen dabei stets gerne auf die Schippe, erinnern sich mit einer Variation zentraler Motive aus Carl Maria von Webers (1786 –1826) berühmtester Oper „Der Freischütz“ an einen Auftritt vor einem Schützenverein oder schwanken den Seegang bei ihrer frühen Bühnenerfahrung auf dem „Traumschiff“ nach, immer professionell weiterspielend. *SV*



Starten neue Tournee: Salut Salon Bild: Frank Eidel

Meldung

Rockende Oldies im Regen

Letzten Sonntagabend auf 54 Grad 13 Minuten nördlicher Breite und 8 Grad 86 Minuten östlicher Länge. Das bedeutet im Seefahrerjargon: Büsum an der Nordsee. Auf der NDR-Bühne am Seedeich versucht der Moderator Jens-Peter Beiersdorf die Zuschauermassen zu vertrösten. Es schüttet seit über einer Stunde wie aus Kübeln und es ist fraglich, ob Wettergott Petrus die Band „Santiano“ aus Flensburg, den Höhepunkt der Büsumer Festwoche, überhaupt auftreten lässt. Den klassischen Shanty modern intepretieren wollten fünf Musiker im Alter von 44 bis 62 Jahren, als sie ihre Band gründeten. Aber auch neue, eigene Lieder, die den Geist der Seemanslieder beibehalten, gehören zum Repertoire.

Im böigen Wind klappen Schirme wie Papier einfach zusammen, alle und alles ist nass, selbst die Bühne steht unter Wasser. Das Schiff „Santiano“ droht in Büsum zu stranden. Doch die Zuschauer beweisen eine ungeheure Standhaftigkeit, besonders die zähen Mitglieder des ersten offiziellen Santiano-Fanclubs mit ihrem regentriefenden Transparent. Beiersdorf tröstet, macht Witze, verteilt Mützen, Kugelschreiber und Schlüsselanhänger und bekommt selbst eine volle Ladung Wasser vom Dach der Bühne ab. Es sieht schlecht aus. Graue Wolkenmassen schieben sich unaufhörlich von Westen her über die Nordsee, kein Land in Sicht. Doch da – die tatsächlich letzte Regenböe ist gerade durchgezogen – kommen sie. Santiano, die junge Band mit den „Oldies“ aus Flensburg, die mit ihrem ersten Album 2012 die deutschen Charts gestürmt hat. Bandmitglied Axel Stosberg aus Hamburg ist der erste auf der Bühne, die Vorhut an Land sozusagen und bearbeitet zwei Kesselpauken mit kolossalen, heroischen Schlägen den Takt vorgebend. Santiano ist da und sofort geht es auf der Bühne und vor allem bei den so lange wartenden Fans ab. Jan und Hein und Klaas und Pit, alles Männer mit Bärten – nur die dürfen mit – Freiheit auf dem Meer, Goldschätze in Kalifornien, Barrels of Porter, Sehnsucht und Seefahrerromantik, rockige Shanties gemischt mit fetzigem Irish Folk – das volle Programm. Mehr noch: Björn Both spielt auf einem Didgeridoo, dem länglichen Blasinstrument der australischen Ureinwohner, im Duett mit dem Yorkshire-Man Pete Sage, dem Virtuosen der E-Geige. Und alle anderen Bandmitglieder, besonders Hans-Timm Hinrichsen, rocken mit. Man merkt es deutlich – den Musikern der Truppe macht es sichtlich Spass und dieser Funke springt auf das Publikum über, selbst auf den Urlauber aus Nürnberg, der eigentlich nur mal die Ebbe anschauen wollte und eher zufällig von der Musik angelockt wurde. Da wackelt der Deich. Dunkle Wolken, Sturm, Regen oder nasse Schuhe – Pah, Seeleute sind wir alle! Die Fünf von Santiano zeigen, was sie drauf haben, und wir Norddeutsche verstehen diese Sprache. Das haben wir hier oben im Blut, denn das sind Jungs aus unserer Mitte. Viel zu schnell und das trotz Zugabe, endet dieser Abend voll mitreißender Musik von unglaublichen Musikern. Es hat sich für alle Besucher des Konzertes gelohnt, klatschnass zu werden, denn diese Band ist jeden einzelnen Tropfen wert.

> Seemannslieder einmal anders

Michael Buschow

»Geißel des Atlantiks« folgt »Tante Ju«

Die Focke-Wulf 200 »Condor« wurde als Passagiermaschine sowie als Transporter und Seefernaufklärer eingesetzt

Die Focke-Wulf 200 „Condor“ gehört zu den bekanntesten deutschen Flugzeugentwürfen aus der Zeit des Dritten Reiches. Geplant und gebaut als Passagierflugzeug, wurde aus ihr erst ein militärischer Transporter, dann ein Seefernaufklärer.

Konstruiert hat die „Condor“ Kurt Tank, der seit 1931 das Konstruktionsbüro von Focke-Wulf in Bremen leitete. Von ihm stammt auch der Entwurf für die Focke-Wulf 190, einen der beiden Standardjäger der deutschen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg. Wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und seiner Tätigkeit als Wehrwirtschaftsführer erhielt er nach dem Krieg Berufsverbot. Er arbeitete jedoch weiter als Flugzeugkonstrukteur, erst in Argentinien, danach in Indien.

Den Impuls für die Focke-Wulf 200 gab die Deutsche Lufthansa (DLH), die in der zweiten Hälfte der 30er Jahre nach einem Nachfolger für die Junkers Ju 52 suchte. Anfang Juli 1936 reichte Focke-Wulf seinen Entwurf beim Reichsluftfahrtministerium ein, und am 13. August 1936 einigten sich beide auf den Bau zweier Musterflugzeuge. Am 27. Juli 1937 startete die erste Focke-Wulf 200, Kennzeichen D-AERE, zum Erstflug. Im Cockpit saßen Kurt Tank und Werkspilot Hans Sander. Die dritte FW 200 wurde Adolf Hitlers persönliches Reiseflugzeug und bildete damit die erste einer ganzen Reihe FW 200 für die oberste Führung des Dritten Reiches.

Anfang 1938 begann die Streckenerprobung durch die Lufthansa. Kurt Tank nutzte diese Gelegenheit, um mit spektakulären Rekordflügen für sein neues Flugzeug zu werben. Beim Flug von Berlin nach Kairo am 27. Juni und dem Rückflug saß Tank selbst am Steuer. Eigentlich wollte er innerhalb von 24 Stunden hin und zurück fliegen, aber auf der Rückreise blieb er mit einem defekten Heckrad in Saloniki stehen. Den Auftrag für die A-Serie hatte die DLH bereits im April erteilt. Im Juli flog die nach ihrem Umbau als D-ACON registrierte erste „Condor“ nonstop von Berlin-Staaken nach New York und kehrte einige Tage später auf derselben Route zurück. Dabei war sie schneller als die großen Airliner konkurrierender Fluglinien.

Ein dritter Rekordflug führte im November von Berlin gen Osten. Die „Condor“ erreichte nach rund 46 Flugstunden Tokio am 30. November 1938 und hatte einen neuen Streckenweltrekord aufgestellt.

> Vor 75 Jahren erfolgte der Erstflug des Rekordflugzeuges

Das zeigte sich auch in den Auftragsbüchern. Nachdem die Lufthansa schon acht Maschinen geordert hatte, bestellte Japan nun fünf zivile „Condor“. Außerdem interessierte sich die japanische Marine für eine bewaffnete Aufklärungsversion, was zu ersten Studien für militärische FW 200 führte. Auf dem Rückflug sollte D-ACON auch in Batavia, dem heutigen Djakarta, Station machen, um das Flugzeug Vertretern der holländischen Fluglinie KLM vorzuführen. Aber die FW 200 musste wegen technischer Probleme vor Manila notwassern, und aus dem Exportauftrag für die Holländer wurde nichts.

In anderen Ländern war Focke-Wulf erfolgreicher. Die dänische Luftfahrtgesellschaft „Det Danske Luftfartselskab“ (DDL), Finnland und der brasilianische Lufthansa-Ableger „Syndicato Condor“ kauften jeweils zwei Maschinen.

Bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges suchte die deutsche Luftwaffe einen Seeaufklärer. Aber da es keine geeigneten Flugzeuge gab, fiel die Wahl auf die Focke-Wulf 200. Im Norwegenfeldzug von 1940 dienten die „Condor“ dann als Transporter, aber auch bereits als Seeaufklärer. Die Keimzelle eines Seeaufklärer-Verbandes, die 1. Staffel des Kampfgeschwaders (KG) 40, war bereits im Herbst 1939 aufgestellt worden.

Dieser Verband sollte während des weiteren Krieges die Hauptlast der deutschen Seeaufklärung tragen. Nach der Eroberung Frankreichs ging eine Staffel des KG 40 bei Bordeaux in Stellung, eine zweite in Norwegen. Die Zahl der Maschinen war vorerst lächerlich gering – im August 1940 lagen in Bordeaux gerade mal neun Flugzeuge. Erst nach und nach erreichte das KG 40 seine volle Stärke.

Seine Maschinen des Typs FW 200 fügten der alliierten Schifffahrt empfindliche Verluste zu. Churchill nannte die „Focke Wolves“ auch die „Geißel des Atlantiks“. Sie führten nicht nur U-Boote zu ihren Zielen, sondern griffen Schiffe auch im Tiefflug an. Solange die Handelsschiffe unbewaffnet und sogar einzeln fuhren, waren diese Angriffe sehr erfolgreich. Aber die Alliierten schlugen zurück, schickten Langstreckenjäger auf die „Condor“-Flugrouten über der Biskaya, bombardierten ihre Basen, bewaffneten Handelsschiffe, und bald fuhren in den Konvois spezielle Flakschiffe und kleine Flugzeugträger mit.

Die „Condor“ litt an ihrer Leichtbauweise, was sich in Flugunfällen bei Start und Landung oder beim Flug mit Überlast zeigte. Auch die immer umfangreichere Bewaffnung und Instrumentierung machte Probleme. Hatte das Flugzeug anfangs neben Bomben nur leichte Maschinengewehre getragen, waren die letzten Versionen mit 20-Millimeter-Kanonen, schweren MGs, Radar und Lenkwaffen ausgerüstet. Focke-Wulf baute von allen militärischen Varianten bis Anfang 1944 rund 260 Stück.



Sie machte was her: Werbung für die Focke-Wulf 200 »Condor« Bild: Ullstein

Trotz steigender Verluste flogen die „Condor“ immer weiter in den Nordatlantik und ins Nordmeer hinaus, mussten auch Patrouille über dem Mittelmeer fliegen. Außerdem wurden die Flugzeuge vermehrt als Transporter eingesetzt. Um die Jahreswende 1942/43 stellte das KG 40 18 Maschinen zur Versorgung der bei Stalingrad eingeschlossenen 6. Armee ab und verlor die Hälfte.

Bald konnten die FW 200 nur noch über dem Nordmeer einigermaßen effektiv operieren. Mitte 1944 mussten die Basen in Frankreich geräumt werden. Die „Condor“ des KG 40 sammelten sich in Celle, wo sie bis Kriegsende blieben. Die Aufklärer wurden zu Transportfliegern. Den Krieg überlebten rund zehn flugfähige deutsche Maschinen. Die Lufthansa hatte bis zum Schluss einige wenige FW 200 auf ihrem Streckennetz geflogen; zwei davon erlebten das Kriegsende. Die spanische Luftwaffe nutzte eine FW 200 C als Trainer noch bis 1947, und eine der beiden nach Brasilien gelieferten FW 200 A blieb bis Anfang der 50er Jahre im Einsatz.

So endet die Geschichte der Focke Wulf 200 „Condor“. Aber sie hat ein Postskriptum. Im Airbus-Werk in Bremen arbeiten Freiwillige an der Restaurierung einer aus einem norwegischen Fjord geborgenen Maschine. Vielleicht ist in einigen Jahren wieder ein(e) leibhaftige(r) „Condor“ zu sehen. *Friedrich List*

Untergang vor Publikum

Vor 80 Jahren kenterte die »Niobe« im Fehmarnbelt

Viele Fehmaraner zog es am 26. Juli 1932 zur Nordküste der Insel, um das damals weltgrößte Verkehrsflugschiff Dornier Do X zu bewundern, das auf seinem Deutschlandflug an der Küste Fehmarns entlang flog. Anschließend wurden sie jedoch unfreiwillig Augenzeugen einer Tragödie. Das Segelschulschiff der Reichsmarine „Niobe“ war auf einer Ausbildungsfahrt von Kiel in Richtung Swinemünde und fuhr unter vollen Segeln durch den Fehmarnbelt. Getroffen von einer plötzlichen Windböe geriet die „Niobe“ in Schräglage und kenterte innerhalb weniger Minuten.

Die „Niobe“ hatte bereits eine sehr wechselhafte Geschichte hinter sich, als sie als Segelschulschiff zur Reichsmarine kam. Sie lief 1913 als „Morten Jensen“ in Dänemark als Viermastgaffelschoner vom Stapel, wurde 1916 nach Norwegen verkauft und segelte als „Tyholm“ mit Grubenholz nach England, als sie vom deutschen U-Boot UB 41 aufgebracht wurde. Unter dem Namen „Aldebaran“ wurde sie als Feuerschiff eingesetzt und kam dann 1921 als „Niobe“ zur Reichsmarine. Der erste Kommandant war der bekannte Kapitänleutnant Felix Graf von Luckner. Nach einer Verwendung als Charterschiff für eine Filmgesellschaft unter dem Namen „Schwalbe“ wurde die „Niobe“ 1923 wieder von der Reichsmarine übernommen und als dreimastige Jackass-Bark umgebaut. Durch die unterschiedliche Verwendung von Rah- und Schratsegeln konnte dieser Schiffstyp besser wenden und schräger gegen den Wind fahren, galt allerdings auch als schwerer zu handhaben.



Schwer zu handhaben: Die „Niobe“ Bild: Archiv

Gegen 14 Uhr segelte die „Niobe“ durch den Fehmarnbelt in Sichtweite des Feuerschiffs und des Frachters „Theresia Ruß“, es waren frische und böige Südwestwinde vorhergesagt. Auch die Kadetten an Bord hielten Ausschau nach dem riesigen Flugboot Do X. Vom Feuerschiff aus sah dessen Besatzung, wie die „Niobe“ plötzlich durch die Gewalt einer Fallböe niedergedrückt wurde. Aus dieser Schräge konnte das Schiff nicht mehr gesteuert werden, es kenterte. Durch die wegen der Hitze offenen Oberlichter und Bullaugen drang sofort Wasser ein, die „Niobe“ sank innerhalb von wenigen Minuten. Trotz der Nähe der anderen Schiffe, die sofort Rettungsboote aussetzten, konnten nur 40 der 109 Menschen an Bord gerettet werden. Da das Schiff so schnell mit Wasser voll lief, ertranken viele im Schiffsbauch.

Später wurde das Wrack gehoben, und die Toten wurden von Bord geholt. 19 Seeleute blieben auf See verschollen. Die Überreste des Schiffs wurden weiter östlich geschleppt und dort im September 1933 im Beisein eines Großteils der Reichsmarineflotte mit einem Torpedo vor der Stolpe-Bank versenkt. Das Kriegsgericht der Marine sprach den Kommandanten Kapitänleutnant Heinrich Ruhfus von der Verantwortung frei. Das Unglück wurde als höhere Gewalt durch ein Zusammentreffen der Wetterbedingungen, der überdimensionierten Segel des Schiffs und der offenen Luken angesehen.

Noch heute erinnert auf Fehmarn in Sichtweite der Unglücksstelle das Niobe-Denkmal an den Untergang, und am Jahrestag wird dort feierlich ein Kranz niedergelegt. *Britta Heitmann*

Endlich überregional

Vor 50 Jahren beschloss der DFB die Fußball-Bundesliga

Als am 28. Juli 1962 der Bundestag des Deutschen Fußball-Bundes die Einführung einer Fußballbundesliga für die Spielzeit 1963/64 beschloss, fanden Bemühungen ihren erfolgreichen Abschluss, die bereits in den 30er Jahren ihren Ausgangspunkt hatten. Damals wachten 55 verschiedene Regionalverbände über ihre Autonomie und Unabhängigkeit. Die Einteilung in derart viele verschiede Ligen führte dazu, dass besonders leistungsstarke Vereine und Mannschaften während der Saison nur selten wirklich herausgefordert wurden und international bei Wettbewerben gegenüber Vereinen aus England, Spanien oder Italien mangels Praxis ins Hintertreffen gerieten. Auch die deutsche Nationalmannschaft litt darunter.

Trotz des nationalsozialistischen Zentralismus änderte an diesem Zustand auch die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten nichts. Eine „Reichsliga“ kam nicht. Immerhin konnte eine Straffung des Spielbetriebes auf nur noch 16 Gauligen erreicht werden.

Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg führte der mitteldeutsche Fußball ein Eigenleben, in Folge der Vertreibung gab es keinen ostdeutschen Fußball mehr. In Westdeutschland verblieb es nach 1945 vorerst bei verschiedenen Regionalligen. Erst das peinliche Abschneiden der bundesdeutschen Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft 1962 in Chile verhalf der Idee einer Bundesliga nun doch zum Durchbruch, weil die Vereinsbosse sich nun einsichtig zeigten.

Nach der Entscheidung über die Einführung der Liga begann das Tauziehen darum, mit welchen 16 Vereinen der Ligabetrieb beginnen sollte. Die Oberligen Süd und West wurden als besonders stark eingeschätzt und sollten jeweils fünf Vereine beisteuern. Drei sollten aus dem Norden, zwei aus dem Südwesten und ein Verein aus Berlin kommen.

Nun wurde in den Regionalligen nach geeigneten Mannschaften gesucht. Bemerkenswerterweise wurden die späteren Serienmeister Bayern München und Borussia Mönchengladbach nicht dazugezählt. Dafür aber beispielsweise der heute drittklassige SC Preußen 06, der bereits nach der ersten Saison abstieg. Der einzige Verein, der bereits von Anfang an dabei war und nie abgestiegen ist, ist der Hamburger Sport-Verein (HSV). Abgesehen von den beiden genannten Vereinen fiel die Wahl beim Aufbau der Bundesliga auf Eintracht Braunschweig und Werder Bremen aus der Oberliga Nord, Borussia Dortmund, 1. FC Köln, Meidericher SV, und FC Schalke 04 aus der Oberliga West, 1. FC Kaiserslautern und 1. FC Saarbrücken aus der Oberliga Südwest, Eintracht Frankfurt, Karlsruher SC, 1. FC Nürnberg, TSV 1860 München und VfB Stuttgart aus der Oberliga Süd sowie Hertha BSC aus der Stadtliga Berlin.

> Bis dahin waren die Oberligen das höchste

Gleichzeitig mit der Bundesliga wurden die fünf Regionalligen Süd, Südwest, West, Nord und Berlin als zweithöchste Spielklasse eingeführt. Damit die Vereine beim Abstieg aus der Bundesliga nicht gar so tief fallen, wurde 1974 als „Unterhaus“ der (1.) Bundesliga zwischen dieser und der Regionalliga die 2. Bundesliga eingerichtet. Anfänglich in Nord und Süd unterteilt, wurde diese Unterteilung analog zur 1. Liga 1981 abgeschafft. Aus ähnlichen Gründen wie bei der Einrichtung der 2. Bundesliga wurde 2008 auch noch eine 3. Bundesliga eingeführt.

Zur Ehrung des Siegers einer Bundesligasaison wird auf den Titel „Deutscher Fußballmeister“ und die zugehörige sogenannte Deutsche Meisterschale zurückgegriffen. Bereits 1903 war die erste Deutsche Fußballmeisterschaft ausgespielt worden. Seitdem gab es auch eine zugehörige Trophäe, die „Viktoria“. Als sie im Zweiten Weltkrieg verschwunden war, wurde sie durch die 1949 von Elisabeth Treskow mit ihren Studenten an den Kölner Werkschulen entworfene und aus fünfeinhalb Kilogramm Sterlingsilber sowie fünf großen und elf kleinen Turmalinen gefertigte „Salatschüssel“ ersetzt. *Theo Maass/PAZ*

Wenn Altes neu erstrahlt

Berliner Bankier haucht einem Erbstück Friedrichs des Großen wieder Leben ein

Am 25. und 26 August steht die Wegelystraße 1 in Berlin anlässlich des Hoffestes der Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) ganz im Zeichen der Kartoffel, deren Verbreitung in Preußen auf eine Initiative König Friedrichs des Großen zurückgeht. Doch KPM ist auch sonst einen Besuch wert.









So macht Porzellan selbst Kunst-Muffeln Spaß: Impressionen der KPM-Welt

Bilder (5): Bellano

„Und welche Ihrer vielen Fragen darf ich Ihnen zuerst beantworten?“ Freundlich lächelnd erhebt sich die Mitarbeiterin der KPM von ihrem Arbeitsplatz und kommt den Besuchern ein Stück entgegen, um sie dann mit einer einladenden Handbewegung an ihre Werkbank zu führen. „Wie sie hier sehen, besteht selbst die kleine Figur von Friedrich dem Großen aus mehreren Einzelteilen. Die berühmte Prinzessinnengruppe, welche die spätere Königin Luise mit ihrer Schwester Frederike zeigt und an der Sie gerade in der Ausstellungshalle vorbeigegangen sind, besteht sogar aus über 90 Teilen, die dann nachträglich zusammengesetzt werden, da jedes der Einzelteile unterschiedlich lange geschrüht, das heißt gebrannt, werden muss. Durch die unterschiedliche Dicke der einzelnen Elemente haben sie unterschiedliche Brennzeiten“, beendet sie ihren kleinen Exkurs in die Entstehung der ausgestellten Porzellanfiguren. Dann schaut die KPM-Mitarbeiterin ihre Besucher abwartend an und als dann die ersten Fragen gestellt werden, beschreibt sie leicht verständlich und bildhaft, wie Porzellan lackiert und gebrannt wird, wie die verschiedenen Dekore von KPM entstehen und was die jeweilige Besonderheit ist.

Der Besucher, der die kleine Schauwerkstatt erreicht hat, hat zu diesem Zeitpunkt schon die Hälfte des Rundganges durch die große Ausstellungshalle absolviert. Selbst jene, die sich absolut nicht für Porzellan interessieren, geraten hier ins Staunen über die Leistung, die der Bankier Jörg Woltmann bei KPM vollbracht hat: Er lässt die angestaubte Marke KPM in einem Glanz erstrahlen, der Historie und Design verbindet. 2006 hatte Woltmann das angeschlagene Unternehmen vor der Insolvenz gerettet und war damit in die Fußstapfen von Friedrich dem Großen getreten, der 1763 die Manufaktur ebenfalls vor der Pleite gerettet und sie fortan zum Porzellan-Lieferanten für den preußischen Hof gemacht hatte. Als der Preußenkönig Breslau nach Berlin und Potsdam zur dritten Residenzstadt machte, ließ er sich von KPM ein eigenes Porzellan kreieren, das heute in einem nachgestellten Festsaal bei KPM in Berlin die Tafel schmückt.

Zwar überlebte KPM die Monarchie in Deutschland und erlebte sogar in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts neue Hochzeiten, als Porzellan-Gestalter wie Trude Petri die Marke auch für die Oberschicht und gehobene Mittelschicht mit zeitgemäßen Design interessant werden ließen, doch nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Abstieg des seit 1918 Berlin gehörenden Unternehmens. Zwar hat Woltmann noch keine neue Produkt-Linie entwerfen lassen, die eine durchschlagende Wirkung hat wie einst die Petris, doch er lässt das Vorhandene seit 2007 in der KPM-Welt in neuem Kontext glamourös erstrahlen.



Und immer präsent: Friedrich der Große (Mitte)

Im KPM-Quartier in Berlin-Tiergarten, dem Produktionsstandort, wird auch das historische Gebäude in die Präsentation des Produktes und der Unternehmensgeschichte mit eingebunden. Die Porzellane werden thematisch-künstlerisch in Szenen dargeboten, sind geschickt farblich beleuchtet und mit Informationstafeln versehen. All dies ist optisch höchst ansprechend und geschmackvoll. Und spätestens wenn kurz vor der Schauwerkstatt darüber informiert wird, dass KPM für die Automarke Bugatti zahlreiche Elemente liefert, die auch ausgestellt sind, beginnen auch Männerherzen zu schmelzen. Hinter der Schauwerkstatt dann im Keller weitere Informationen zu den für die Marke prägendsten Porzellan-Gestaltern und ein Blick in einen Raum mit Gipsformen, die Tassen, Teller und Terrinen in die gewünschte Form bringen.

Zurück in der Halle dann der zweite Teil des Rundganges, in dem Informationen zum Porzellan allgemein und zu KPM speziell geliefert werden. Oben dann schwebt sozusagen der Verkaufsbereich, der einem bunt schillernden Porzellanwunderland gleich spätestens bei einem Blick auf die Preise den Durchschnittsbesucher trotz luftiger Höhe schnell wieder auf den Boden der Tatsachen kommen lässt. Selbst der Werksverkauf im Gebäude gegenüber dürfte mit beispielsweise 775 Euro für eine Schüssel oder 2150 Euro für ein schlicht-weißes Service nicht im finanziellen Rahmen der meisten KPM-Gäste liegen.

Anders hingegen das in der Farbgebung sehr elegant gestaltete Café auf dem Gelände, das zuvor Unmögliches möglich macht: das Speisen von KPM-Geschirr. Denn Kuchen, Gebäck und Kaffeespezialität werden auf beziehungsweise in exklusivem Porzellan der Königlichen Porzellan-Manufaktur kredenzt. *Rebecca Bellano*

Ausstellung KPM-Welt, Königliche Porzellan-Manufaktur, Wegelystraße 1, 10623 Berlin, Telefon (030) 39009-0, geöffnet montags bis sonnabends 10 bis 18 Uhr.

Vom Prußenaufstand überschattet

Anno von Sangerhausen war als Hochmeister des Deutschen Ordens ein Reisender in Sachen Verbündetensuche

Dem Franken Poppo von Osterna folgte mit Anno von Sangerhausen wieder ein Thüringer als Hochmeister des Deutschen Ordens. Immerhin 17 Jahre währte seine Amtszeit, von 1256 bis 1273. In seine Hochmeisterzeit fällt eine der schwersten Krisen, die der Deutschordensstaat bis zur historischen Niederlage von 1410 durchmachte. So begann 1260 der große Aufstand der Prußen, Kuren, Liven und Letten. Und auch außerhalb des Deutschordensstaates, im Heiligen Land kriselte es. Wie die Feuerwehr raste Anno von Krisenherd zu Krisenherd. Und zwischendurch reiste er durch Europa auf der Suche nach Unterstützung für neue Kreuzzüge gegen die Ungläubigen.

Anno wurde wohl von seinem Vater oder Onkel Goswin in den Orden eingeführt. Wie die meisten Ritter war er wahrscheinlich anfänglich in Palästina tätig. 1253/54 war er Landmeister von Livland. Er nahm an der Erbauung der Memelburg teil, die ähnlich wie das etwas später gegründete Königsberg der Landverbindung zwischen Preußen und dem livländischen Ordenszweig dienen sollte.

Nach seiner Wahl zum Hochmeister 1256 begab er sich ins Ordenszentrum Akkon. Dort schloss er 1258 in der Grabeskirche mit den Templern und den Johannitern einen Vertrag, der das nicht ganz unproblematische Verhältnis der drei Orden grundsätzlich regelte: Wenn zwei sich stritten, sollte der dritte der Schlichter sein. Ausgenommen von dieser Regelung war der Anspruch der Johanniter, die Oberhoheit über den Deutschen Orden zu besitzen.

Nach dem Ausbruch des großen Aufstandes der Prußen, Kuren, Liven und Letten eilte er zum Krisenherd, um sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage zu machen. Von dort ging es weiter nach Rom, um dem Papst Bericht zu erstatten und ihn um Hilfe zu ersuchen. In der Tat rief Urban IV. zu Kreuzpredigt und Kreuzzug gegen die Aufständischen auf. Von der Ewigen Stadt reiste der Hochmeister nach Deutschland, um mit den Grafen Wilhelm IV. von Jülich und Engelbert I. von der Mark den Kreuzzug zu organisieren, bei dem er die beiden möglicherweise 1262 begleitete. Jedenfalls finden wir ihn 1263 in Preußen. In jenem Jahr erreichte das hauptsächlich aus Rheinländern bestehende Kreuzheer Preußen, vermochte jedoch nichts auszurichten. Vielmehr kam es zu einer Ausweitung des Aufstandes der Heiden.

Nicht nur in Preußen, auch im Heiligen Land war die Lage prekär

Bereits im März des Jahres 1263 war Anno wieder im Reich, um in Guben und Köpenick mit den brandenburgischen Grafen Johann und Otto über einen neuen Kreuzzug zu verhandeln. Auch beim Thüringer Landgrafen und beim Braunschweiger Herzog wurde er erfolgreich vorstellig. 1265 warb er in verschiedenen süd- und mitteldeutschen Balleien und Komtureien um weitere Kreuzfahrer. Altenburg, Franken und Marburg lagen ebenso auf seiner Werberoute wie Quedlinburg, Eger und Regensburg.

1266 war es dann so weit. Mit einem großen Kreuzheer traf er in Preußen ein. Das Wetter machte dem Heer jedoch einen Strich durch die Rechnung. Es war zu mild. Das Kreuzheer war zur Untätigkeit verdammt. Der erhoffte Erfolg blieb aus. Und wieder zog der Hochmeister ins Reich, neue Kräfte zu mobilisieren.

Doch auch im Heiligen Land war die Lage prekär. Dort fühlte man sich vernachlässigt. In Akkon hatte das Großkapitel 1264 beschlossen, dass der Hochmeister sich nur noch mit seiner ausdrücklichen Erlaubnis längere Zeit fernab in Europa aufhalten dürfe. Und wenn er nicht zum festgesetzten Termin zurückkehre, dann riskiere er sein Amt. 1267, ein Jahr nach dem fehlgeschlagenen Kreuzzug ist Anno wohl nach Palästina gereist. Nach dem Verlust von Montfort/Starkenberg 1271 verließ Anno das Heilige Land wieder, um ein letztes Mal einen Kreuzzug nach Preußen zu organisieren. Diesmal lagen das böhmische Hosterlitz, das hessische Frankfurt und das thüringische Nagelstädt auf seiner Route. Ob Anno an diesem vom Meißener Markgrafen Dietrich III. geführten Kreuzzug noch selber teilgenommen hat, ist ungewiss. 1273 starb er in Westdeutschland. In Marburg oder Trier liegt er begraben. *Manuel Ruoff*

Babelsberg soll saniert werden

Babelsberg ist das noch nicht wach geküsste Juwel der Potsdamer Schlösserlandschaft“. Diese Worte stammen von Hartmut Dorgerloh, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG), und er sagte sie bei strahlendem Sommerwetter vor dem Schloss. Anlass war eine Presseveranstaltung zur bevorstehenden Sanierung dieses Kleinods. Endlich soll das zum Unesco-Weltkulturerbe gehörende Gebäude aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden. Im Frühjahr 2013 beginnen Instandsetzungsarbeiten, die bis 2016 abgeschlossen sein sollen. Sie umfassen die Hüllensanierung der Fassaden sowie die Renovierung des Daches, der Terrassen, der Brunnen und der Wasserspiele im Schlossumfeld. Für die Innenrestaurierung fehlen noch die Mittel. Bisher habe man schon 2,5 Millionen Euro für die nötige Sicherung der Bausubstanz und in die Umgebung investiert, so Dorgerloh.

Die Gesamtkosten werden mit 9,7 Millionen Euro angegeben. Der Masterplan Preußische Schlösser und Gärten, in dem sich Bund, Berlin und Brandenburg mit 155 Millionen für die Rettung des preußischen Erbes engagieren, stellt 9,5 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 200 000 Euro stammen aus dem Energiesparprogramm der Bundesregierung zur Sanierung öffentlicher Gebäude. Sollten weitere Mittel zur Verfügung stehen, „werden wir im Gebäudeinneren weiterarbeiten“, fügte Dorgerloh hinzu.

Das Sanierungsprogramm umfasst auch die Wiederherstellung der prachtvollen goldenen, der blauen und der Porzellanterrasse. Auf letzterer befindet sich der „Städtebrunnen“ von 1863. Ein Geschenk der Kölner Dombauhütte an Wilhelm für sein Engagement bei der Vollendung des Kölner Domes. Durch eine private Spende kann die auf dem Brunnen noch fehlende Plastik des Dombaumeisters Gerhard wieder angefertigt werden.

9,7 Millionen Euro für die Außensanierung

„Babelsberg ist das bedeutendste Kaiserschloss, das wir haben“, sagte Dorgerloh. Die Schlösserstiftung werde sich dem Haus konsequent widmen, um den fehlenden Baustein in der Potsdamer Kulturlandschaft zu erschließen.

Wenn 2013 die Instandsetzungsarbeiten am Schloss Babelsberg starten, wird der Beginn seiner Errichtung 180 Jahre zurückliegen. Ab 1833 nämlich ließen sich der spätere Kaiser und König Wilhelm I. und seine Ehefrau Augusta das Sommerschloss im neogotischen Stil errichten. Der ursprünglich von Karl Friedrich Schinkel entworfene Bau wurde von dessen Schüler Ludwig Persius fortgeführt und von Johann Heinrich Strack 1848 vollendet.

Mit dem Tod Wilhelms I. im Jahre 1888 geriet Babelsberg in Vergessenheit. Im Zweiten Weltkrieg schlugen Bomben im Park ein. Als die Rote Armee 1945 das Schloss besetzte, verschwand viel Mobiliar, Inventar wurde zerschlagen. Mit dem Schutt füllte man die Krater. Heute ist genau das eine Fundgrube für die Stiftung, denn etliche Teile werden in Bruchstücken wiedergefunden. Die DDR nutzte das Gebäude als Richterschule, die Hochschule für Film und Fernsehen war hier untergebracht. Der Park fiel in erheblichem Maße den Grenzanlagen zum Opfer. Nach der „Wende“ brachte man das Archäologische Landesamt im Schloss unter. *Silvia Friedrich*

Thermalbad Harkany in Ungarn

Zu: „Wo die heißen Quellen sprudeln“ (Nr. 26)

Harkany in Südwestungarn, nahe der kroatischen Grenze, liegt zwar nicht an der Bäderstraße, verdient aber, wegen seines sehr heilkräftigen Thermalwassers, genannt zu werden. Seit mehr als 100 Jahren nutzt man dort ein 64 Grad heißes Schwefelwasser, das in seiner besonderen Zusammensetzung weltweit nur noch einmal in Mexiko vorkommt. Dieses Wasser, mit unterschiedlichen Temperaturen in drei große Becken gefüllt, hilft vor allem bei Gelenkbeschwerden und rheumatischen Erkrankungen. Im Unterschied zu Heviz ist Harkany ein beschauliches Örtchen, schön in grüner Landschaft am Fuß des Villany-Gebirges gelegen. Das Bad ist ganzjährig geöffnet mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages. Die Eintrittspreise für das Thermalbad wie auch für Appartements ringsum sind wirklich moderat. Eine neue Autobahn führt von Budapest bis auf 20 Kilometer an Harkany heran. Deutsch wird fast überall verstanden und ist im Bad die zweite Sprache nach dem Ungarischen. Historisch Interessierte können im nahen Siklos die in den Türkenkriegen hart umkämpfte Burg oder die Wallfahrtskirche von Mariagyüdd besuchen. Von dort aus bieten sich Wanderungen durch die Berge und die vorgelagerten Weingärten an. Das Klima ist fast mediterran und selbst im Oktober noch angenehm. Wer es einmal städtisch haben möchte, fährt mit dem Bus ins nur 26 Kilometer entfernte Fünfkirchen [Pecs]. Da hat man die Altstadt mit Flaniermeile, Reminiszenzen aus der Römer- und Türkenzeit, den mächtigen romanischen Dom, der im 19. Jahrhundert ausgemalt wurde, als Fünfkirchen noch eine donauschwäbische Stadt war. Ebenso gibt es prächtige Jugendstilbauten, Restaurants und Cafes „en masse“. Wichtig zu wissen: Für Herrschaften über 60 Jahre ist in Ungarn die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos.

A. Frerk, Geldern

Sich wiederholende Talkshows

Zu: „Ausgewogen und für zu leicht befunden“ (Nr.27)

Der Beitrag von Klaus Rainer Röhl fügt sich gut in die Reihe vorausgegangener Beiträge, die ich immer mit viel Zustimmung gelesen habe. Klaus Rainer Röhl, der auf eine lange sehr bewegte journalistisch-politische und private Vergangenheit zurückblicken kann, hat sicher aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen ein außerordentlich gutes Beobachtungs- und Urteilsvermögen und kann die Ergebnisse in gut verständlichen Formulierungen zum Ausdruck bringen. Was er jetzt über die politischen Talkshows von Anne Will, Frank Plasberg, Markus Lanz, Maybrit Illner und auch Günter Jauch schreibt, haben wir in den vergangenen Monaten genauso beobachtet und empfunden, sodass wir immer häufiger die Sendungen mit oft gleichen Teilnehmern und deren bekannten Positionen und linker Dominanz abgeschaltet haben. Ärgerlich auch der Beifall von Zuhörern, der automatisch erfolgt, wenn ein Redner Kritik an Verantwortlichen mit entsprechend herausfordernder Intonation vorträgt. Die Beiträge von Klaus Rainer Röhl gehören zum Besten, was die *PAZ* wöchentlich zum Zeitgeschehen und zum Zustand unserer Gesellschaft zu bieten hat.

Prof. Dr. Helmut Sauer, Dortmund

Sterbende Sprache

Zu: „Unsri Sproch“ (Nr. 27)

Der flott geschriebene Artikel von Herrn Bost stellt die sprachliche Situation im Elsass viel zu euphemistisch dar. In Wirklichkeit sind dank der rigiden (um kein anderes Wort zu verwenden) Sprachpolitik Frankreichs die Deutschkenntnisse beziehungsweise des Dialektes bei Jugendlichen durchweg unter zehn Prozent. Nachlesen lässt sich das im voluminösen, aber dennoch sehr lesbaren Buch von Bernard Wittmann: „Geschichte des Elsass“, Morstadt-Verlag 2010. Deutsch ist für die Elsässer eine Fremdsprache geworden – wie es dazu kam, zeigt Wittmann im Detail spannend und objektiv auf. Herr Bost könnte dieses Werk für die *PAZ* mal besprechen. Noch trostloser für die deutsche Sprache sieht es im ehemals deutschsprachigen Ostlothringen aus! Als gebürtiger Saarländer (ein Zweig der Familie kommt von dort) kann ich dazu nur sagen: Hinter Saarbrücken beginnt sofort das französische Sprachgebiet – bis 1945 verlief die Sprachgrenze bei Metz! Das ist nun mal die Situation!

Markus Krämer, Allendorf/Eder

Ausstellung endet mit Bonbon

Zu: „Die 7 Brücken von Königsberg“ (Nr. 25)

Die Ausstellung „Königsberg“ der salve art gallery in Leipzig geht nach Verlängerung nun Ende Juli zu Ende. Es war ein großer Erfolg, haben uns doch – auch nach Erscheinen des Artikels in der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* – bundesweit Anfragen erreicht und wir konnten Besucher aus ganz Deutschland bei uns in der Galerie begrüßen. Das Interesse war riesig und sehr emotional. Die Reaktionen der Besucher reichten von Begeisterung bezüglich der künstlerischen Umsetzung des Themas bis hin zu Tränen der Erinnerung und Trauer. Dies zeigt sich auch in den vielen positiven Gästebucheinträgen unserer Galerie.

Viele Besucher fragten uns auch nach Drucken der Werke, da die Originale doch teilweise sehr preisintensiv sind. Wir haben uns daher gemeinsam mit der Künstlerin Lucia Lamberti dazu entschieden, die „Sieben Brücken von Königsberg“ als Druckmappe mit einer Auflage von 50 Stück aufzulegen. Diese Edition wurde auf der Papiersorte „Prisma Bimarcata Bianca“ in 50 nummerierten und von der Künstlerin signierten Exemplaren angefertigt (Größe 24 mal 30 cm, Bilder Originalgröße von zirka 12 mal 18 cm, bis 17 mal 18 cm).

Exklusiv für Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bieten wir einen Sonderpreis an: Statt 250 Euro zahlen Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* 225 Euro inklusive 7 Prozent Mehrwertsteuer (plus Versand).

Wir würden uns daher sehr freuen, wenn das Projekt in Ihrer Zeitung nochmals vorgestellt werden könnte. Ganz sicher würden auch viele interessierte Leser das Angebot wahrnehmen wollen.

Inès Keerl und Karin Krzenck-Lichtenstein, salve art gallery, Leipzig



Die „Sieben Brücken von Königsberg“ als exklusives Angebot für *PAZ*-Leser Bild: Lucia Lamberti

Piratenunwesen

Zu: „Wie die Preußen nach Algerien kamen“ (Nr. 26)

Der Artikel von Bodo Bost bedarf der Beantwortung folgender Frage: Was hat Frankreich 1830 veranlasst, an der algerischen Küste zu landen und Algier einzunehmen? Das Buch „Piraten und Korsaren im Mittelmeer – Seekrieg, Handel und Sklaverei vom 16. bis 19. Jahrhundert“ von Salvatore Bono gibt Antworten: Es war das Piratenunwesen der sogenannten Barbareskenstaaten Algier, Tunis und Tripolis. Diese kaperten im Mittelmeer Schiffe, raubten die Ladung und machten die Besatzungen zu Sklaven. Geschützt waren nur die Schiffe, die im Geleit von Kriegsschiffen fuhren oder deren Staaten mit den Barbaresken Schutzverträge geschlossen hatten. Erst Anfang des 19. Jahrhunderts wurde erkannt, dass das Problem nur durch Eroberung der nordafrikanischen Küste und Zerschlagung der Barbareskenregentschaften gelöst werden kann. Der französische Konsul in Algier, Pierre Deval, schrieb dazu an seine Regierung in Paris: „Meines Erachtens muss das Übel mit der Wurzel ausgerottet werden, indem man Algier belagert, die Stadt, in der das Herz der Piraten schlägt. Wenn Algier einmal in der Hand der Europäer wäre, würde es in seinem Fall das ganze algerische Piratenunwesen mit sich in den Untergang reißen und zu einem Bollwerk gegen diejenigen Barbareskenstaaten werden, die sich nun noch weigern sollten, das Völkerrecht zu achten.“

Aber es vergingen noch zehn Jahre, bis Frankreich 1830 den Worten Taten folgen ließ und Algier eroberte. Tatsächlich haben daraufhin neben Algier auch Tunis und Tripolis die noch in ihren Händen befindlichen europäischen Sklaven entlassen und ihren Verzicht auf die Kaperei erklärt. Es sei unseren heutigen Politikern ein Blick in die Geschichte empfohlen. Vielleicht lernen sie, wie man auch mit dem heutigen Piratenunwesen vor der somalischen Küste endlich fertig wird?!

Rolf Bürgel, Darmstadt

Wer zu spät kommt...

Zu: „Drehkreuz nach Posemuckel“ (Nr. 28)

Ihren Artikel „Drehkreuz nach Posemuckel“ fand ich sehr lesenswert. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein wann auch immer eröffneter Berliner Flughafen zum Drehkreuz nach Posemuckel wird, wird noch durch eine andere Überlegung verstärkt.

In der Zeit, in der Berliner und Brandenburger Politiker nicht nur zum Thema Luftverkehr Bauchnabelschau hielten, entstanden anderswo Fakten. Unweit Berlins hat sich Leipzig-Schkeuditz zu genau dem Frachtdrehkreuz entwickelt, welches Berlin gern wäre. Eine knappe Flugstunde nördlich nutzten die Dänen die letzten 20 Jahre, um in Kopenhagen schlichtweg das Luftdrehkreuz des Nordens zu entwickeln. Den Berlinern bleiben nur Zubringerflüge nach Kopenhagen, wenn sie gen Norden wollen. Einst über lange Jahre existente Fluglinien wie Berlin – Växjö wurden zu Jahresbeginn aufgrund hoher Berliner Landegebühren eingestellt.

Weiter östlich sieht es nicht viel anders aus. Air Baltic hat in Riga ein Luftdrehkreuz für Ostseereisende gebaut. Via Riga kommt man zu allen möglichen an der Ostseeküste gelegenen Zielen. Eine reichliche Flugstunde von Berlin befindet sich weiterhin der Flughafen Warschau mit gleicher Funktion für Osteuropa.

Das heißt, der viel gepriesene für Berlin hochgerechnete Umsatz der Umsteigepassagiere landet dann natürlich in Kopenhagen, Riga und Warschau. Wie sagte doch einst ein bekannter Politiker: Wer zu spät kommt.

Gunter Flügel, Potsdam

Karl Marx' Prophezeiung

Zu: „‚Mehr Europa wagen‘ – weniger Deutschland erhalten“ (Nr. 28)

„Es genügt nicht, die Welt zu interpretieren, man muss sie verändern“, schrieb Karl Marx vor über 160 Jahren. Marx sah den Zustand der Welt unter der schnellen kapitalistischen Entwicklung voraus: Das Kapital wird unter dem Profitzwang das „nationale Banner über Bord werfen“. Dies ist inzwischen längst geschehen. „Maastricht ist wie Versailles, nur ohne Krieg“ erklärte damals Ex-Bundesbankdirektor Übelacker. Heute ist den kapitalistischen Fischen das Wasser in Gestalt der freien Arbeitsmärkte weitgehend abgegraben. Dies ist keine zyklische Krise, aus der sich das Kapital durch wissenschaftlich-technische Innovationen befreien könnte, sondern eine Systemkrise, vollgepackt mit antagonistischen Widersprüchen. Der Kapitalismus in seiner schlimmsten Entartung – der direkten Menschenfeindlichkeit, wenn es um Profite geht – steht zur Disposition. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute wurden über 200 Kriege geführt, gigantisches Volksvermögen wurde vernichtet und die menschlichen Opfer davon sind unzählbar. Diese goldenen Zeiten für Kriegsgewinnler sind vorbei. Wer im Zeitalter der Atomraketen einen großen Krieg riskiert, stirbt als Zweiter.

Jawohl, der Autor hat Recht, die Politik wurschelt sich ohne erkennbares Ziel durch die Weltgeschichte. Wo soll das Ziel auch herkommen, da man praktisch alle Freiheitsgrade des Handelns an das konzertierte Irrenhaus in Brüssel abgegeben hat. Doch man täusche sich nicht! Die Weltgeschichte verläuft nach eigenen Gesetzen. Noch nie hat es in der Geschichte einen derart infamen, auf die Vernichtung nationaler Eigenheiten und Lebensformen abzielenden Staatenverbund gegeben, der allein den Interessen des Großkapitals und der Banken untergeordnet ist. Der politische Umbruch wird mit objektiver Notwendigkeit kommen. Die Bedingungen dafür sind herangereift und verschärfen sich. Noch fehlt die Erfüllung des subjektiven Faktors in Gestalt eines vom ganzen Volk getragenen Führungsgremiums, das „Ja“ sagt zu Europa, aber entschieden „Nein“ zur Brüsseler Kommissardiktatur.

Dieter Bock, Burgstall

Südafrikas Hoffnung

Zu: „Südafrika“ (Nr. 28)

Die umfangreiche Berichterstattung der *PAZ* über Südafrika ist nicht nur informativ und weitgehend realistisch, sie hebt sich auch in wohltuender Weise von vielen anderen Schwarz-Weiß-Veröffentlichungen in den Medien ab. Manuel Ruoff beschreibt völlig richtig, dass die Urbevölkerung des Landes aus Buschleuten (San) bestand, wohingegen sowohl Weiße als auch Schwarze erst viel später einwanderten. Erfreulich auch die Erwähnung, dass seit 1994 einige Tausend weiße Farmer ermordet wurden, was den meisten deutschen Publikationen keine Silbe wert ist, weil es sich hier in der Tat um eine „Apartheid mit umgekehrten Vorzeichen“ handelt, was nicht ins Bild der politischen Korrektheit passt. Leider ist der Kommentar des Verfassers (S.G.) insofern nicht mehr aktuell, da er Julius Malema immer noch als Präsidenten der Jugendliga des ANC bezeichnet.

Realistisch ist schließlich die Einschätzung, dass sich beim ANC-Kongress im Dezember dieses Jahres die Zukunft Südafrikas entscheidet. Sollten sich die radikalen linken Kräfte dabei durchsetzen, was heute als eher unrealistisch erscheint, wären Parallelen zu Simbabwe durchaus möglich. Und genau deshalb gibt es eigentlich bei allen seinen Schwächen keine vernünftige Alternative zu Präsident Zuma, der in diesem Fall Garant für ein weiterhin demokratisches und wirtschaftlich prosperierendes Land ist.

Wolfgang Reith, Neuss

Wir haben uns das selbst eingebrockt

Zu: „In der Räuberhöhle“ (Nr. 27)

Die europäischen Südländer sind keine Räuber. Sie nehmen sich nur das, was wir nicht mehr entschlossen verteidigen. Der Zorn des Verfassers gilt den Falschen. Nein, die Kanzlerin und mit ihr nahezu alle Deutschen haben sich das Desaster des jüngsten EU-Gipfels selber eingebrockt. Wir müssten jetzt in uns gehen. Dass wir es nicht tun, sagt alles. Es ist ja auch Ferienzeit und nach 1945 sind wir ohnehin wie Wachs in den Händen übergeordneter Kräfte, seien es die Siegermächte, die EU oder Vertreibenstaaten.

Vor 1990 haben wir, „fett und impotent“ geworden (Churchill), die historischen Ostgebiete preisgegeben und die Teilung anerkannt und dann im Rahmen der EU zusätzlich unsere Sprache und Währung aufgegeben. Jetzt legen wir auch noch unseren materiellen Wohlstand oben drauf, die Früchte jahrzehntelanger Arbeit.

Dass es soweit gekommen ist, liegt am Verlust nationaler Selbstachtung bis hin zu extremem Selbsthass, die sich nach den Kriegen 1914 bis 1945 durchgesetzt haben. Wer privat die Nation weitgehend preisgegeben hat zugunsten egozentrischer Schein-Modernität oder der multikulturellen bis korrekten Gesellschaft oder wer, wie Regierungen und Parteien, den eigenen Staat für den europäischen Überstaat blauer Kommissare hingibt, der braucht sich nicht zu wundern und zu beklagen, dass ihm auch noch die Konten geleert werden.

Realistisch gesehen bleibt aber die Hoffnung, dass die EU wegen ihres ahistorischen und undemokratischen Konstrukt-Charakters nicht von Dauer sein wird. Dies ändert allerdings nichts daran, dass die Deutschen, bis hin zur mentalen und materiellen Enteignung, die Hauptkosten und Hauptlasten des Experimentes getragen haben. Sie werden diese auch weiter mit ihrer negativen Identität als historische Versager und Täter bis zur Selbstaufgabe schultern. Es sei denn, es geschieht eine Charakter- und Bewusstseinsrevolution von unten, ähnlich wie 1989 in Mitteldeutschland oder andere Gebeutelte, wie Niederländer oder Österreicher, erheben sich.

Rolf Kraft, Koblenz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 21. Juli 2012

MELDUNGEN

Multinationale Marineübung

Pillau – Die russische Fregatte „Yaroslav Mudriy“, der französische Zerstörer „De Grasse“, der britische Zerstörer „York“ und der US-amerikanische Kreuzer „Normandy“ kamen in Pillau zusammen, um die seit 1988 regelmäßig stattfindende Übung „Frukus“ durchzuführen. Die Tradition geht auf das Jahr 1988 zurück, als die beteiligten Mächte erstmalig eine solche Übung durchführten. Lediglich 2008 fiel das Treffen im russischen Wladiwostok wegen des Georgien-Konfliktes aus. 2010 richtete die Royal Navy und 2011 die US-Marine das Manöver aus. Im kommenden Jahr ist Frankreich Gastgeber. Am 25. Juni fanden zweitägige Besprechungen und Seminare in Pillau statt, bevor dann auf dem Weg nach St. Petersburg die gemeinsame Abwehr von Luft- und Seeangriffen geübt wurde. Ab dem 30. Juni konnte die Bevölkerung von St. Petersburg die Kriegsschiffe besichtigen. *H.L.*

Stabwechsel bei der Marine

Königsberg – Der bisherige Befehlshaber der in Königsberg stationierten russischen Ostseeflotte, Vize-Admiral Viktor Tschirkow, ist zum Oberbefehlshaber der gesamten russischen Flotte ernannt worden. Als sein Nachfolger im bisherigen Amt wurde Konteradmiral Sergej Popow bestellt. Der 50-jährige Popow hat seine militärische Ausbildung in Königsberg absolviert und danach in der russischen Nordmeerflotte verschiedene Leitungsfunktionen innegehabt, bevor er nun nach Königsberg zurückgekehrt ist. *T.W.W.*

Devau von Bauspekulanten gefährdet

Dem historisch bedeutenden Flughafen droht die Schließung wegen Siedlung am Startbahnende

Der Flughafens Devau bei Königsberg ist von der Schließung bedroht, weil profitgierige Baufirmen ohne behördliche Genehmigung mit dem Bau von Wohnhäusern unmittelbar neben der Startbahn begonnen haben. Die Behörden reagieren widersprüchlich.

Neben dem Flughafen, auf der Grenze zwischen der Stadt Königsberg und dem zum Kreis Neuhausen [Gurjewsk] gehörenden Ort Maloje Isakowo ist mit dem Bau einer Landhaussiedlung begonnen worden. Im März dieses Jahres erhielt die Firma „Okeania“ zwar die Erlaubnis für Arbeiten zur Erschließung der Grundstücke, eine Genehmigung zur Errichtung von Wohnhäusern hat die Firma allerdings bis zum heutigen Datum nicht. Das hat die Firma jedoch nicht daran gehindert, schon einmal die Fundamente für einige Häuser zu erstellen. Zunächst wurde Boden ausgehoben, dann tauchte ein Bauzaun auf und bald auch die ersten Fundamentblöcke. Dort sollen laut Angaben des Königsberger Sportfliegerklubs, der im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Flughafens untergebracht ist, elf Häuser mit jeweils drei Etagen entstehen.



Statt in die Wolken führt sie in eine Siedlung: Die Startbahn des Flughafens Devau Bild: Tschernyschew

Die Kreisverwaltung von Neuhausen vertritt den Standpunkt, dass der Häuserbau in der Nähe des Flughafens Devau illegal sei, weil die Baufirma ja lediglich die Genehmigung zu vorbereitenden Arbeiten hat. Allerdings vertreten nicht alle beteiligten Behörden einen derart eindeutige Position. So ist im Generalplan der Stadt Königsberg das betreffende Territorium nicht als Flughafen-, sondern als Sport- und Erholungsfläche ausgewiesen. Die Verantwortlichen in Königsberg waren sich über den Status des Flughafens Devau nicht im Klaren, während die Vertreter des Kreises Neuhausen forderten, den Bau, den „Okeana“ trotz fehlender Voraussetzungen weiter betreibt, sofort zu unterbinden.

Der Bau von Wohnhäusern bedroht die Existenz des Flughafens Devau, denn da die Fundamente der Häuser beinahe direkt an die zirka anderthalb Kilometer lange Schotter-Startbahn anschließen, darf der Flughafen eigentlich nicht mehr betrieben werden. Das ist nur das Anderthalbfache der gemäß den Regeln der zivilen Luftfahrt erforderlichen Mindestlänge von einem Kilometer für Startbahnen.

Jurij Tschernyschew

Ein Flughafen mit großer Vergangenheit

Der Flughafen Königsberg-Devau war einer der weltweit ersten, die für die zivile Luftfahrt genutzt wurden. Im Jahre 1919 eröffnet, landete dort 1922 das erste Passagierflugzeug, das Deutschland und Russland auf der Linie Moskau–Riga–Königsberg verband. Das Verhältnis zwischen der jungen Weimarer Republik und dem jungen Sowjetstaat war bis zur „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten entspannt und konstruktiv, geradezu symbiotisch, und so wurde die Verbindung zwischen der ostpreußischen und der russischen Hauptstadt ebenso wie der Flughafen in den 20er Jahren ausgebaut.

Im Zweiten Weltkrieg wurde der Flughafen schwer beschädigt. Nach dem Krieg wurde er von den neuen, roten Machthabern zunächst wieder in Betrieb genommen, verlor allerdings bald an Bedeutung, als die Flugzeuge zu groß für Devau wurden. Anfang der 60er Jahre beschlossen die Sowjets, den Flughafen Powunden [Chrabrowo] zum internationalen Drehkreuz auszubauen. Devau wurde zum Sportflughafen.

Zurzeit nutzen mehrere Klubs das Flughafengelände zum Trainieren: Fallschirmspringer, Deltaflieger und Modellflugzeug-Liebhaber aller Altersstufen nutzen es. Regelmäßig finden Musikveranstaltungen und Feste statt.

Der Flughafen könnte in naher Zukunft aber noch einmal an Relevanz gewinnen. Für die Luftpost, für die medizinische Versorgung oder für Feuerwehr beziehungsweise Polizei. Wenn denn nicht die Zukunft des Flughafens einer Wohnsiedlung geopfert wird. *J.T.*

Lieber einmal sehen als 100-mal hören

Tilsit feierte den 205. Jahrestag des nach ihm benannten Friedens mit einem umfangreichen Programm

Historisches Flair beherrschte in den ersten Julitagen Tilsit [Sowjetsk]. Man gedachte eines Kapitels der europäischen Geschichte, das sich vor 205 Jahren auf diesem Boden abspielte. Mit dem Friedensschluss zu Tilsit ging die Stadt am Memelstrom in die Geschichtsbücher ein. Ihr Name wurde in ganz Europa bekannt. Den Russen ist inzwischen bewusst geworden, dass sie auf Boden leben, wo einst Weltgeschichte geschrieben wurde. Das war Anlass genug, um mit einem umfangreichen Programm dieses Ereignis zu würdigen.

Die Feierlichkeiten begannen mit einer wissenschaftlichen Konferenz im Konzertsaal der Musikschule. Heimatforscher und Historiker referierten zum Thema „Auf historischem Boden“. Der Inhalt der Vorträge und die lebhafte Diskussion berührten die vielfältigen Aspekte der internationalen Politik und Diplomatie des 19. Jahrhunderts. Der Friedensschluss zu Tilsit – so wurde mehrfach hervorgehoben – sei ein gutes Beispiel außenpolitischer Kompromissbereitschaft, eine sehr unpreußische Sichtweise, die wohl nur damit zu erklären ist, dass Preußen an der Veranstaltung nicht beteiligt waren.

Doch bei den theoretischen Erörterungen blieb es nicht. Nach dem russischen Sprichwort „Lieber einmal sehen als 100-mal hören“ wurde die abstrakte Theorie am nächsten Tag in Szene gesetzt und nahm praktische Gestalt an. Mit einer historischen Darstellung der Ereignisse jener Tage wurden Einwohner und Gäste in die damalige Zeit versetzt.

Eine lange Kolonne von Soldaten in zeitgenössischen Uniformen der russischen, preußischen und französischen Armeen, dargestellt von Mitgliedern des militärhistorischen Vereins aus Pr. Eylau, paradierte durch die Stadt. Begleitet wurden sie von dem Blasorchester „Tilsit-Brass“ und dem Trommlerkorps des Kulturhauses „Parus“. Das Defilee bewegte sich zum Memelufer, wo an der Königin-Luise-Brücke



Gaben sich ein Stelldichein: „Napoleon“ und „Luise“ Bild: Rosenblum

die zahlreich erschienenen Zuschauer und die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen ein interessantes Spektakel erwartete.

Zwei Zelte, flankiert von Ehrenwachen, mussten die Rolle der seinerzeit im Memelstrom verankerten Floße übernehmen. Eine Darstellung auf der Flussmitte war nicht etwa aus finanziellen Gründen unmöglich, sondern weil die Memel heute an dieser Stelle als Grenzfluss der Europäischen Union und des Schengenraumes dient. Auch vor 200 Jahren betrachtete Napoleon sie als Außengrenze seines Machtbereichs.

Mit großem Pomp erschienen die Monarchen mit ihrem Gefolge, gespielt von Künstlern des Tilsiter Theaters. In mehreren Szenenbildern vermittelten sie ein anschauliches Bild der damaligen Ereignisse. Die Zuschauer konnten erleben, wie die auch von den Russen verehrte „Königin Luise“ in einer Kutsche vorgefahren kam und von „Napoleon“ galant empfangen wurde. Sie konnten die Verhandlungen zwischen „Bonaparte“ und „Zar Alexander“ verfolgen, in deren Verlauf „Napoleon“ theatralisch die Landkarte Europas zerriss. Und man sah die Unterzeichnung der Verträge in einer eindrucksvollen Inszenierung.

Die Feierlichkeiten fanden am späten Nachmittag ihre Fortsetzung mit einem festlichen „Tilsiter Ball“ im Saal der Zentralbibliothek, die den Namen des Heimatforschers Isaak Rutman trägt. Dort waren Schauspieler als Napoleon, Zar Alexander, König Friedrich Wilhelm mit Königin Luise, der Hofstaat, das Offizierskorps mit Damen friedlich vereint bei Tanz und Polonaise. Versierte Mitglieder des militärhistorischen Vereins boten Vorführungen und gaben Erläuterungen zu den einzelnen Tänzen jener Zeit und stießen bei den geladenen Gästen auf großes Interesse. Als Spezialität wurde Marzipan gereicht, hergestellt nach ostpreußischem Rezept vom örtlichen Technologie-College. Herzlich begrüßter Ballgast war der Präsident des Tilsiter Wohltätigkeitsvereins, Jewgenij Abarius.

Ihren krönenden Abschluss fanden die Feierlichkeiten mit einer literarisch-dramatischen Komposition, vorgetragen von Tilsiter Schauspielern. *Hans Dzieran*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute mal etwas leichte Sommerkost. Und die schmeckt uns, denn es sind wieder Erfolge, von denen ich berichten kann. Da hatten wir in Folge 25 die Fragen von Herrn Dr. **Martin A. Völker**, Berlin, gebracht, der sich um die Erhaltung der Werke ostpreußischer Schriftsteller aus der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg bemüht. Es ging ihm diesmal um die Klärung einiger Textstellen aus den Arbeiten der Königsberger Schriftstellerin **Katharina Botsky**, die mir auch rätselhaft waren und die ich deshalb an unsere Ostpreußische Familie weitergab. Da war der Begriff „Lippstock-Salbe“. Zu vermuten war, dass es sich um eine Mixtur aus Liebstöckel und anderen Ingredienzien handelte. Und siehe da, es stimmte, denn eine Leserin konnte mit einer erstaunlich ergiebigen Auskunft aufwarten. Frau **Hanna Hoefer** liest immer gerne unsere Ostpreußische Familie, auch wenn sie nicht aus Ostpreußen stammt, aber ihre Schwiegereltern kommen aus dem Kreis Goldap. Da sie sich gut im Schleswiger Platt auskennt, hat sie im „Schleswig-Holsteinischen Wörterbuch“ bei **Otto Mensing** nachgesehen und wurde fündig. Lippstock bedeutet tatsächlich Liebstöckel und war für unsere Vorfahren ein wahres Zauberkraut. Es diente zur Vertreibung der Hexen, wurde den Gänsen beim Brüten untergelegt und den Kühen wurde mit Lippstock und Buttermilch das Euter gewaschen, wenn es geschwollen war. Mit Eschenborke zusammengebraut sollte es gegen Kreuzotterbiss helfen, und die Wurzel wird den an Rotlauf erkrankten Schweinen in das durchbohrte Ohr gesteckt. „Dieser Lippstock hat schon etwas Mystisches“, meint Frau Hoefer. Und wie harmlos wirkt dagegen das Stängelchen Liebstöckel, das unserer Gemüsesuppe die Würze verleiht!

Und da war noch der „Räuberhof“, von dem **Katharina Botsky** erzählt, und den wir in der Nähe vom Nassen Garten in Königsberg vermuteten. Da waren wir auf der richtigen Spur, wie uns Herr **Rudi Herrmann** aus Erkner mit seinen Erinnerungen bestätigt. Er meint zwar, seine Erklärung sei nur ein kleiner Hinweis, aber sie bietet zweifellos die Lösung. Der 1932 geborene Ponarther Jung aus der Wiesenstraße erinnert sich:

„Wir Jungs sind, wenn wir toben wollten, sehr viel herumgezogen. Bei uns floss an den Wiesen die Beek durch, an einer Stelle hatte sie eine Sandbank. Zum Leidwesen der Bauern **Springer** und **Samland** sind wir über die Wiesen gelaufen, so entstand ein Trampelpfad. Ein anderer führte über die Bergstraße, den ‚schwarzen Weg‘ in Richtung Nasser Garten weiter zum Zigeunerlager und Lokschuppen. Gegenüber war eine Siedlung, etwa elf dreistöckige Verblendbauten mit Pappdächern, in der Mitte stand ein Brunnen. In den Blöcken wohnten sehr arme Leute und kinderreiche Familien – so jedenfalls meine Erinnerungen.“

Erinnerungen, in denen auch das „Räubertal“ als ein beliebter Jugendtreff auftaucht, eine alte Fabrik unterhalb des Güterbahnhofes, wo an zwei Stahlmasten mit Querträgern ein Seil angebracht war, an dem die Kinder schaukelten. Da hätten wir also alles gefunden, was Katharina Botsky geschildert hatte: die armseligen Häuser, den Brunnen, die vielen spielenden Kinder, das Räubertal – Herr Dr. Völker kann sich auf diese Ortung verlassen. Fehlt allein die „Gespenstereiche“, aber die könnte, als die Ponarther Bowkes dort spielten, schon gefällt worden sein. Ich danke Frau Hoefer und Herrn Herrmann, dass sie so bereitwillig mitgeholfen haben, diesen Originalschauplatz der Botsky-Novelle zu ergründen.



Gedenkstein: Zur Erinnerung an die Diakonissinnen des Krankenhauses der Barmherzigkeit Bild: privat

Über das erfreuliche Echo auf den Fotofund, der auf einer Straßenkreuzung in Heinsberg von aufmerksamen Passanten entdeckt wurde, habe ich schon berichtet. Die alten Aufnahmen von Godrienen am Frischen Haff haben bei vielen Leserinnen und Lesern Interesse erweckt und wir konnten ihnen Kopien zusenden. Auch Frau **Karin Gogolka** aus Heinsberg, die uns den Fund übersandte, konnte eine erfreuliche Bilanz ziehen: „Es freut mich sehr, dass dank Ihrer Hilfe durch den Bericht in der Ostpreußische Familie die schönen Bilder von Godrienen ein neues Zuhause gefunden haben.“ Bei ihr hatten sich verschiedene Leser gemeldet, darunter auch ein Landsmann aus Berlin. Er ist ein echter Godriener, denn er wurde 1940 in dem kleinen Ort am Frischen Haff geboren und besaß bisher keine Bilder von seinem Heimatort. Bleibt also noch die ungeklärte Frage: Wie kommen die Fotos auf die Straßenkreuzung in dem rheinländischen Heinsberg? Eine Spur, die ich zu finden glaubte, erwies sich leider als Irrläufer. In der „Seelenliste“ der Gemeinde Godrienen hatte ich die heutige Anschrift eines von dort stammenden Landsmannes entdeckt – und die lautet „Heinsberg“. Doch leider hat er mit den Bildern nichts zu tun – es wär’ zu schön gewesen!

Dafür gab es dann für mich eine Überraschung von unerwarteter Seite. Da hatte sich Herr **Norbert Hack** aus Duderstadt zu den Godriener Fotos gemeldet und für mich einen „Bonbon“ mitgeschickt. Aber der ist schon mehr eine Edelpraline, denn es handelt sich um die Kopie einer alten Postkarte von dem Heimatort meiner Mutter Schöckstupönen. Ich wusste gar nicht, dass es von diesem kleinen bei Stallupönen/Ebenrode gelegenen Ort – den ich bei der Frage nach der Herkunft des in Petrikatschen gefundenen Kreuzes so nebenbei erwähnt hatte – überhaupt Postkarten gab. Ich selber besitze nur zwei alte Privatfotos von dem großelterlichen Haus – und nun dies. Eine Postkarte von 1912 (!) mit Gutshaus und Stallungen, mit Ernte-Gespannen und Mutterstuten bei der Winterarbeit, für mich gelebte Geschichte, zumal auch im Begleittext des damaligen Schreibers der seinerzeitige Besitzer, mein Onkel **Otto**, erwähnt wird. Nie zuvor, auch nicht in meiner Jugendzeit in der Heimat, hatte ich diese Aufnahmen gesehen, nun tauchen sie plötzlich bei einem sehr engagierten ostpreußischen Heimatkartensammler auf. So danke ich ihm von ganzem Herzen für diesen dokumentarischen Fund, den ich an den letzten Besitzer weitergeben kann.

Ja, hätte ich nicht den alten Namen „Schöckstupönen“ gewählt, sondern den 1938 eingeführten neuen Namen „Polau“ wäre Herr Hack vielleicht gar nicht aufmerksam geworden. Deshalb bemühe ich mich auch immer wieder, in solchen Fällen den alten wie den geänderten Ortsnamen zu bringen. Wie im Fall „Brakupönen/Rosslinde“, dem sowjetischen Internierungslager im Kreis Gumbinnen.

Die kleine Meldung, dass Frau **Gertrud Bischof** aus Nürnberg eine Broschüre über das Horrorlager Brakupönen erstellt hat, fand ein größeres Interesse als erwartet. Es meldeten sich Leserinnen und Leser, die selber in dem Horrorlager waren oder nahe Angehörige dort hatten. Vor allem für die Kinder der dort Inhaftierten bietet dieses Heft eine emotionslose Aufklärung über das Geschehen, über das die Betroffenen selber nie geredet haben. Auch in mancher Familienchronik steht für diese Zeit nur ein leeres Blatt. Damit die leider sehbehinderte Gertrud Bischof nicht mit weiteren Anfragen belastet wird – sie schreibt, dass sie bei den vielen Anfragen, die sie erreichen, nicht weiß, wem sie zuerst antworten muss –, haben wir die Versendung der Broschüre übernommen. Doch nun zeichnet sich schon ab, dass wir wahrscheinlich weitere Exemplare nachordern müssen. Für Frau Bischof mag dieses große Interesse eine Bestätigung für die Wichtigkeit ihrer jahrzehntelangen mühevollen Arbeit sein.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auf eine Zuschrift muss ich aber noch eingehen, die zwar keine konkrete Lösung erbrachte, die aber zeigt, wie intensiv sich unsere Leserinnen und Leser mit den Suchfragen beschäftigen. Sie kommt von Frau **Hildegard Mikoteit** aus Bad Essen, die sich an ihre Königsbergreise 1993 erinnerte, als sie in Folge 19 die Frage von Frau **Frieda Lukner** aus Florida nach den Gräbern der in den ersten Nachkriegsjahren im Krankenhaus der Barmherzigkeit verstorbenen Patienten las. Frau Lukners Vater soll in einem Massengrab im Innenhof des Krankenhauses beigesetzt worden sein. Sie entdeckte damals mehrere Gräber und fragte nun unsere Ostpreußische Familie, ob diese noch existierten. Frau Mikoteit teilte Frau Lukner und auch uns mit, was sie vor 19 Jahren gesehen hatte. Sie sonderte sich damals von ihrer Reisegruppe ab, um nach den Gräbern der in dem Krankenhaus der oft unter furchtbaren Umständen verstorbenen Diakonissinnen zu suchen, und wurde von dem Pförtner auch gleich zu einem Gedenkstein gewiesen, der am Kopf eines Massengrabes steht, in dem die Schwestern ruhen. An andere Gräber konnte sich Frau Mikoteit nicht erinnern. Der Stein trägt die Inschrift: „Zur Erinnerung an die Diakonissinnen des Krankenhauses der Barmherzigkeit, die hier ihr Leben von ganzem Herzen Gott und den Leidenden gewidmet haben“. Von dem Stein und dem mit frischen Blumen bepflanzten Grab sandte Frau Mikoteit eine Aufnahme an Frau Lukner nach Florida und auch wir erhielten eine, wie unsere Leserinnen und Leser nun sehen.

Heute kommt nun auch Herr **Fritz Schulz** aus Cremlingen-Schandelah zu Wort, denn jetzt liegt seine genaue Anschrift vor, die bisher fehlte. Er stammt aus dem Oberland, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen und bemüht sich, alles zu erfassen, was es an Literatur über seinen Heimatort gibt. Herr Schulz besitzt bereits die hervorragende Chronik von **Franz Teichert**, aber er meint, es müsste noch weitere Veröffentlichungen geben. (Fritz Schulz, Westerbergstraße 18 in 38162 Cremlingen-Schandelah, Telefon 05306/2519.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

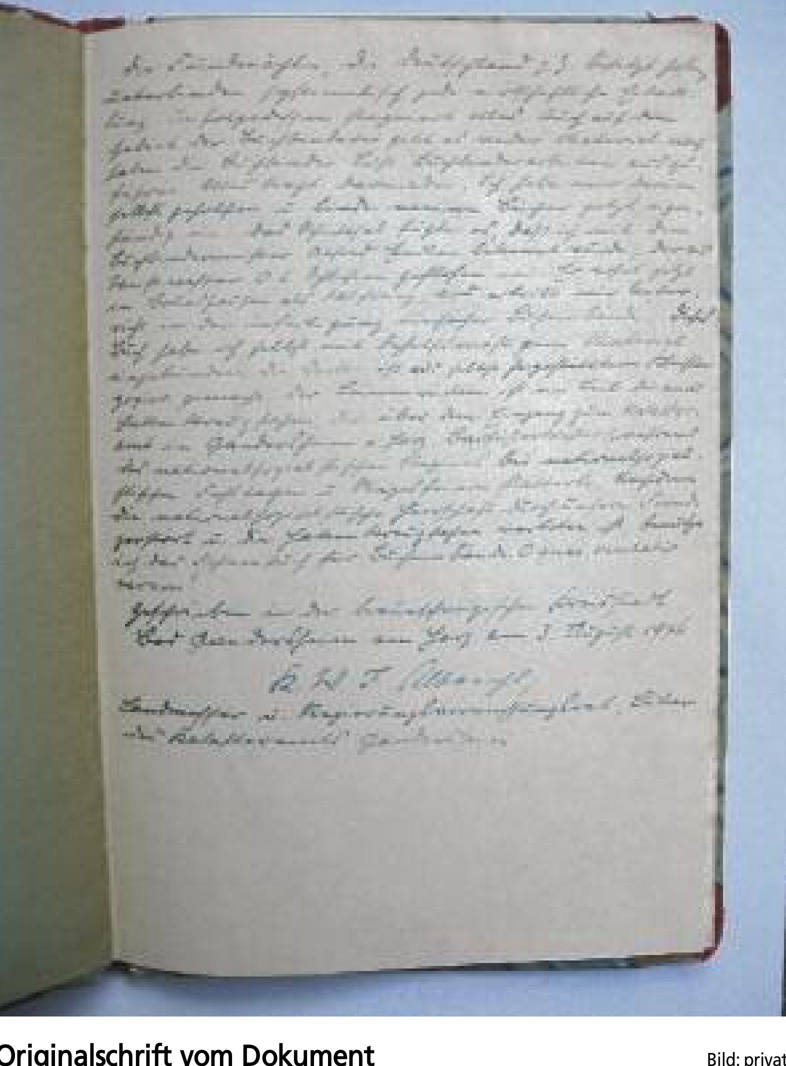
»Als Gott die Haberbergsche Kirche in Asche legte«

Wertvolles Dokument in einem alten Buch entdeckt

Eine neue Überraschung hatte ich versprochen – hier ist sie und bekommt nun den ihr gebührenden Platz als Extra-Geschichte, denn sie ist nicht mit wenigen Worten zu erzählen. Es handelt sich um ein Dokument, das in einem antiquarisch erworbenen Buch gefunden wurde und das als Bericht eines Zeitzeugen aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts für die Dokumentation der Kirchengeschichte der Stadt Königsberg eine wertvolle Bereicherung bedeuten dürfte. Wie uns der Finder mitteilt, handelt es sich nach Papier und Schrift zu urteilen um ein Originaldokument, in dem über den Brand der Haberbergschen Kirche im Jahre 1747 berichtet wird, als ein Blitzschlag das Gotteshaus bis auf die Grundmauern zerstörte. Entdeckt hat dieses Papier Herr **Jürg Schmied** aus Siegen, der uns nach Sichtung und einer ersten Aufbereitung eine Kopie des Dokumentes übersandte. Ich übernehme seine Ausführungen zu dem überraschenden Fund im vollen Wortlaut, denn auch schon die Auffindung des Papiers ist ungewöhnlich.

„Anfang Juni 2012 fand ich in einem Buch des Antiquariats Nassauer in Siegen einen Einlagezettel vom Dezember 1747 über den Brand der Haberbergischen Kirche in Königsberg. Nach Papier und Schrift zu urteilen, handelt es sich um ein Originaldokument, das historisch, stadt- und baugeschichtlich sowie für Klima und Meteorologie von Königsberg im 18. Jahrhundert interessant sein könnte. Der kleine Zettel macht Angaben über einen starken Sturm und Gewitter, über den Wasserstand und einen Blitzschlag in den Kirchturm, der den Brand auslöste, sowie über den Zustand der Kirche nach dem Brand, über Schriften und ‚Ornamenta der Kirche‘, die ‚unversehrt geblieben‘ und Pfeiffen der Orgel, die ‚gerettet worden‘.

Das Papier lag in dem Buch ‚Der Konflikt der modernen Kultur‘, München und Leipzig 1926, von **Georg Simmel** mit Stempel ‚Sammlung K. W. J. Albrecht, Bad Gandersheim‘. Es misst sechs mal zehn Zentimeter, ist beidseitig beschrieben und hat links eine Reißkante. Im Buch findet sich eine handschriftliche Ausführung des Besitzers **Kurt W. J. Albrecht** vom 3. August 1946, dass er aus Mangelwirtschaft das Buch eigenhändig gebunden habe. ‚Das Schicksal fügt es, dass ich mit dem Buchbindermeister **Alfred Engler** bekannt wurde, der aus Weißwasser O. L. Schlesien geflohen war. Er erteilte mir Unterricht in der Anfertigung einfacher Bucheinbände.‘ Ob dieser genannte Alfred Engler etwas mit der Herkunft des Dokumentes zu tun hat, ist jedoch nicht auszumachen. Auch sonst fehlt jeder Hinweis, wie der Zettel in das Buch gekommen ist, und wie dieses in das Antiquariat in Siegen kam, ist bisher nicht zu ermitteln.“



Originalschrift vom Dokument Bild: privat

Die handschriftlichen Zeilen auf der Vorderseite des Blattes lauten: „1747 Dezember 3.h: ist ein starker Sturm gewesen, als bey Menschendencken noch erlebt worden und das Gewässer über 9 Zoll stärker aufgeschwollen als 1718./8 h Morgens um 4 Uhr hat der erzürnete Gott sein Haus die Haberbergsche Kirche durch ein Donnerwetter in Asche geleget, denn nachdem das Gewitter in den Thurm geschlagen ist sie gantz bis auf die … (weiter auf der Rückseite) … 4 Mauern abgebrandt auch ist diese Gluth bis in die Gewölbe gedrungen und hat viele Truhen verzehret; dennoch aber sind alle Schriften so in dem Knauff des Thurms gewesen unversehrt geblieben und viele Ornamenta der Kirche und der gantzen inngleichen viele Pfeiffen der Orgel gerettet worden. Herr straff uns nicht in deinem Zorn und züchtige uns nicht in deinem Grim“.

Soweit der kurze Bericht des unbekannten Schreibers, der wohl unter den Geistlichen zu suchen ist, wie die Anrufung Gottes vermuten lässt. Vielleicht hat es der damalige Pfarrer der Haberberger Kirche geschrieben oder einer seiner Nachfolger, denn der Wiederaufbau erfolgte erstaunlich schnell: Bereits 1753 wurde das neue Gotteshaus geweiht, dessen 77 Meter hoher Turm zu den schönsten Deutschlands zählte. Es könnte sein, dass es sich in seinem „Knauff“ befand, wenn es sich tatsächlich um das Original handelt. Das werden die Historiker überprüfen, mit denen sich Herr Schmied in Verbindung setzen will. Zuerst danken wir ihm für die Mitteilung und die Kopien des Fundstückes, auch für seine weiteren Ausführungen, auf die wir noch zurückkommen werden. Sie beziehen sich auf die vielen Katastrophen, die Königsberg im 18. Jahrhundert heimsuchten: Pest, Heuschreckenplage, Feuersbrünste, die ganze Stadtteile in Schutt und Asche legten, Brückeneinstürze, Orkane, Überschwemmungen – ein wahres Horrordezennium. Doch darüber mehr, wenn wir Weiteres über das Dokument wissen. *R.G.*



ZUM 107. GEBURTSTAG

Robatzek, Auguste, geb. **Schwarmer**, aus Brodau, Schönkau, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Daus, Hilde, geb. **Arnold**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 25. Juli

Hammer, Reinhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 24. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brzoska, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 24. Juli

Lendzian-Knopf, Gerda, geb. **Lendzian**, aus Königsberg, Hippelstraße, am 29. Juni

Nadrowski, Anna, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Schätzke, Otto, aus Wosnitzen, Kreis Sensburg, am 15. Juli

Vogel, Brigitte, geb. **Rockstroh**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

Wydrinka, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 29. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buber, Ernst, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 24. Juli

Burger, Frieda, geb. **Machmüller**, aus Allenburg, Gartenstraße, Kreis Wehlau, am 23. Juli

Kretschmann, Herbert, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 25. Juni

Rauter, Dipl.-M. Hans-Joachim, aus Ebenrode, am 27. Juli

Szillat, Herta, geb. **Jonas**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. Juli

Wichert, Gertrude, geb. **Malessa**, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buchhold, Lena, geb. **Stadie**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 25. Juli

Burger, Dora, geb. **Josuttis-Siegenthaler**, aus Lyck, Bismarckstraße 36, am 26. Juli

Drescher, Erna, aus Chauken, Kreis Ebenrode, am 28. Juli

Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Hasenjäger, Hildegard, geb. **Grill**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 27. Juli

Haut, Ulrich, aus Redel, Kreis Belgard, Pommern, und aus Schlesien, am 29. Juli

Kasak, Ida, geb. **Zalewski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 27. Juli,

Künzer, Lieselotte, geb. **Bolz**, aus Ebenrode, am 24. Juli

Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli

Litzbarski, Lene, geb. **Cybulla**, Gross Schläfken, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

Otto, Hilde, geb. **Lorenzen/Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juli

Sauer, Erika, geb. **Gottschling**, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 25. Juli

Tegtmeyer, Ruth, geb. **Martinu**, aus Wehlau, Parkstraße, Kreis Wehlau, am 28. Juli

Teichert, Lena, geb. **Fischer**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 27. Juli

Weiß, Elfriede, geb. **Bartels**, aus Reinlacken, Wachlacken, Kreis Wehlau, am 24. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adler, Hildegard, geb. **Wosnitza**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

Greifenberg, Hildegard, geb. **Kukowski**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 26. Juli

Griesel, Emmi-Wanda, geb. **Brussas**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Juli

Kellmann, Frieda, geb. **Schmeling**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 29. Juli

Klein, Erwin, aus Sanditten, Zargen Vorwerk, Kreis Wehlau, am 29. Juni

Waldstätter, Otto, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 27. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomat, Willy, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 25. Juli

Bussas, Fritz, aus Ebenrode, am 23. Juli

Dischereit, Waltraud, geb. **Hufenbach**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 23. Juli

Dronzella, Anna, geb. **Baltruscheit**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 27. Juli

Ehlers, Gerda, geb. **Kaspereit**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 26. Juni

Erkwoh, Dr. Frank-Dietrich, aus Katzenblick, Kreis Samland, am 27. Juli

Friedrich, Brunhilde, geb. **Griga**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. Juli

Gesick, Heinrich, aus Sanditten, Pelohnen Vorwerk, Kreis Wehlau, am 27. Juli

Grote, Ruth, geb. **Pokatis**, aus Pillau, Kreis Samland, am 28. Juli

Holstein, Hildegard, geb. **Borowski**, aus Ortelsburg, am 27. Juli

Holzweiler, Elfriede, geb. **Balk**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 1. Juli

Krause, Hannelore, geb. **Krause**, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, am 25. Juni

Lamprecht, Irma, geb. **Thiel**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 29. Juli

Malutzki, Alois, aus Schulen, Kreis Rössel, am 19. Juli

Murach, Kurt, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 1. Juli

Prummer, Rosemarie, geb. **Sudau**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 23. Juli

Reinke, Horst, aus Schmiedehnen, Kreis Samland, am 26. Juli

Saurin, Erna, geb. **Knorr**, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 61, am 29. Juli

Schwenzfeier, Karl-Heinz, aus Damerau, Kreis Wehlau, am 30. Juni

Thurk, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 151, am 27. Juli

Wekeiser, Gustav, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 27. Juli

Windwehen, Ursula, geb. **Schindler**, aus Groß Blumenau, Kreis Samland, am 29. Juli

Wolff, Irmgard, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 29. Juli

Zimmer, Irmgard, geb. **Friedriszik**, aus Kallenau, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Block, Ewald, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. Juni

Bobrowski, Erika, geb. **Pell**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. Juli

Borchert, Heinz, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 23. Juli

Dittmer, Traute, geb. **Meckelburg**, aus Lyck, am 28. Juli

Dworak, Irma, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Juli

Ganswind, Günter, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 25. Juli

Hollstein, Lucie, geb. **Elitzko**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 27. Juni

Jebramczik, Irmgard, aus Maschen, Kreis Lyck, am 25. Juli

Juergen, Christel, geb. **Dobat**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 28. Juli

Kliß, Klaus, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 29. Juli

Knackstädt, Christel, aus Königsberg, am 27. Juli

Koebe, Herta, geb. **Kamrau**, aus Waltersdorf, und Banners, Kreis Mohrungen, am 25. Juli

Kuboteit, Irma, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 29. Juli

Mamet, Edith, geb. **Mlodoch**, Klein Sakrau, Kreis Neidenburg, am 26. Juli

Meson, Erika, geb. **Bremer**, aus Goldbach, Groß Köwe, Kreis Wehlau, am 26. Juni

Moritz, Christel, geb. **Olschewski**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 24. Juli

Müller, Heinz, aus Groß Michelau und Klein Michelau, Kreis Wehlau, am 28. Juni

Nagel, Horst, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, am 27. Juli

Orzehsek, Hans-Dieter, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli

Rimmek, Werner, aus Lötzen, am 27. Juli

Schedereit, Siegfried, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 24. Juli

Schmidt, Gerhard, aus Hallenfelde, Kreis Goldap, am 28. Juli

Schöll, Dorothea, geb. **Vogel**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 29. Juni

Sonnenberg, Gerda, geb. **Kaselowsky**, aus Pillau, Kreis Samland, am 25. Juli

Stoll, Edith, geb. **Brand**, aus Neidenburg, am 26. Juli

Weihs, Gerhard, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 27. Juli

Zander, Willy, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 27. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Blechert, Arthur, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 25. Juli

Botzek, Helmuth, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juli

Dembski, Helmut, aus Klein Lensk, Kreis Neidenburg, am 24. Juli

Domnik, Bruno, aus Neidenburg, am 25. Juli

Frischat, Prof. Dr. Günther, aus Treufelde, Kreis Schloßberg /Pillkallen, am 18. Juli

Kensy, Richard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli

Müller, Helga, geb. **Bechler**, aus Königsberg, Kreis Samland, am 28. Juli

Neufeind, Hannelore, geb. **Roesler**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 24. Juli

Stößel, Hanna, geb. **Luick**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 25. Juli

Strothteicher, Helga, geb. **Dufke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 23. Juli

Wachs, Helga, geb. **Krzysanowski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Weber, Erika, geb. **Schneider**, aus Schellendorf, Kreis Schloßberg, am 29. Juli

Zanft, Rudi, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 27. Juli



Birth, Alfred, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil und Frau Hilde, geb. **Kreft**, aus Wunstorf, am 25. Juli



Rehsa, Willi aus Surren, Kreis Johannisburg, und Frau Liesbeth, geb. **Kolokowski**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Agnes Miegel Buch ist wieder lieferbar:

Der Tagungsband „Agnes Miegel. Ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit. Mosaiksteine zu ihrer Persönlichkeit" ist wieder lieferbar!

Das Buch kann nur über die Agnes-Miegel-Gesellschaft bestellt werden, Telefon (05723)-917317 oder E-Mail: post@agnes-miegel-gesellschaft.de. Der Preis beträgt 19,80 Euro. Informationen über den Inhalt und die Hintergründe zu dem bewegten Schicksal dieses Buches erfahren Sie im Internet unter der Adresse www.agnesmiegel.wordpress.com in der Rezension des Historikers Prof. Dr. Paul Leidinger, zu dessen Schwerpunkten die deutsche Zeitgeschichte gehört.

Marianne Kopp (Hg.), Agnes Miegel. Ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit. Mosaiksteine zu ihrer Persönlichkeit, Münster 2011, 142 Seiten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 21. Juli, 20.15 Uhr, WDR: Der Baader Meinhof Komplex (1–2). Politdrama über die erste Generation der RAF.

SONNTAG, 22. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 22. Juli, 10.45 Uhr, hr: Katharina die Große: Auf dem Gipfel der Macht. Dokudrama.

SONNTAG, 22. Juli, 15.30 Uhr, 3sat: Jagd auf Schmuggler. Dokumentation.

SONNTAG, 22. Juli, 16.30 Uhr, SWR: Die Küste der Ostsee – Baltikum und Polen.

SONNTAG, 22. Juli, 21.15 Uhr, N24: Auf der Suche nach Hitlers Leichnam.

MONTAG, 23. Juli, 21.55 Uhr, arte: Don Carlos. Inszenierung von Jette Steckel am Hamburger Thalia Theater.

MONTAG, 23. Juli, 19.15 Uhr, Phoenix: Hildegards Enkel – Das Erbe der Hildegard von Bingen. Dokumentation.

MONTAG, 23. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: U-Boot-Krieg im Atlantik. Dokumentation.

DIENSTAG, 24. Juli, 20.15 Uhr, arte: Big Bang im Labor – Vom Urknall zum modernen Menschen. Dokumentation.

DIENSTAG, 24. Juli, 22.05 Uhr MDR: Honeckers Flucht – Das Ende eines Kommunisten.

DIENSTAG, 24. Juli, 23.55 Uhr, 3sat: Rennen statt schlemmen. Der Kampf gegen den Zucker. Dokumentation.

MITTWOCH, 25. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Don Giovanni. Dramma giocos von W. A. Mozart aufgeführt vom Stuttgarter Staatsorchester und vom Staatsopernchor Stuttgart.

MITTWOCH, 25. Juli, 23.40 Uhr, ARD: Wegelagerer und Wichtigtuer. Wie die „Spiegel-Affäre" die Republik veränderte.

MITTWOCH, 25. Juli, 0.45 Uhr, ZDF: Das Zypern-Puzzle. Doku über Erlebnisse auf Europas verrücktester Insel.

DONNERSTAG, 26. Juli, 21 Uhr, ZDF-Info: ZDF History. Gold um jeden Preis. – Sport im geteilten Deutschland.

DONNERSTAG, 26. Juli, 22.15 Uhr, Phoenix: Die unbequeme Wahrheit über unsere Ozeane.

DONNERSTAG, 26. Juli, 23 Uhr, RBB: Geheimsache Ghettofilm. Doku über Propagandabilder aus dem Warschauer Ghetto.

FREITAG, 27. Juli, 16.05 Uhr, 3sat: Große Freiheit Nr. 7. Melodram mit Hans Albers.

FREITAG, 27. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Von Kamen nach Corleone. Doku über die Ausbreitung der italienischen Mafia.

FREITAG, 27. Juli, 21.15 Uhr, NDR: Kiffen, klauen, zustechen. Jugendgewalt in Hamburg-Billstedt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

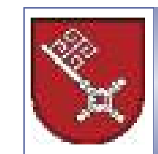
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Busfahrt von Montag, 24. bis Sonntag 30. September. – Zum Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am 29. September in Schwerin plant die Memellandgruppe Mannheim zusammen mit der Landesgruppe der Ostpreußen in Baden-Württemberg eine Busfahrt. Reiseablauf: Montag, 24. September: von Stuttgart und Mannheim nach Schwerin. Dienstag: zur freien Verfügung. Mittwoch: Fahrt nach Bad Doberan, Rostock und Warnemünde. Donnerstag: Fahrt zum Müritz-Kölpin- und Plauersee. Freitag: Fahrt nach Wismar und Umgebung. Sonnabend: Teilnahme am Ostpreußentreffen. Sonntag, 30. September: Rückfahrt. Der Fahrpreis inklusive aller Rundfahrten, 6 Ü/F im Doppelzimmer und 5 Mal Halbpension beträgt zirka 470 Euro. Anmeldungen bei: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, E-Mail: Uwe.Jurgsties@gmx.de oder Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich @web.de.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Juli, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Sommerfest.

Metzingen – Ausflug der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen und Pommern zum ältesten Freilichtmuseum Baden-Württembergs – Die Sonntagstour mit dem Bus ging in den Schwarzwald über Freudenstadt, durch das Wolfachtal, Schapach, Wolfach, Gutach und Triberg. Das älteste Freilichtmuseum Baden-Württembergs, der Schwarzwälder Vogtsbauernhof mit weiteren Bauernhöfen und Deutschlands höchsten Wasserfällen in Triberg war das Ziel. Das Wetter machte nicht mit, tiefhängende Wolken mit Regen verfolgten den Bus kilometerweit, hatte doch ein nächtliches Gewitter die Hitze des Vortages abgelöst. Der Vorsitzende Heinz Scheffler erfasste bei seiner Begrüßung mit launigen und zuversichtlichen Worten die gewittrige Situation. So konnte das zweite Frühstück nicht traditionell an einem besonders hübschen Platz stattfinden. Sonst wird „Tischlein deck dich“ geboten mit belegten Brötchen und sauren Gurken, Kuchen, warmen und kalten Getränken und guten Gesprächen. Das „wird nuscht“ stand fest, also wurde improvisiert und im Bus serviert. Schlechte Stimmung kam nicht auf, waren doch später im Freilichtmuseum nicht nur tiefhängende Wolken, sondern auch ab und zu ein Sonnenstrahl zu entdecken. Die alten Schwarzwälder Höfe versetzten die Besucher in eine andere Zeit. Sie stellen das Leben, Wohnen und Arbeiten der Menschen im Schwarzwald in den letzten Jahrhunderten dar. Ergänzt werden die Bauernhäuser durch zahlreiche Funktionsgebäude wie Mühlen, Speicher, Backhäuser und Sägen. Außerdem werden Bauernhoftiere alter Rassen gehalten. Der Vogtsbauernhof selbst steht seit 1612 an dieser Stelle. Im Laufe der Jahre kamen weitere Bauernhöfe hinzu, die an ihrem ursprünglichen Standort abgebaut und im Museum Vogtsbauernhof wieder aufgebaut wurden. Umgeben von bewaldeten Bergen und grünen Wiesen wirkten die alten dunklen Bauernhäuser mit ihrem knallroten Blumenschmuck in den tiefhängenden Wolken, ab und zu bestrahlt von einzelnen Sonnenstrahlen, märchenhaft schön. Viel Gesprächsstoff gab es beim gut organisierten Mittagessen. Triberg liegt in einer tief eingeschnittenen Tallage an der Deutschen Uhrenstraße. Die Wanderung zu den Triberger Wasserfällen wurde witterungsbedingt fallen gelassen, dafür wurden in der von Tourismus geprägten Hauptstraße die Läden mit Kuckucksuhren und natürlich Cafés angesteuert. Gemütlich wurden Schwarzwälder Spezialitäten genossen, egal ob Kaffee mit Schwarzwälder Kirschtorte oder Vesper mit Schinken und Schnäpsle. So wurde bei diesem regnerischen Tag die richtige Balance zwischen Ziel mit der Gemeinschaft und Entdecken der Eindrücke im Alleinsein gefunden.

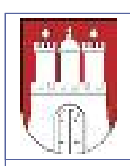
Stuttgart – Dienstag, 24. Juli, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92, Großer Saal, EG: **„Friedrich der Große als Förderer der Musikkultur in Preußen“. Vortrag und Konzert.** Um Friedrich den Großen als Förderer der Musikkultur in Preußen geht es bei dem Vortrag. Noch bevor er preußischer König wurde, meinte Friedrich, dass nichts einem Reich mehr Glanz gebe als die Künste. Die Berliner Kulturwissenschaftlerin Claudia Terne erläutert, wie und warum Friedrich der Große als Regent die Künste an seinem Hof förderte. „Musik am Hofe Friedrichs des Großen“ ist der Titel eines Konzertes, das sich an den Vortrag anschließt. Werke Friedrichs des Großen, seines Hofkapellmeisters Carl Heinrich Graun und seines Flötenlehrers Johann Joachim Quantz stehen unter anderem auf dem Programm. Es spielt das Malinconia-Ensemble Stuttgart unter der Leitung von Helmut Scheunchen. Der Eintritt ist frei. Das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen: Stadtbahnlinien U 2, U 9, Buslinie 41: Haltestelle Schloss-/Johannesstraße, S-Bahn: Feuersee.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 27. Juli: kein Treffen wegen Sommerpause. – Freitag, 10. August: Bederkesa-Fahrt der PL Bremerhaven. Teilnahme anderer Landsmannschaften nach Anmeldung möglich und erwünscht.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 11. August, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Achtung Änderung: Restaurant/Café „Prinzess“, Alsterdorfer Straße 572, unweit S- und U-Bahnstation Ohlsdorf: **Sommerfest der Landesgruppe,** Referat Kultur. Zu Beginn wird der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel Aktuelles aus Ostpreußen berichten. Er war im Juni dieses Jahres dort und besuchte auch die Städte Allenstein und Königsberg. Anschließend singen die Versammelten mit dem LAB-Chor unter der Leitung von Dieter Dziobaka (Gumbinnen) „Land der dunklen Wälder“ und heimatliche Volkslieder. Von 15 bis 15.30 Uhr Plachandern bei Kaffee und Kuchen. Nach der Kaffeepause wird der LAB-Chor mit „Oldis“ humorvoll an die Jugendzeit der Teilnehmer erinnern. Auch mit Literatur und Spaßvorträgen (ostpreußischer Art) wird es lustig werden. Es darf gelacht werden; denn „ein bisschen Spaß muss sein“. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Die Veranstaltung leitet der Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 27. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Treffen der Frauengruppe. Thema „Der alte Fritz und der Kartoffelanbau“.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin“, Fohmestraße 123. Im Juli ist jedoch kein Monatstreffen. – Mittwoch, 1. August: Sommerfest mit kulturellem und musikalischem Programm. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Informationen und Anfragen bei Manfred Samel, Telefon und Telefax (040) 587585.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Dillenburg – Mittwoch, 29. August. 15 Uhr, Dillenburger Cafe Eckstein: Nächste Monatsversammlung. Dann wird Hans-Joachim Naujoks über Schule und Kultur in Gumbinnen, von den Anfängen bis zur Vertreibung sprechen. – Bei der **letzten Monatsversammlung** ging es bei dem Referat von Lothar Hoffmann um die Beseitigung der Hochwassergefahren an der Weichsel im 19. Jahrhundert. Die Unterlagen dazu hatte er aus dem Buch „Ostdeutsche Gedenktage“ entnommen. Jedes Jahr nach der Schneeschmelze treten viele Flüsse über die Ufer: in Süddeutschland die Donau, im Westen Rhein und Mosel, im Nordosten Weichsel und Memel. Hermann Sudermann hat in seiner Erzählung „Der Schaktarp“ solch eine Überschwemmung anschaulich geschildert. Ausgelöst wird dieses Ereignis meist, wenn in einem strengen Winter der Fluss bis zur Mündung zufriert, oft meterdick. Setzt dann Tauwetter ein und das Eis bricht auf, so werden die Eisschollen vom strömenden Wasser aufgestaut und bilden eine Barriere, sodass nichts mehr abfließen kann. Seit im 14. Jahrhundert das Weichselgebiet besiedelt worden war, hatte man das Mündungsgebiet durch zahlreiche Entwässerungs- und Eindeichungsmaßnahmen gebändigt, doch gab es immer wieder Deichbrüche und Überschwemmungen mit starken Verlusten an Menschen, Vieh und Gütern. Solch ein Ereignis trat in der Nacht zum 1. Februar 1840 ein. Seit Anfang Dezember 1839 herrschte starker Frost, die Weichsel war bis Thorn und Krakau zugefroren. Als dann im Januar 1840 Tauwetter einsetzte, kam das Eis in Bewegung. Da Nogat und Elbinger Weichsel, die östlichen Mündungsarme, bereits mit Eis bedeckt waren, drängten die Wassermassen in die Danziger Weichsel und stauten sich, sodass sich die Weichsel, knapp 10 Kilometer von der Mündung entfernt, zwischen den Dörfern Bohnsack und Neufähr einen Durchbruch verschaffte. Die Nehrung ist dort nur einen Kilometer breit. Vom Dorf Neufähr wurden acht Häuser fortgerissen, Menschen und Vieh kamen glücklicherweise aber nicht zu Schaden. Das Wasser strömte etwa eine Woche lang in die Ostsee, ehe neuer Frost einsetzte. Für die Stadt Danzig wirkte sich der Durchbruch günstig aus, weil die untere Weichsel zwischen Neufähr und Neufahrwasser zu einem toten Arm wurde und es nicht mehr so oft Eisgang und Überschwemmungen gab. Die Elbinger Weichsel allerdings versandete im Laufe der nächsten Jahre immer mehr und war deswegen nicht schiffbar. Das wirkte sich zum Nachteil für die Schifffahrt, zum Beispiel nach Königsberg, aus. Deshalb wurde in den Jahren 1845 bis 1850 bereits durch das Große Werder der Weichsel-Haff-Kanal gebaut. Alle Sicherungsmaßnahmen konnten aber die Gefahr von Eisgang und Hochwasser nicht vollständig beseitigen. Man blieb nicht bei Instandsetzungen und Ausweichlösungen, sondern per Gesetz von 1888 wurde eine Regulierung der Weichselmündung in Angriff genommen, die mit dem sieben Kilometer langen Durchstich der Nehrung bei Schiewenhorst endete. Die Arbeiten daran dauerten von 1890 bis 1895. Dadurch sollte eine Mindestwassertiefe der Weichsel erreicht werden. Die Kosten beliefen sich auf insgesamt 20 Millionen Mark. Die Bauausführung lag in der Hand einer einzigen Firma. Außerdem wurde viel Arbeitsgerät, das beim Bau des Nordostsee-Kanals (1887–1895) gebraucht worden war, nach Osten geschafft. Dieser Durchstich zwischen Schiewenhorst und Nickelswalde verkürzte den Weichsellauf um zehn Kilometer. Die Strombreite erweiterte sich auf 400 Meter. Bereits im November 1894 konnte das Wasser in das neue Bett eingelassen werden. Der Durchstich zur Hauptweichsel erfolgte nach dem Eisgang am 31.März 1895. Am nächsten Morgen schon hatte die Strömung des Hochwassers den Leitgraben auf 300 Meter erweitert. Im Sommer 1895 wurden dann die alten Stromarme in Richtung Danzig und Frisches Haff verschlossen und durch Schleusenanlagen gesichert. Die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Weichsel wurde entscheidend gehoben. Die Gefahren für die Niederungsgebiete waren dadurch dauerhaft beseitigt.

Gießen – „Neuanfang der Königsberger Diakonissen nach 1945“ war das Thema der Referentin und 1. Vorsitzenden der Kreisgruppe Gießen, Erika Schmidt. Diakonie ist helfender Dienst im evangelischen Glauben. 1850 war die Gründung des Krankenhauses der Barmherzigkeit in Königsberg/Preußen. Eine entscheidende Entwicklung war, dass ostpreußische Familien ihre Töchter zur Ausbildung für Krankenpflege anmelden konnten. Die Ausbildung dauerte fünf Jahre. Das Krankenhaus hatte anfangs 20 Betten. Während des Krieges 1914/18 waren bereits 418 Schwestern zur Pflege von Verwundeten eingesetzt. 1925 betrug die Zahl der Schwestern 949 Personen, die auf 300 Außenplätzen tätig waren. 1931 entstand in Königsberg ein Neubau des „Krankenhauses der Barmherzigkeit“ mit modernster medizinischer Ausstattung. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Krankenhaus als Lazarett genutzt. Als die Russen als Sieger die zerschossenen und zerbombte Stadt besetzten, plünderten sie, was noch übrig war. Auch für das Krankenhaus der Barmherzigkeit gab es kein Erbarmen. Labors, Instrumente, Verwundete und Schwestern, nichts und keiner waren vor ihnen sicher. Eine große Anzahl Schwestern, die zu Tode kamen, wurden in einem Massengrab im Garten der Klinik beigesetzt. Bis 1948 blieben 88 Diakonissen in Königsberg und arbeiteten für die Russen. Dann wurden auch sie ausgewiesen. Eine Sammelstelle in Berlin brachte für diese Schwestern neue Verwendung. Man entschied sich für Kloster Altenberg. Hier wurde Aufbauarbeit geleistet. Ein Brand vernichtete 1952 die Klostergebäude. 1955 wurde das neue Mutterhaus der Barmherzigkeit eingeweiht. Die alten Schwestern verblieben im Mutterhaus, die arbeitsfähigen Schwestern übernahmen Pflegedienste im städtischen Krankenhaus Wetzlar, in Altenheimen, in Gemeinden sowie im Kinderheim Albshausen. Es entstand ein Schwesternwohnheim sowie eine Pflegeschule, diese entwickelte sich zur zweijährigen Berufsfachschule. Schwester Helga machte die Ausbildung als Hauswirtschaftsmeisterin und lehrte in der Fachschule das Fach „Helferin in der Hauswirtschaft“. Schwester Charlotte leitete in der Gießener Paulusgemeinde Seminare für „Häusliche Krankenpflege“. Die Königsberger Diakonie ist Träger von vier Alten- und Pflegeheimen in Wetzlar, Braunfels und Hüttenberg und betreut zirka 300 pflegebedürftige Menschen. In der hauseigenen Fachschule ausgebildete Kräfte arbeiten in den Fächern Hauswirtschaft, Krankenpflege und Altenbetreuung. Es war ein langer schmerzhafter Weg vom „Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg/Preußen“ bis zum Mutterhaus auf Altenberg der Königsberger Diakonie.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

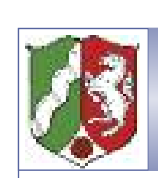
Oldenburg – Bericht über den Ausflug am 11. Juli. – Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs begab die Gruppe sich am 11. Juli auf eine Kulturfahrt zum „Museum Ostdeutsche Heimatstube“ Bad Zwischenahn. Dort ist zurzeit eine Ausstellung des Westersteder Gymnasiums über deren Schüleraustauschprojekte mit Schulen in Litauen, Lettland und Polen zu sehen. Einer der ausführenden Lehrer, Uwe Riegel, führte die Teilnehmer in die Ausstellung ein. Außerdem konnten viele Landsleute dieses ostdeutsche Heimatmuseum, welches ihnen von der anwesenden Museumsleitung erläutert wurde, zum ersten Mal besichtigen. Kaffee und Kuchen im selben Haus ersparte der Gruppe den Aufenthalt bei regnerischem Wetter draußen. Und trotzdem nutzten viele die letzte Stunde noch zu einem Bummel durch Bad Zwischenahn. – Im August ist Sommerpause. Rechtzeitig zum September lädt die Gruppe wieder zu ihren Veranstaltungen ein.

Osnabrück – Dienstag, 31. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 2. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.10 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Probe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Fahrt der Frauengruppe: Die Frauengruppe der LM Ost-und Westpreußen veranstaltet seit vielen Jahren eine interessante Nachmittagsfahrt zwecks Kennenlernen interessanter Burgen, Schlösser und kultureller Einrichtungen in verschiedenen Städten. Auch dieses Jahr wird am Mittwoch, 12. September das Treffen im Hause Ratibor entfallen, wo sich die Gruppe jeden zweiten Mittwoch im Monat trifft. Auf die Gruppe wartet ein Kaffeetrinken in einer schönen Einrichtung. Das Ziel der „Fahrt ins Blaue" wird Frau Pelka im Bus bekanntgeben. Diese jährlichen Fahrten erfreuen sich immer reger Beteiligung, was die Leitung der Frauengruppe stets aufs Neue ansporn, neue Ziele zu suchen. Anmeldungen bei Anna Pelka, Telefon (0214) 95763. – Jeden Freitag, 13 bis 19 Uhr, Haus Ratibor: Probezeit der Kulturgruppen, der Volkstanzgruppe „Die flotten Marjellchen und Bowkes" der LM Ost- und Westpreußen mit Beteiligung der Mitglieder aus verschiedenen Regionen unter Leitung von Christa Mehlmann und des Chores „Heimatmelodie", BdV, unter Leitung von Max Murawski mit Beteiligung der Deutschen aus Russland und anderer LM wie auch aus der neuen Heimat. Man könnte es mit Agens Miegels Worten sagen: „Lass es uns zum Segen sein, nicht zum Fluch." – Bericht vom Sommerfest: Die LM Ost- und Westpreußen feierte am 23. Juni im Hause Ratibor mit über 100 Gästen ihr jährliches traditionelles Sommerfest mit Beteiligung der Tanzgruppe „Die flotten Marjellchen und Bowkes", der Laiengruppe der LM, der musikalisch begabten Mitglieder und der vielen Helfer in jeder Form. Es war ein fröhliches Fest und ein harmonisches Beisammensein mit Kaffeetrinken und Abendessen. Die Gruppe dankt allen, die gekommen sind. Sie hat sich über jeden bisher fremden Gast gefreut. Der Kulturstadt Leverkusen dankt die Gruppe für die finanzielle Hilfe.

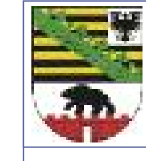
Neuss – Donnerstag, 2. August, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

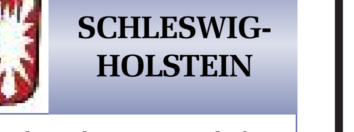


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Dienstag, 7. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

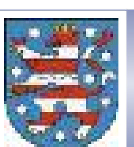




SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Neumünster – Sonnabend, 5. August, ab 10.30 Uhr, Kiek Inn: Tag der Heimat. 13.30 Uhr: Andacht. 13.45 Uhr: Kultureller Teil, gestaltet von den Nieder- und Oberschlesiern. 17 Uhr: Ende der Veranstaltung.





THÜRINGEN

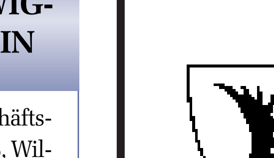
Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Donnerstag, 9. August, 14 Uhr, RV Schmalkalden, Klub der Volkssolidarität, Kanonenweg 5: Heimatnachmittag der Kreisgruppe Ost- und Westpreußen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Anzeige

Von Heimat zu Heimat





Erika Samland

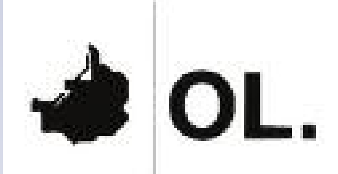
geb. Geisler

∗ 2. 12. 1914 † 5. 7. 2012

Sie lebt in uns weiter.

Familie Dr. Olaf Samland

Königsberg/Pr. – Erkrath



Am vergangenen Sonnabend hat das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg sein 25-jähriges Bestehen gefeiert. Unter den rund 200 Gästen, die sich im Fürstensaal des Lüneburger Rathauses zu einem festlichen Empfang versammelt hatten, konnte Museumsdirektor Joachim Mähnert den Oberbürgermeister der Hansestadt, Ulrich Mädge, den niedersächsischen Kultusminister Bernd Althusman, Staatssekretär Josef Lange vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Ingeborg Berggreen-Merkel, Stellvertreterin des Kulturstaatsministers im Bundeskanzleramt, sowie zahlreiche Bundestags- und Landtagsabgeordnete und Ratsmitglieder begrüßen. Das Ostpreußische Landesmuseum ging 1987 aus dem Ostpreußischen Jagdmuseum hervor. Es ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte Ostpreußens und deren Bedeutung für Deutschland und Europa in Gänze thematisiert. Die Festredner sparten nicht mit Anerkennung für das in einem Vierteljahrhundert Erreichte und lobten das Haus als wichtigen Bestandteil der Museumslandschaft.

Ein ausführlicher Bericht über das Museum und die Festveranstaltung folgt in der nächsten Ausgabe der PAZ. *J.H.*

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

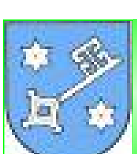
Der **Allensteiner Heimatbrief** ist seit 1948 wohl das wichtigste Bindeglied der ehemaligen Bewohner und jetzigen Freunde Allensteins. Sein diesjähriges Sommerheft ist rechtzeitig vor den großen Ferien herausgekommen. Es enthält wiederum schöne Fotos von Ermland und Masuren und seiner Hauptstadt. Nicht nur für den Historiker interessant sind die Berichte über die „Chronik der Königlichen Ostpreußischen Stadt Allenstein" vor 100 Jahren, über die Grundsteinlegung zum Neuen Rathaus und über den in Allenstein geborenen visionären Architekten Erich Mendelsohn. Persönlichen Bezug zu manchen Lesern haben die Berichte über den großen Dirigenten Günter Wand, der seine Karriere 1934 am Treudank-Theater in Allenstein begann, über den Zeichenlehrer und Maler H. B. Nern und über die Bildhauerin Annemarie Suckow von Heydendorff. Aktuell ist auch der Artikel von Jan Heitmann zum 100. Geburtstag Friedrich des Großen, den unsterblichen König. Mit Frohsinn zu lesen sind die Geschichten von Eva M. Sirowatka (Beim Fischer am Ustrichsee), von Arno Surminski (Das dreizehnte Ferkelchen und Die masurische Eisenbahnreise), von Heinz-Georg Podehl (Das Märchen von der Witwe) und von Georg Hermanowski (Die Ringeltaube). Einige Gedichte und Leserbriefe erfreuen ebenso wie persönelle Nachrichten, auch wenn diese von Nachrufen leider nie verschont bleiben. Das Programm zum 57. Jahrestreffen vom 14.-16. September in Gelsenkirchen wird hoffentlich die Leser des Heimatbriefes ermuntern, auch bei der zweiten Säule der Stadtgemeinschaft Allenstein aktiv zu werden. Es wäre auch ein kleines Dankeschön für die aktiven Heimatgeber des gelungenen Sommerheftes, der Nr. 253 des Allensteiner Heimatbriefs.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Einladung zur Mitgliederversammlung und Kreistreffen der ehemaligen Bewohner des Kreises Niederung/Elchniederung vom Freitag, 14. bis Sonntag, 16. September im Hotel Esplanade Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110. Am Freitag, 14. September ist das Tagungsbüro ab 14 Uhr geöffnet. Ab 16 Uhr können Filme aus der Heimat angesehen werden. Um 14 Uhr findet außerdem die Delegierten-Versammlung statt. Sonnabend, 15. September: Eröffnung des Tagungsbüros ab 9 Uhr; Beginn der Film-Vorträge ab 10.30 Uhr. Außerdem können mitgebrachte Bilder zum Einscannen abgegeben werden. Nach mehreren Vorträgen und Wahlen für die Kirchspiel-Vertretungen ist gemütliches Beisammensein und Plachandern angesagt. Ab 19 Uhr wird musikalische Unterhaltung geboten. Am Sonntag, 16. September, ist ein Besuch des „Agnes-Miegel-Hauses" in Bad Nenndorf oder eines evangelischen Gottesdienstes in Steinhude möglich. Mittelpunkt unseres Kreistreffens ist das Hotel Esplanade in Bad Nenndorf. Hier werden Bildbände, Bücher, Heimatbriefe und Kartenmaterial zum Kauf angeboten. Hier spielt sich das Treffen ab zwischen alten und neuen Freunden. Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Kommen und erwarten Sie!

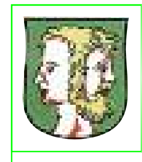


GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Einladung zum Hauptkreistreffen – Zu unserem diesjährigen Hauptkreistreffen laden wir alle Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen am 29./30. September nach Bad Nenndorf ein. Wir treffen uns dort im Hotel Esplanade, das direkt am Kurpark gelegen ist. Für beide Tage ist ein abwechslungsreiches Programm vorbereitet. Ein Höhepunkt dürfte der multimediale Vortrag von Hermann Pölking-Eiken am Sonnabend sein. Der Bremer Dokumentarfilmer und Autor stellt sein neues Buch „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" vor. Zudem freuen wir uns, dass sich der bekannte Fernsehmoderator („heute-journal") und Journalist Wolf von Lojewski bereit erklärt hat, am Sonntag in der Feierstunde die Festrede zum Thema „Von der Sehnsucht nach Heimat" zu halten. Seine Mutter kommt aus Posegnick im Kreis Gerdauen, wo er selbst auch aufgewachsen ist. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen, beziehungsweise darauf, Sie in Bad Nenndorf kennenzulernen! Programm: Sonnabend, 29. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Verkaufsstand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan, ab 11 Uhr Infostand Familienforschung / GIRDAWE, Ansprechpartner: Klaus Christeleit, 9.30 bis 11 Uhr: Kreistagssitzung, 11.30 Uhr: Begrüßung. Im Laufe des Tages: Möglichkeit zum Entdecken des Kurparks mit seinen 35 Stationen bei einem individuellen Spaziergang (Näheres im Faltblatt an der Kasse), Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern, 14 bis 14.45 Uhr: GIRDAWE – Mehr als Familienforschung (Unsere Ziele und ihre Verwirklichung); Vortrag von Klaus Christeleit, Kerpen. 15 bis 16.30 Uhr: Hermann Pölking-Eiken, Dokumentarfilmer und Autor aus Bremen, stellt in einem multimedialen Vortrag sein neues Buch „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" vor. 18.30 Uhr: Begrüßung und gemeinsames Abendessen. 20 bis 23 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen); Musikalische Begleitung: Kasimir Tarnowski. Sonntag, 30. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Verkaufsstand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan, Infostand Familienforschung / GIRDAWE – Ansprechpartner Klaus Christeleit. 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade (Musikalischer Rahmen: Kasimir Tarnowski), Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte, Festrede Wolf von Lojewski, Geistliches Wort und Totengedenken (Pastorin Regina Ellmer), Schlusswort des Kreisvertreters, Gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes, 14.30 Uhr: Möglichkeit zur Teilnahme an einer Führung „Schlamm – Schwefel – Sole, die natürlichen Heilmittel in Bad Nenndorf" (eine bis anderthalb Stunden, Treffpunkt: Foyer der Wandelhalle, Veranstalter Kur- und Tourismusgesellschaft, Teilnahmegebühr: 2,50 Euro pro Person). Die Gästeführerin in Tracht der Badefrau erklärt die Entwicklung des Heilbades von der Steinwanne bis hin zur modernen Badetechnik





LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreisausschussmitglied Heidi Mader in der Heimat. – Heidi Mader, Jahrgang 1964, ist die Tochter des verstorbenen, verdienstvollen Bezirksvertreters von Stradaunen, Heinz Klede. Seine Nachfolgerin ist sie seit dem 6. März 2007. Kreisvertreter Gerd Bandilla legt großen Wert darauf, dass auch die zweite Generation die Bindung zur Heimat nicht verliert. Vor wenigen Wochen weilte Heidi Mader mit ihrem Ehemann Michael in der Heimat. Über ihre Reise hat sie folgenden Bericht verfasst: Am 16. Juni sind wir nach langer Anreise bei Jarek und Beata in Zeysen angekommen, erst mal tief Luft holen, runter an den See und die Seele baumeln lassen. Als Kreisausschussmitglied und Bezirksvertreterin von Stradaunen hatte ich auch einige offizielle Dinge zu erledigen. Erst mal wollte ich mir die zu meinem Bezirk gehörenden Orte ansehen, da ich das Amt kurzfristig übernommen habe und seitdem das erste Mal wieder in Ostpreußen war. Zu meinem Bezirk gehören: Großschmieden, Klein Rauschen, Seefrieden, Schwarzberge, Wellheim, Zeysen und natürlich Stradaunen. Letztes Jahr wurde von der Kreisgemeinschaft Lyck die Einfriedigung auf dem Stradauner Friedhof vorgenommen, dies wollte ich natürlich auch begutachten. Die Einfriedigung ist wunderbar, leider der Friedhof selbst nicht, sehr viel Kraut, die Grabstellen teilweise verfallen und abgesackt, teilweise überwuchert. Dieser erbarmungswürdige Zustand muss geändert werden, ich habe mich am Wasserturm mit der 1. Vorsitzenden der deutschen Minderheit, Irena Szubzda, verabredet. Da ich außer „Guten Tag", „danke", „bitte" und „Auf Wiedersehen" kein Wort polnisch spreche, brauchte ich einen Dolmetscher, der mit mir zum zuständigen Bürgermeister ging. Der Dolmetscher war schnell gefunden und los ging es, Termin hatten wir keinen, aber haben das Beste gehofft. Wir wurden sehr freundlich von der Sekretärin des Bürgermeisters empfangen und schilderten unser Anliegen. Sie versicherte uns, dass es im Herbst finanzielle Mittel gibt, um den Friedhof wieder in einen sehenswerten Zustand zu versetzen, sodass die Arbeiten Ende des Jahres beginnen können. Außerdem habe ich zu verschiedenen offiziellen Stellen Briefe gebracht, am Wasserturm bei der deutschen Minderheit nette Gespräche geführt und mich wie immer sehr wohl gefühlt in der Heimat meines Vaters.



MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462)2452. Geschäftsstelle Lothar Gräf, Dr. Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570.

Der geschäftsführende Vorstand berichtet. – Am 2. März dieses

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

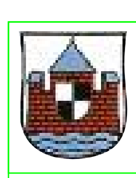
Jahres hatten wir in Gießen die alljährliche Kassenprüfung und eine Kreisausschusssitzung. Die Kassenprüfung ergab keinerlei Beanstandungen. Es haben neben der Kassenprüfung und der Kreisausschusssitzung auch Sortier- und Aufräumarbeiten im Archiv stattgefunden. In den drei Tagen hat das neue Archiv unter Leitung von Frank Panke und Erhard Wiedwald eine neue Struktur erhalten. Vieles ist jetzt schon übersichtlicher geworden. Es wird daran gearbeitet, ein sogenanntes „Findbuch" zu erstellen. Der Besucher hat dann bessere Möglichkeiten Recherchen und Ahnenforschung zu betreiben. Ferner war auch eine Abordnung der Kreisgemeinschaft Gisela Harder, I. Tkacz, F. Panke, E. Wiedwald und W. Warnat zu einem Gespräch von den Vertretern der Patenstadt Gießen Frau Eibelshäuser und Herrn Heidl empfangen worden. Gesprächsthemen waren die Neugestaltung der Vereinbarung vom 21. März 1978 und Archiv zwischen der Patenstadt Gießen und der Kreisgemeinschaft Mohrungen. Frau Eibelshäuser äußerte, dass die finanzielle Lage immer schwieriger wird, aber trotzdem soll die Kreisgemeinschaft Zuwendungen erhalten. Dieses wird der Kreisgemeinschaft schriftlich mitgeteilt. Weiterhin wurde vom Schatzmeister F. Panke die Miete für das neue Archiv in der Rodheimer Straße 33, angesprochen. Auch hier versprach Frau Eibelshäuser in der Immobilien-Abteilung Nachfrage zu halten. Danach werden wir informiert. Am 22. April ist unser langjähriges Kreisausschuss- und Kreistags-Mitglied Siegfried Krause nach schwerer Krankheit verstorben. Seit 1998-2004 war Siegfried Krause Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Mohrungen. Für seine langjährigen Verdienste erhielt Siegfried Krause das „Goldene Ehrenzeichen" der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. Es ist ein großer Verlust für die Kreisgemeinschaft. Am 2. Juni 2012 feierte der Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder" ihr 20-jähriges Bestehen und zugleich das Sommerfest. Von der Kreisgemeinschaft nahmen daran teil: Gisela Harder, stellvertretende Kreisvertreterin und zugleich Betreuerin der Herder-Gruppe, sowie der Geschäftsführer Lothar Gräf mit seiner Frau. In dieser Zeit wurden auch Bruderhilfegelder an die bedürftigen deutschstämmigen Personen im Kreis Mohrungen ausbezahlt. Das diesjährige Mohrunger Heimatkreistreffen findet am 18. und 19. August im Grandhotel Esplanade/Restaurant L' ORANGERIE in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, statt. Wir laden alle Landsleute und Heimatfreunde dazu herzlich ein. – Am 17. August finden die Kreisausschuss- und Kreistagssitzungen statt. Die Mitglieder des Kreisausschusses- und Kreistages werden schriftlich benachrichtigt. Für die Wahl des 8. Kreistages in 2013 ist der Ablaufplan durch den Geschäftsführer Lothar Gräf vorbereitet worden und alles Weitere wird auf der Sitzung in Bad Nenndorf behandelt und beschlossen. Wir wünschen allen Landsleuten und Heimatfreunden eine schöne Sommerzeit und freuen uns auf das Wiedersehen mit Ihnen in Bad Nenndorf.



OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Straße 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Abgunst 1, 37512 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Einladung zur Mitgliederversammlung 2012 – Die Kreisgemeinschaft lädt ihre Vereinsmitglieder ein zur Mitgliederversammlung am Sonnabend, 15. September, 14 Uhr, Deutsches Haus in Osterode Ostpreußen [Ostroda] im Zusammenhang mit ihrem diesjährigen Hauptkreistreffen. Tagesordnung: 1. Eröffnung, 2. Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 10. September 2011 in Osterode am Harz. 3. Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisvertreters. 4. Entgegennahme der Jahresrechnung 2011. 5. Bericht der Rechnungsprüfer. 6. Entlastung des Vorstandes. 7. Neuwahl des Vorstandes. 8. Neuwahl der Rechnungsprüfer. 9. Verschiedenes.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Neustädtische Schule – Die Schulgemeinschaft der „Neustädtischen" trifft sich zu ihrem diesjährigen Schultreffen vom 6. bis 9. August in Hermannsburg. Zimmer sind noch kurzfristig zu bekommen unter der Adresse „Zur Alten Fuhrmanns-Schänke" Dehningshof 1, 29320 Hermannsburg/OT Oldendorf, Telefon (05054) 98970. – Freiheiter Schule – Die Schulgemeinschaft traf sich am 26./27. Juli zum Schultreffen in Bad Bevensen. Das Treffen war überschattet durch den Tod des Schulsprechers Horst Gelhaar. Man war sich einig, dass es ganz im Sinne von Horst Gelhaar ist, wenn der Zusammenhalt der Schulgemeinschaft fortgesetzt wird. Erwin Feige, der als Vertreter der Stadtgemeinschaft zugegen war, versprach Hilfe und Unterstützung. Er dankte Waltraud Milde für ihre Bereitschaft, sich für den Fortbestand der Schulgemeinschaft einzusetzen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Hilfe vor Ort

Arzneimittel in Angerburg übergeben



Gern gesehenes „Mitbringsel": Hans-Ulrich Kugies übergibt Herta Andrulonis ein großes Paket mit Medikamenten Bild: Kugies

Zum vierten Mal wurde eine Medikamenten-Hilfssendung für die Deutsche Gruppe Mauersee am Dienstag, 19. Juni in Angerburg abgeliefert. Große Freude herrschte, als Dr. Hans-Ulrich Kugies mit seiner Ehefrau Dagmar ein großes Paket mit 210 verschiedenen Medikamenten mit einem Wert von rund 6400 Euro abliefern konnte.

Herta Andrulonis, die Vorsitzende der Deutschen Gruppe Mauersee, nahm die Medikamenten-Spende dankbar entgegen. Die ehemalige Johanniter Stiftung wird mit Unterstützung der Stadt Angerburg [Wegorzewo] von der Gruppe Mauersee ehrenamtlich betrieben. Besonderer Dank an Jörg Rott von der Rathaus Apotheke in Trebur und auch erstmals Petra Ranker von der Igel-Apotheke in Astheim, die es ermöglichten, dass so viele Medikamente gesammelt werden konnten. *EB*

Dank an deutsche Apotheker

Perle Masurens

Band zur Geschichte Lötzens ist erschienen

Es ist 400 Jahre her, dass das ostpreußische Lötzen zur Stadt erhoben wurde. Am 26. Mai 1612 verlieh der Kurfürst von Brandenburg und preußische Herzog Johann Sigismund der Siedlung Lötzen die vollen Stadtrechte – seither führt diese das Wappen mit den drei silbernen Brassen.

Die Geschichte des Ortes aber ist viel älter. Bereits nach den Missionsversuchen im Prußenland durch den Heiligen Bruno von Querfurt wohnten Menschen in der Region und nach der Eroberung durch den Deutschen Orden im 13. Jahrhundert wird eine Siedlungsgründung an der Ordensburg Letzenburg erwähnt. Nach dem Tartareneinfall 1657 wurde nahezu die ganze Stadt zerstört, 1686 brannte sie erneut ab. 1709 bis 1711 folgte die Pest, nach Missernten kam der Siebenjährige Krieg, dem eine vierjährige russische Herrschaft nachging. 1806 marschierten wie auch 1812 die Truppen Napoleons durch die Stadt. Bereits seit 1738 war Lötzen Garnisonsstadt, von 1844 bis 1875 wurde die Feste erbaut, die nach dem preußischen Kriegsminister Hermann von Boyen benannt wurde.

Die ersten Straßen verliefen im 17. Jahrhundert nach Warschau, Danzig und Königsberg und am 8. Dezember 1868 erreichte die erste Eisenbahn von Königsberg den späteren Knotenbahnhof. Mit dem 1857 erbauten Kanal zwischen Mauersee und Löwentinsee waren Schiffsreisen nach Johannisburg und Angerburg möglich.

Vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich die Stadt zum Wirtschaftszentrum der Umgebung und erstmals wurde der Begriff „Herz und Perle Masurens" für die 7000 Einwohner zählende Stadt geprägt. Nach dem Ersten Weltkrieg stimmte am 11. Juli 1920 die Bevölkerung nach den Regeln des Friedensvertrages von Versailles für den Verbleib bei Deutschland.

Im Zweiten Weltkrieg war Lötzen 1939 Aufmarschgebiet für den Polen-Feldzug und 1941 für den Angriff auf die Sowjetunion. 1944 erfolgten die ersten Bombenangriffe auf Stadt und Festung Boyen und am 25. Oktober 1944 erfolgte der Evakuierungsbefehl Richtung Westen. Von den verbliebenen rund 300 Deutschen wurde ein Teil im Oktober 1945 nach Mecklenburg abtransportiert. Die Geschichte der heute polnisch „Gicycko" genannten Stadt hat das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen jetzt in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Lötzen in einer zweisprachigen Ausstellung mit 46 Bildtafeln in der Feste Boyen in Lötzen dargestellt. Dazu wurde eine illustrierte Stadtgeschichte in Buchform aufgelegt, der genau diese 46 Tafeln in handlicher Form enthält.

Manfred E. Fritsche

Ellingen zeigt Geschichte der Stadt

„Lötzen – die Perle Masurens", 46 Bildtafeln, vierfarbig, zahlreiche Illustrationen und historische Fotos, Preis 4 Euro zuzüglich Porto und Verpackung, nur zu beziehen im Kulturzentrum Ostpreußen, Postfach 17, 91791 Ellingen, Telefon (09141) 86440, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.

Eine Ikone der sächsischen Mundart

Anlässlich des 50. Todestags von Lene Voigt gedenkt Leipzig der Schriftstellerin

Lange war die Schriftstellerin Lene Voigt, die „Ikone der sächsischen Mundart", in Vergessenheit geraten. Um diesem entgegenzuwirken, engagiert sich seit 1995 die Lene-Voigt-Gesellschaft für die Verbreitung der Werke der Künstlerin. Anlässlich des 50. Todestages der Schriftstellerin widmete der MDR ihr einen Abend und die Stadt Leipzig würdigte sie mit einer Gedenkveranstaltung. Parallel eröffnete die Lene-Voigt-Gesellschaft eine Ausstellung.

Es war nicht leicht, das Leben von Helene Alma Wagner, der später als Lene Voigt bekannten und beliebten sächsischen Mundartdichterin.

Als Tochter eines Schriftsetzers und einer Haushälterin wurde sie am 2. Mai 1891 in Leipzig geboren. Auf Wunsch der Mutter ließ sich Helene nach dem Besuch der Volksschule als Kindergärtnerin ausbilden. Doch ihr wahres Talent zeigte sich sehr früh, als sie mit 15 Jahren bereits ihr erstes Gedicht schrieb. Sie sagte von sich: „Vom Schrifttum angezogen, widmete ich mich dem Buchhandel, den ich von Grund auf erlernte."

Als Verlagskontoristin arbeitete sie ab 1910 im Teubner Verlag Leipzig und Anfang der 1920er Jahre als kaufmännische Angestellte im Insel-Verlag. 1914 heiratet sie den Orchestermusiker Otto Voigt. Die Ehe scheiterte 1920, als ihr Mann einarmig aus dem Krieg heimkehrte. 1924 starb ihr fünfjähriger Sohn Alfred an einer Hirnhautentzündung. Der Opernsänger Karl Geil, den sie 1926 kennenlernte, starb bereits drei Jahre später.

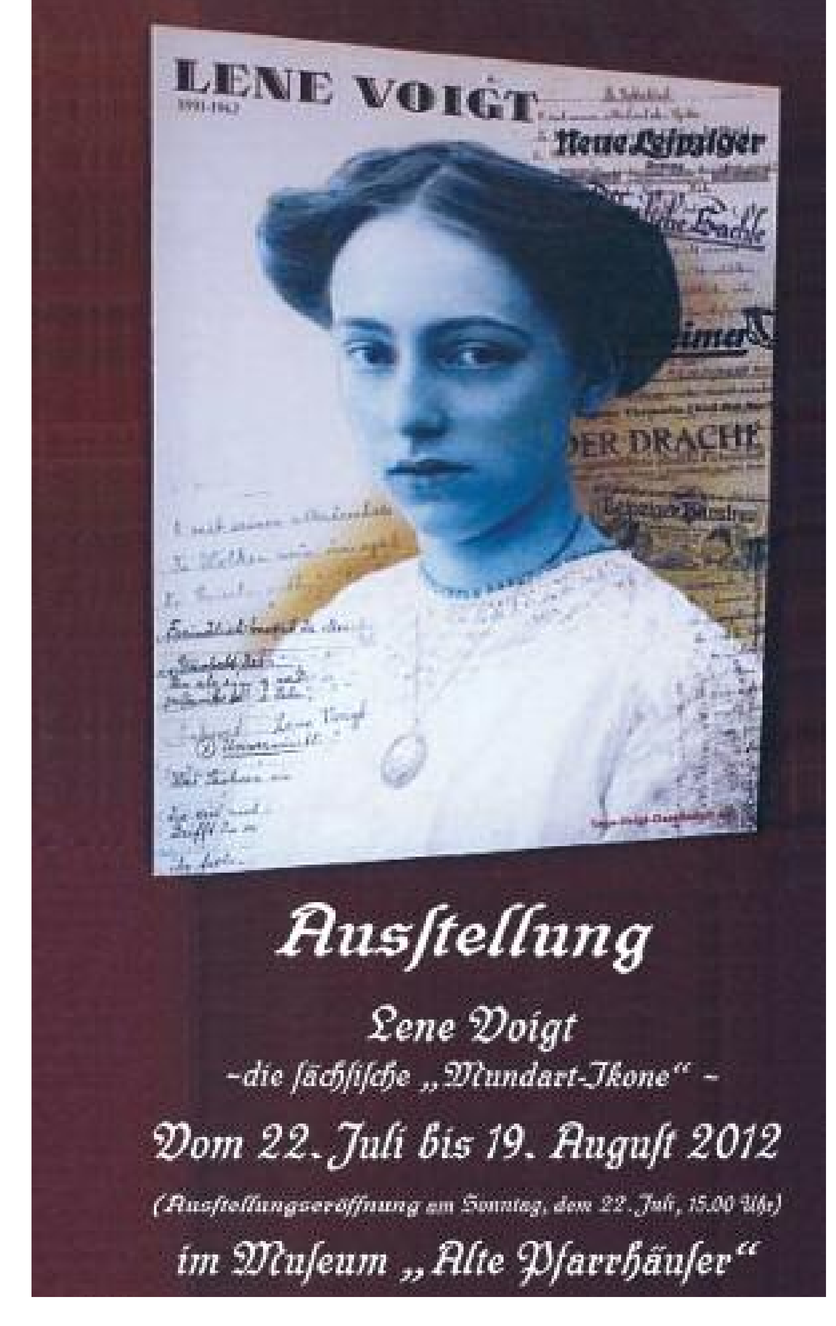
Von ihren Gedichten und Humoresken in sächsischer Mundart konnte sie seit 1923 leben. Sie publizierte vor allem in „linken" Zeitungen. 1929 zog Lene Voigt nach Bremen. 1936 erschien ein Artikel in der Monatsschrift des NS-Lehrerbundes des Lehrers Erich Rawolle aus Radebeul mit dem Vorwurf: Ihre Mundartformulierungen seien nicht sächsisch, sondern jiddisch. Die Nazis warfen ihr vor, sie würde die schönsten Dichtungen der Weltliteratur der Lächerlichkeit preisgeben und damit die Zersetzung hoher Kulturgüter bewusst fördern.

In den 20er Jahren berühmt – Nazis zerstörten ihre Werke

Die Sächsische Staatskanzlei und vor allem der Gauleiter Martin Mutschmann, Gründer des „Heimatwerkes Sachsen", schafften es, dass sie ab 1936 bis auf gelegentliche Veröffentlichungen in verschiedenen Arbeiterzeitschriften, nichts mehr veröffentlichen durfte. Der Verlag A. Bergmann wurde angewiesen, die Werke der Autorin zu vernichten. Im Mai 1937 war das überwiegend geschehen. 1936 ließ sich Lene Voigt das erste Mal wegen einer Psychose in der Nervenklinik Schleswig behandeln. Es wurde Verfolgungswahn diagnostiziert. Nach der Entlassung zog die fast mittellose Autorin nach Lübeck. Nach den Wohnorten in Flensburg, Hamburg, München und Berlin kehrte sie 1940 in ihre Heimatstadt Leipzig zurück. Von den Nazis wurde sie dienstverpflichtet zur Arbeit in der Druckerei Giesecke & Devrient und danach als Buchhalterin im Verlagskonzern Lange & Meuche.



Gedenktafel: An dieser Adresse wohnte Lene Voigt Bild: Kaminsky



Nach 1945 kannte kaum noch jemand ihre Werke. Sie arbeitete nun in einer Lebensmittelkartenstelle beim Rat des Kreises in Leipzig-Land. Im Juli 1946 wurde sie mit der Diagnose „Schizophrenie" in das Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie in Leipzig-Dösen eingewiesen. Auch als sie keine Symptome der Krankheit mehr zeigte, blieb sie im Krankenhaus und arbeitete für die Verwaltung als Botin. Als Therapie schrieb sie auch hier „sächsischen Kleinkram", wie sie ihre Werke nannte und verschenkte diese an Mitarbeiter des Krankenhauses.

Am 16. Juli 1962 starb Lene Voigt im Krankenhaus. Dem Kabarett „academixer" und dem Leipziger Rundfunksender ist es zu danken, dass in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre Lieder und Texte von Lene Voigt zu hören waren. Das erste Programm mit Texten von ihr brachten die „academixer" 1980.

Sigrid Kaminsky

Hedwig fehlt etwas

Ein Hahn – letzte Rettung für Legehenne

Die Katastrophe hatte sich schon seit längerer Zeit angekündigt. Hedwig benahm sich in den letzten Tagen recht merkwürdig. Manchmal stand sie einfach nur teilnahmslos am Maschendraht und blickte traurig zum Grundstück des benachbarten Bauern hinüber.

Ich mochte Hedwig, mit ihrem schneeweißen Federkleid sah sie viel eleganter aus, als die übrigen Hühner auf dem Hof unserer Nachbarin. Pflichtbewusst legte sie jeden Tag ein Ei und lief anschließend gackernd über den Hof. Und Hedwig gackerte oft und laut ... Ab und zu, wenn Frau Bergers Hühner besonders viele Eier produzierten, schenkte unsere Nachbarin mir ein paar. „Hedwigs Eier schmecken besonders gut“, sagte mein Mann stets nach dem Frühstück. Ich konnte ihm da nur beipflichten – ein Topfkuchen mit frischen Hühnereiern gebacken, schmeckt einfach herrlich.

Und nun streikte Hedwig – trotzig schlug sie mit den Flügeln und scharrte träge in der Erde. Gelangweilt pickte sie ein Futterkorn auf und putzte ihr Gefieder. Nachdenklich stand Frau Berger am Zaun und ließ ihre Augen über die Hühnerschar wandern. Ihr Blick verhieß nichts Gutes. Mit zusammengekniffenen Augen starrte sie Hedwig an und machte schließlich eine unmißverständliche Handbewegung. Mir kam ein entsetzlicher Gedanke. Sie wird doch nicht ... „Wenn Hedwig nicht spurt, kommt sie in den Kochtopf“, Frau Bergers Stimme klang energisch und unversöhnlich.

Ich musste schlucken, mit allem hatte ich gerechnet, doch damit nicht. Flehend sah ich zuerst Frau Berger und dann Hedwig an. „Muss das wirklich sein? Vielleicht ist Hedwig etwas unpässlich“, fragte ich unsicher. „Hedwig ist eine Legehenne! Mein Hühnerhof ist kein Sanatorium für unpäßliche Hühner!“

Frau Berger duldete keinen Widerspruch, das wurde mir in diesem Moment klar. In meiner Verzweiflung wandte ich mich, in einem unbemerkten Augenblick, an Hedwig. „Nun komm schon“, sprach ich beschwörend auf die Henne ein. „Leg doch wenigstens ein Ei. Das kann doch nicht so schwer sein“, murmelte ich leise.

Hedwig ließ mein Bitten und Flehen ziemlich kalt. Sie drehte ihren Kopf in die andere Richtung und trippelte lustlos über den Hof. Jetzt war guter Rat teuer. Auf Hedwigs wohlschmeckende Frühstückseier wollten mein Gatte und ich auf keinen Fall verzichten. Frau Berger machte auch nicht den Eindruck, als könne es mir jemals gelingen, sie umzustimmen. Nun verstehe ich von artgerechter Hühnerhaltung ungefähr soviel, wie ein Hamster vom Haareschneiden. Außerdem fehlte mir jede Idee, was in einem Fall von absoluter Legeverweigerung zu tun sei. Frau Berger würde uns keine große Hilfe sein, das stand fest.

Keine Ahnung von Hühnerhaltung

Mein Mann hatte schließlich die rettende Idee. „Ich kann mir denken, was Hedwig fehlt“, sagte er schmunzelnd und versprach, sich um die einsame Henne zu kümmern. Und so kam es, dass einige Zeit später ein stolzer, schwarzer Hahn würdevoll über Bergers Hühnerhof stolzierte. Hedwig war völlig aus dem Häuschen. Laut gackernd putzte sie kokett ihre kurzen Schwanzfedern und folgte dem aufgeblasenen Hahn, auf Schritt und Tritt bei seinem Kontrollgang über den Hühnerhof.

„Das war Hedwigs letzte Chance“, sagte Frau Berger amüsiert und bedankte sich bei meinem Gatten mit einem großen Korb frischer Hühnereier. Ich glaube, von Hedwig waren auch einige dabei.

Helga Licher

Ein Europäer in der Eifel

Banater Bildhauer Ingo Glass stellt in Rheinbach unter dem Motto »Offene Räume« aus



„Dominierender Kreis über dem Quadrat“: Jüngste Arbeiten des Künstlers Bild: Dieter Göllner

An seinem Standort an der Glasfachschule stellt der Glaspavillon „Hans-Schmitz-Haus“ ein architektonisches Kleinod inmitten des Eifelstädtchens Rheinbach dar. Derzeit dient der Pavillon als Schauplatz für die Präsentation des gebürtigen Banater Künstlers Ingo Glass. Eine Auswahl der jüngsten Arbeiten des 1941 in Temeswar/Timisoara geborenen und in München sowie in Budapest lebenden international anerkannten Bildhauers Ingo Glass wurde unter dem Motto „Offene Räume“ kunstvoll in Szene gesetzt. Die Plastiken des aus Rumänien stammenden Künstlers wirken wie ein unendliches Spiel mit Farbe und Geometrie, mit Fläche und Raum. Das künstlerische Schaffen des Bildhauers wird durch die drei Grundformen Kreis, Quadrat und Dreieck sowie den drei Grundfarben rot, blau und gelb geprägt.

Bei der Vernissage in Rheinbach verriet Ruth Fabritius, die aus Siebenbürgen stammende Leiterin des Spezialmuseums für nordböhmisches Hohlglas: „Glass‘ Schaffen bleibt von seinem persönlichen Hintergrund nicht unberührt – er versteht sich selber als Europäer. Sein Geburtsort, ‚ein Europa en miniature‘, und die Donau als völkerverbindender Fluss hinterlassen Spuren in seinen späteren Werken. Von seiner klassischen Kunstausbildung und somit von der figurativen Kunst trennt sich der Bildhauer mit der Überzeugung, dass nach der eiförmigen Urform, die von Constantin Brâncusi geprägt wurde, im Bereich nichts mehr zu reduzieren sei.“

Neben der Präsenz in zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen hat der deutsch-rumänische Künstler auch monumentale Plastiken geschaffen, die heute im öffentlichen Raum in vielen europäischen Städten sowie in Museen in der ganzen Welt stehen. In seinem Donauprojekt, das er in Galatz/Rumänien begann, setzen bis zu 13 Meter hohe Stahlskulpturen entlang der Donau über Dunaújváros/Ungarn, Regensburg und Ingolstadt bis hin nach Gundelfingen und Neu-Ulm Zeichen der Völkerverbindung zwischen den Donauanrainern.

Viele Auszeichnungen und Plastiken im öffentlichen Raum

Die „Offenen Räume“ des Bildhauers waren in diesem Frühjahr bereits im „Kunsthaus“ Rehau zu sehen. Weitere Stationen der als Wanderausstellung konzipierten Schau sind der „Schlossgarten des Grafen Velekey-Modroczky“ in Sarszentmihaly/Ungarn und die „Galleria il Tesoro“ in Altendorf/ Schweiz.

Prof. Eugen Gomringer, Leiter des Instituts für Konstruktive Kunst und Konkrete Poesie (IKKP) im Kunsthaus in Rehau, betonte anlässlich der Präsentation: „Ingo Glass hat europaweit großräumige Projekte und Realisationen geschaffen, für die der Begriff der Raumbogenspannweite als Markenzeichen gilt. Er hat Eisen und Stahl zu einem eleganten Hochstreben und einer kühnen Leichtigkeit verholfen. Das Werk von Ingo Glass ist also längst in die Reihe der berühmten Eisen- und Stahlskulpturen des 20. Jahrhunderts eingestuft worden (...). Offenheit hat bei Glass Vorrang vor Geschlossenheit.“

Auch die im Rheinbacher Glaspavillon gezeigten Arbeiten beeindrucken durch Reinheit und Klarheit, sie lassen das Wesentliche zum Vorschein treten und verdrängen das Unnötige. Bei einem Rundgang durch den lichtdurchfluteten Raum wird deutlich, dass für Glass ein Kreis – der das Leben, den Kreislauf und die Bewegung symbolisiert – rot sein muss. Das Ruhe und Meditation verkörpernde Quadrat ist blau und das Dreieck wiederum gelb. Immer wieder überschneiden sich die drei Formen und Farben, sie bilden originelle offene Räume. „Dominierender Kreis über den Kreis“, „Dominierendes Quadrat über den Kreis“ oder „Dominierender Kreis über das Dreieck“ sind nur einige der Titel, mit denen der Bildhauer seine Kunstwerke versehen hat.

Zu den zahlreichen Auszeichnungen und Anerkennungen, die Ingo Glass für sein künstlerisches Engagement und für die Förderung der regionalen kulturellen Beziehungen zu Ost- und Mitteleuropa erhalten hat, gehören der Seerosenring des Seerosenkreises München, das Ritterkreuz des Verdienstordens der Republik Ungarn und die Ehrenbürgerschaft seiner Geburtsstadt Temeswar.

Die Arbeiten des deutsch-rumänischen Künstlers sind im Rheinbacher Glaspavillon bis zum 5. August zu besichtigen.

Dieter Göllner

Stadt an der Mosel · präsent, zugegen · Teil der Tribüne · bequeme Sitzgelegenheit · Nachbarschaft · spannen, festziehen · ein Ganzes (Mathematik) · Filmreportage (Kurzwort) · Getreideart · Sterndeuter · Körper · Bedeutung, Geltung · Ostgermane · Begabung

rasseln, knarren · Singstimme · deutscher Maler (Max)

Ureinwohner Neuseelands · Gegenschlag beim Boxen · Stimmzettelbehälter · weiches Sedimentgestein

ein Nordeuropäer · Damenoberbekleidung · auf einem religiösen Brauch beruhend

ein Balte · kräftig, ordentlich (ugs.) · winterlicher Niederschlag · derb, rau · selbstsüchtiger Mensch · Trachtenkleid; bayrisch: Mädchen

Kräuselstoff · Träger einer Erbanlage · Traubenernte · Geschäftszimmer, -stelle · Berührungsverbot · aufhören

kleiner, dunkler Raum · italienische Gesangskunst · Gespenst

Singvogel · zweite Chance · Verbrechen · Aufgeld · Stadt am Niederrhein · erlernen (sich ...)

Apfelsorte · Grundeinheit aller Lebewesen · Kfz-Zeichen Braunschweig · Fährte, Abdruck · Hauptstadt Algeriens

Hülsenfrucht · Gebäude für Nonnen oder Mönche · Stadtteil von London · franz. Stadt an der Maas

Himmelskörper · norddeutsch: Brotschnitte

Werbeschrift · ein Quiz lösen · Turnübung · Wurfseil, Wurfschlinge · kleines Krebstier · starkes Schiffstau

übermenschliches Wesen · überstürzt, eilig

eigensinnig, hartnäckig · persönl. Fürwort (dritte Person) · griechischer Liebesgott · nordischer Hirsch

römischer Kaiser · Kommunikationsmittel · rettende Lösung · Heldengedicht · ungeschlechtl. Fortpflanzungszelle

Südostasiat · Nähgerät · Freund (spanisch) · Furchtgefühl · Schreibflüssigkeit

Prachtgebäude · zusätzlich, darüber hinaus

eindringlich versichern · jetzt · englisches Bier · Grundstoffteilchen · Missgunst

Triumph, Erfolg im Wettkampf · chem. Zeichen für Natrium

Tafel für Merkzettel · Stadt in der Lüneburger Heide · schriftl. festgehaltenes Recht

Anzahl, Masse · Geliebte des Zeus · anhänglich, loyal

PAZ12_29

So ist’s richtig:

Diagonalrätsel: 1. Taumel, 2. Dialog, 3. Firnis, 4. Undank, 5. Domino, 6. Nevada – Tirana, London

Kreiskette: 1. Mobile, 2. Senkel, 3. kennen, 4. Marken, 5. Mantua – Bilsenkraut

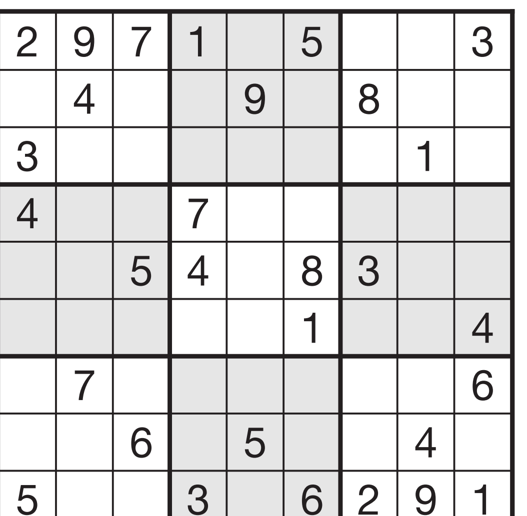
Sudoku:

2	9	7	1	8	5	4	6	3
6	4	1	2	9	3	8	5	7
3	5	8	6	4	7	9	1	2
4	6	3	7	2	9	1	8	5
7	1	5	4	6	8	3	2	9
8	2	9	5	3	1	6	7	4
9	7	2	8	1	4	5	3	6
1	3	6	9	5	2	7	4	8
5	8	4	3	7	6	2	9	1

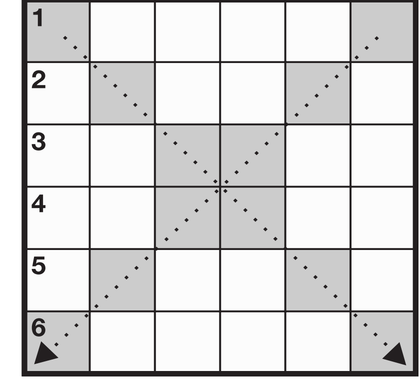
Sudoku

2	9	7	1		5			3
	4			9		8		
3							1	
4			7					
		5	4		8	3		
					1			4
	7							6
		6		5			4	
5			3		6	2	9	1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel



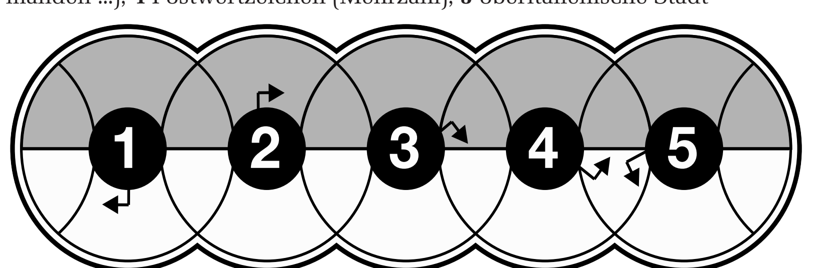
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei europäische Hauptstädte.

1 Schwindel, Benommenheit
2 Zwiegespräch
3 Schutzanstrich
4 schlechte Gegenleistung
5 Steinspiel
6 Staat der USA

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine giftige Arzneipflanze.

1 Zimmerschmuck, **2** Schuhband, **3** über jemanden Bescheid wissen (jemanden ...), **4** Postwertzeichen (Mehrzahl), **5** oberitalienische Stadt



Neues Bernsteinkabinett in Ellingen

Gold der Ostsee: Bernstein vor Kulisse mit Meeresimpressionen ausgestellt

Goldene Tränen", „Gold des Nordens", „Gold der Ostsee" – Bernstein hat viele verschiedene Namen. Schöne Schmuck- und kunsthandwerkliche Stücke aus diesem „goldenen Stoff" sind im nunmehr umgestalteten Bernsteinkabinett des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen zu sehen.

Mit dem Bernsteinkabinett im Kulturzentrum Ostpreußen wurde ein weiterer Raum, der das Thema Bernstein behandelt, vollständig umgestaltet. In einem schon vor längerem fertiggestellten Zimmer werden den Geschichte, Herkunft und die Arten der Gewinnung des Schmucksteins beschrieben, der vor Millionen von Jahren als Baumharz mitsamt der Wälder Ostpreußens im Meer versank.

Bernsteinsammeln, Bernsteinfischen und Bernsteintauchen wurden im 19. Jahrhundert im Samland durch bergbauliche Gewinnung abgelöst. Interessant für die Geschichtsforschung sind vor allem die Inklusen genannten Stücke, bei denen Tiere wie Spinnen, Fliegen und Würmer von dem damals flüssigen Herz umschlossen und somit der Nachwelt erhalten wurden.



Nach neuem Konzept zusammengestellt: Bernstein-Exponate Bild: Fritsche

Im neuen Bernsteinkabinett des Kulturzentrums sind in ansprechend gestalteten Vitrinen Schmuckstücke aus dem ehemals fossilen Harz ausgestellt. Eine Wand ist nach dem neuen Gestaltungsprinzip des Kulturzentrums ausgerichtet: In fünf Tafeln wird vom Mythos des im Zweiten Weltkrieg verschwundenen Bernsteinzimmers aus dem Katharinenpalast in St. Petersburg, über die Inspirationen des Materials auf den Kunsthandwerker bis zur Geschichte der Schmuckstücke, ausgehend von den fürstlichen Höfen bis zur Ergänzung der bäuerlichen Tracht, erzählt. Dabei bilden die Tafeln als Einheit einen Blick auf die Landschaft, in der das Rohmaterial auch heute noch in Einzelstücken gefunden wird.

In teilweise geschlossenen Vitrinen, die den Besucher neugierig machen sollen und von ihm geöffnet werden müssen, sind kunstvolle Halsketten und Armreife, aber auch verzierte Bilderrahmen, Feuerzeuge und Aschenbecher zu sehen. Brieföffner und Schatullen ergänzen das Angebot an Gebrauchsgegenständen. Daneben gibt es geschnitzte Figuren wie Schildkröten, Krokodile und Bären, zudem St. Georg mit dem Drachen oder eine Christusdarstellung am Kreuz. All diese Schaustücke sind in farblich abgestimmter Schrift auf den Türen der Vitrinen erläutert, die Rückseite erweckt ebenso wie die großflächige Wand den Eindruck, als würde man am Ostseestrand stehen.

Ein zentral aufgestellter Schaukasten ist den in Silber gefassten und mit Possamenten ergänzten Halsketten und Broschen vorbehalten. Diese Stücke wurden allesamt zur Ergänzung der in Ostpreußen getragenen Trachten verwendet. Ein großflächiges Plakat für die Reichssammlung des Winterhilfswerkes unter dem Titel „Deutsches Gold aus Ostpreußen – für Dein Opfer" rundet die Ausstellung ab.

Das neu gestaltete Bernsteinkabinett kann im Rahmen der Öffnungszeiten des Kulturzentrums Ostpreußen besichtigt werden. Das Museum im Deutschordensschloss ist von Dienstag bis Sonntag jeweils von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr geöffnet.

Manfred E. Fritsche

Hilfreicher Samariter aus Zufall

Der Dozent verzichtete auf sein Geschäftsgespräch – Lächeln des Jungen bestätigte ihn

Fred betätigte den Scheibenwischer und sah angespannt durch das von Regengüssen überschwemmte Fenster. Der Untergang der Welt schien nahe. Fred fuhr sehr langsam. Ob er rechtzeitig zu seinem Geschäftsgespräch kam, bezweifelte er ohnehin. Die Straße glänzte metallisch im Regen. Da lag etwas! Fred hielt an und stieg aus. Sofort war er bis auf die Haut durchnässt. Der Sack war ein Junge. Er lag auf dem Rücken. Fred fühlte den Puls. Der war schwach. Das Handy! Das lag zu Hause! Wie gerufen kamen drei Jugendliche vorbei. „Hat einer von euch ein Handy?" Der Junge mit der schwarzen Brille holte seines aus der Tasche und sprach ein paar kurze Worte hinein. „Wieder mal betrunken", stellte das Mädchen mit dem kurzen Blondschopf fest. „Kennt ihr ihn?" „Klar, das ist Elias, der ist fast jeden Tag abgefüllt." „Die machen immer ein Wetttrinken", bestätigte der dritte, „dieser Carlo und sein Kumpel Evan schaffen den Fusel ran, und dann muss Elias mithalten. Meist will er gar nicht, aber die beiden drohen ihm Prügel an, wenn er ablehnt." Ein gelblicher Strahl aus Elias' Mund schoss ihnen entgegen. „Hoffentlich kommt der Krankenwagen bald. Elias ist nämlich arm dran", meinte sie beiläufig, Er ist oft allein."

Selbstverteidigung statt Komatrinken

Es hatte aufgehört zu regnen. Der Junge auf dem Pflaster lag da wie tot. Von ferne hörten sie die Sirene des Unfallwagens. Fred stieg mit ein. In der Klinik hatte Elias schon wieder etwas Farbe. Durch behutsame Fragen bekam der Mann nach und nach die Sache mit dem Wetttrinken heraus. „Willst du denn so weitermachen?" fragte er. Elias zuckte mit den Schultern. Da erzählte Fred ihm etwas über Selbstverteidigung und dass er gerade einen Kursus darüber in der VHS leite. „Stell dir vor, du legst Carlo oder Evan mit Schwung auf den Rücken. Was meinst du, wie ihre Achtung vor dir steigt. Und danach sagst du ein klares Nein zu ihren Trinkgelagen. Was meinst du?" Elias runzelte die Stirn. „Mal sehen!"

Fred atmete tief ein. Er staunte über sich selbst. So hilfsbereit kannte er sich gar nicht, doch das Gefühl der Zufriedenheit, das ihn jetzt warm durchdrang, als Elias ihn anlächelte, war wunderschön.

Gabriele Lins

Polen als Besatzer

Schwierige Verkehrsverbindungen ab 1920



Das Versailler Diktat besiegelte 1919 den im Jahr zuvor vollzogenen Dolchstoß gegen das Deutsche Reich endgültig. Die demütigenden Bestimmungen sahen die Abtretung jahrhundertealter deutscher Gebiete vor. Auch weite Teile der Provinzen Posen und Westpreußen gingen an die neu geschaffene Republik Polen. Die Heimat Ostpreußen stand somit als Exklave und „Vorposten des Reichs" auf sich allein gestellt und musste mit nationalchauvinistischen Kräften in Polen einen modus vivendi für die Durchquerung des auf deutscher Seite als „polnischer" oder „Weichselkorridor" bezeichneten Landstrichs finden. Die Abtrennung Ostpreußens vom deutschen Staatskörper sowie die Besetzung Posens und Westpreußens bedeuteten neben allem politischen, kulturellen und letztlich gewaltsamen Konfliktpotential aber auch eine unvorstellbare logistische Herausforderung. Dies darzustellen, hat sich der Berliner Peter Bock in seinem verkehrs- und insbesondere eisenbahngeschichtlich angelegten Buch „D1 Berlin-Königsberg" zur Aufgabe gemacht, dessen Untertitel „Im Transit durch Danzig und durch den ‚polnischen Korridor'" bereits die inhaltliche Stoßrichtung vorwegnimmt. In einer ausführlichen Einleitung beleuchtet er den historischen Kontext mit Bezug auf die Eisenbahngeschichte nach 1918 und hierbei auch das angespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Polen als Erschwernis für „die notwendigen Verhandlungen zur Regelung der Verkehrsfragen, insbesondere des Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschland und seiner östlichsten Provinz Ostpreußen sowie der Freien Stadt Danzig". Er zeigt die Schwierigkeit, verbindliche Vertragsgrundlagen und rechtliche Fakten für „den grenzüberschreitenden Wechsel- und Transitverkehr durch polnisches und Danziger Hoheitsgebiet nach und von Ostpreußen sowie in die abgetretenen Gebiete" zu schaffen. Verkehrten vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs noch 31 Personen- und Schnellzüge sowie 30 Güterzüge zwischen dem Reich und Ostpreußen, sank die Anzahl Ende 1919 auf 20 Personen- und 20 Güterzüge. Nachdem Polen von seiner Besatzerrolle Gebrauch machte, reduzierte sich die Zahl auf gerade einmal sechs Schnell- und Personenzugpaare sowie 13 Güterzüge. Daneben erfolgte eine drastische Einschränkung des Telegrafen- und Postverkehrs. Nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags (10. Januar 1920) verhandelten die deutsche und polnische Regierung über eine Einigung zum Eisenbahndurchgangsverkehr über nunmehr polnisches Staatsgebiet sowie Danziger Territorium nach Ostpreußen – vorerst erfolglos!

Zahl der Züge sank drastisch

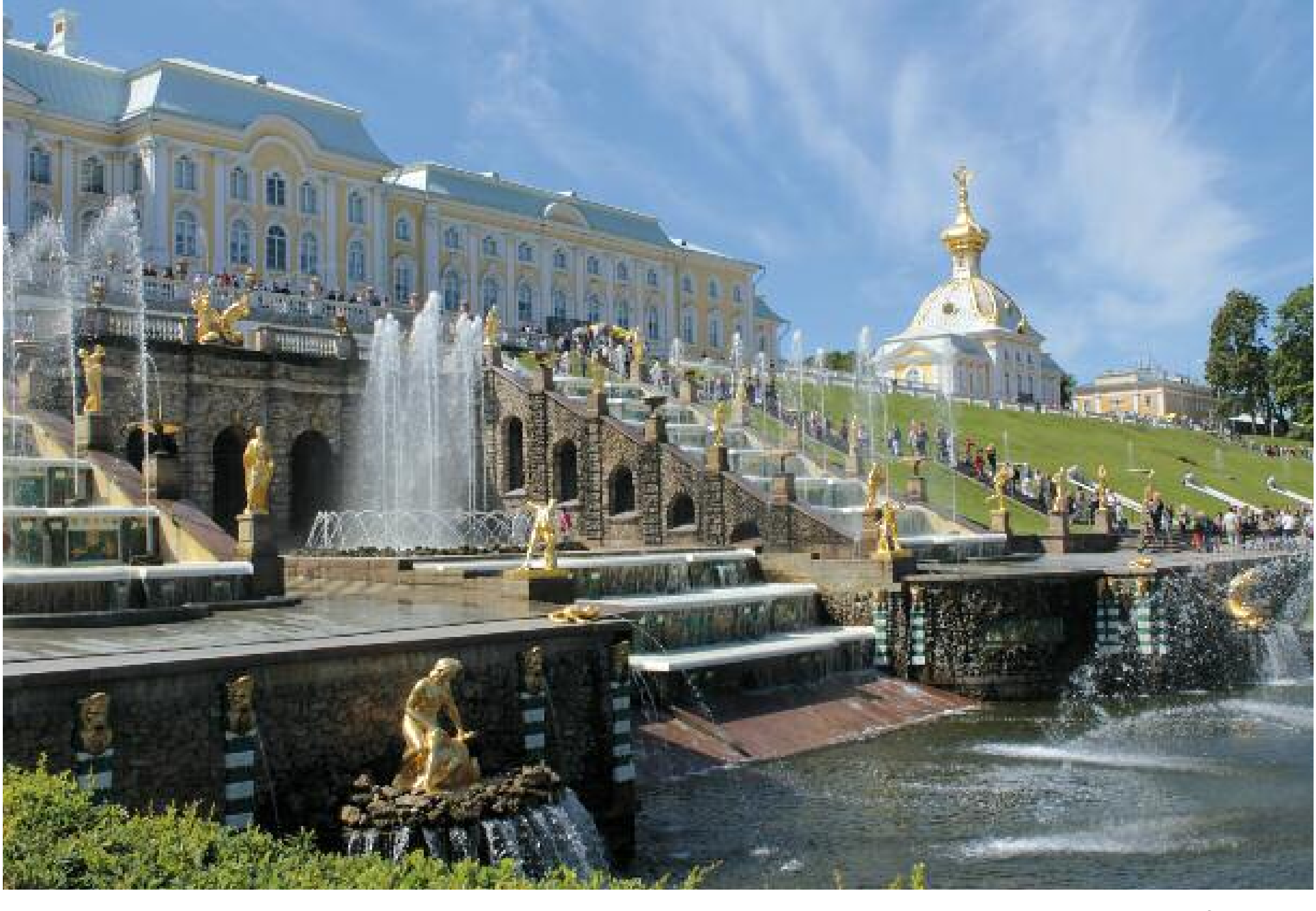
Desweiteren schildert der Autor detailliert die Geschehnisse der 1920er und 1930er Jahre, wobei auch die wachsenden polnischen Provokationen (wie Sperrung des Personen- und Güterverkehrs auf Hauptlinien nach Ostpreußen) nicht ausgespart bleiben, die nach Übernahme der Verwaltung der Eisenbahnen in den besetzten Gebieten in weitere Schikanen übergingen. Auf deutscher Seite versuchte man zunächst den Schiffstransport über die Ostsee „als einzige uneingeschränkte Transportmöglichkeit" zu nutzen („Seedienst Ostpreußen"), erkannte aber alsbald die Unmöglichkeit, so die Lebensfähigkeit Ostpreußens auf Dauer zu gewährleisten. Im Folgenden legt Bock die weiteren vertragstechnischen Abkommen über den Eisenbahndurchgangs- und Wechselverkehr zwischen den beiden Weltkriegen dar und baut diese Darstellungsebene gekonnt in die Eisenbahngeschichte dieser Zeit ein. Das wissenschaftlich fundierte und recherchierte Werk besticht gerade durch die zahlreichen Abbildungen, die Fotoaufnahmen, Streckenkarten, Fahrpläne und Zeitzeugenberichte zeigen und somit ein Stück deutscher Vergangenheit in unsere Zeit holen. *Sebastian Pella*

Peter Bock: „D1 Berlin-Königsberg. Im Transit durch Danzig und durch den „polnischen Korridor", EK-Verlag GmbH, Freiburg 2012, 19,80 Euro

Hauptstadtflair und »Weiße Nächte«

St. Petersburg profitiert von der Anziehungskraft der Zarenschlösser auf Touristen – Moskau ist eine mondäne Weltstadt

Moskau und St. Petersburg, die beiden Hauptstädte Russlands, könnten gegensätzlicher nicht sein. Seit der „Wende“ haben beide Metropolen ihr Antlitz stark verändert. Ein Blick hinter die Kulissen der Tourismus-Zauberwelt zeigt jedoch, dass das Leben im einstigen Sowjetreich trotz des neu erreichten Wohlstands immer noch eine tägliche Herausforderung ist und Widersprüchliches zutage bringt.



Die ehemalige Zarenstadt von ihrer schönsten Seite, wie Millionen Touristen sie sehen: Fontänenkaskaden von Peterhof Bilder (5): MRK

Moskau ist ein großes Dorf und St. Petersburg die eigentliche Hauptstadt Russlands. Diese lange geltende Einschätzung hält einer Betrachtung der heutigen Metropolen nicht mehr stand: Während St. Petersburg mehr denn je von der Pracht der Zarenschlösser und der jahrhundertealten Stadtarchitektur profitiert, hat die Hauptstadt, in der offiziell zwölf Millionen Menschen leben, ein mondänes Erscheinungbild. Die Gegensätze zeigen sich schon nach der Landung: Die achtspurigen Zufahrtsstraßen zu Moskaus modernisierten Flughafen Scheremetjewo befinden sich teilweise noch im Bau. Doch schon kurz nach dem Einbiegen auf die Einfallstraße staut sich der Verkehr in beiden Richtungen. „So ist es jeden Tag“, schimpft Fahrer Igor, „die Leute stehen morgens drei Stunden im Stau und abends wieder. Die Regierung tut nichts dagegen. Zur Sowjetzeit gab es Firmen, die etwas produziert haben, außerhalb des Zentrums und die Menschen kamen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit. Heute wird in Moskau nichts mehr produziert. Es gibt nur noch Dienstleister und die sitzen alle im Zentrum. Die Moskauer haben das Leben satt. Kein Wunder, dass immer mehr auf die Straße gehen.“ Und er erzählt weiter, dass sich viel mehr trauen würden, wenn da nicht der Druck wäre, Putin zu unterstützen. Auch seiner Frau sei mit Kündigung gedroht worden, wenn sie nicht an der Pro-Putin-Demonstration teilnehme. Die Korruption treibt seltsame Blüten. Ein Krankenwagen mit Sirene zwängt sich durch die Blechlawine. Ein Unfall ist also Ursache für den Stau? Nein, nein, das ist nur eine Methode, den Stau zu umgehen. Beamte mieten sich kurzerhand einen Rettungswagen, an den sie sich anhängen können. Wie zum Beweis folgen während der zweistündigen Autofahrt weitere Krankenwagen, die von einer Kolonne schwarzer Dienstlimousinen verfolgt werden.

Vorbei an riesigen Einkaufstempeln geht es, Metro, Ikea, Media-Markt und andere Großmärkte haben sich hier niedergelassen, überdimensionierte elektronische Tafeln werben für Luxus jeder Art. Im Moskauer Zentrum pulsiert das Leben. Während die Einfallstraßen verstopft sind, entstehen in den Nebenstraßen, dort wo besser gestellte Moskowiter zu Hause sind, gepflegte Ruheoasen. Selbst die Altbauten im Zentrum und deren Hinterhöfe sind im Gegensatz zu denen St. Petersburgs in gepflegtem Zustand. Der Wohlstands-Fassade steht ein hektisches Alltagsleben gegenüber. Acht bis zehn Stunden dauert ein Arbeitstag, dazu die Zeit im Stau, da bleibt kaum noch Raum für das Privatleben oder gar politisches Engagement.

Eine von Selbstironie getragene Gleichgültigkeit ähnlich wie damals in der DDR breitet sich aus. Was sie von Putins Rückkehr hält? Die befragte Nina, die 1991 noch mutig den Panzern des fehlgeschlagenen Militärputsches entgegengetreten war, sagt: „Putin? Unser Imperator? Was soll ich dazu sagen? Es war doch alles schon vorher abgesprochen.“ Iwan, ein ehemaliger Diplomat und Geschäftsmann, und seine Frau Marina haben auf ihr 40 Kilometer außerhalb von Moskau liegendes Landhaus eingeladen. Iwan trägt ein T-Shirt mit Putins Konterfei und der Aufschrift „Wolodja, wir stehen zu dir, wenn alle gegen dich sind.“ Ein treuer Putin-Anhänger? Weit gefehlt. „Beachten Sie das Hemd nicht. Das ist nur Tarnung. Meine Frau und ich haben Prochorow gewählt. Mein Sohn ist Unternehmer in Sotschi, baut dort die Infrastruktur für die olmypischen Spiele. Er ist persönlich mit Putin bekannt.“ Was für ein Mensch ist dieser Wladimir Putin? „Ich würde sagen, ein sehr schlechter. Er ist der Korrupteste von allen und der Reichste dazu“, sagt Iwan. Allerdings habe es ja keine Alternative gegeben und korrupt seien schließlich alle Politiker mehr oder weniger.

Eine Vorstellung davon, wie schwierig es ist, ein so weites Land wie Rusland zu regieren, bekommt man bei einer Bahnfahrt von Moskau nach St. Petersburg. Der von Siemens gebaute Hochgeschwindigkeitszug „Sapsan“ verbindet die beiden Städte miteinander. Der Service im Zug ist vorbildlich, das Personal zuvorkommend und aufmerksam. Neben Presseerzeugnissen verteilen sie Puschen und Schlafmasken, nach etwa einer halben Stunde Fahrt wird das Drei-Gänge-Menue serviert. Vorbei fliegen weite Sumpflandschaften, malerisch schöne Flussläufe und nur vereinzelte Siedlungen mit den typischen bunt angemalten russischen Holzhäusern. Weit und breit sind keine Industrieanlagen oder Landwirtschaftsflächen zu sehen. Es ist wie eine Reise in die Vergangenheit.

Die Gegenwart holt einen spätestens auf dem Moskauer Bahnhof in St. Petersburg wieder ein. Schon bei der Einfahrt in den Bahnhof zeigen sich rückwärtige Fassaden, von denen der Putz abbröckelt. Auf dem naheliegenden Newskij Prospekt brodelt das Leben. Die Fassaden der schmucken Stadthäuser wurden restauriert und erstrahlen wieder in vollem Glanz. Vorbei an der barocken Wladimir-Kathedrale über den Sagorodnyj Prospekt zeigt sich bereits ein anderes Bild. Vereinzelt wird an Fassaden gearbeitet, einige wurden repariert, aber von den meisten bröckelt weiterhin der Putz, brechen Ornamentstücke ab. Über ausgetretenen Fußgängerwegen hängen Balkons, aus deren Böden bedrohlich rostige Eisenträger herausragen. Ein Blick in die Hinterhöfe verheißt nichts Gutes: Die über 200 Jahre alten Häuser sind vom Verfall bedroht. Es scheint, als sei hier die Zeit stehengeblieben. Unweigerlich fühlt man sich in die graue Wirklichkeit des Kommunismus zurükkversetzt. Hat die für ihre Schönheit gerühmte Stadt St. Petersburg etwa vom allgemeinen Wohlstand nichts abbekommen?

Dass sie dies doch hat, ist am vorbildlichen Zustand der Zarenschlösser, der Kirchen und des berühmten Newskij Prospekts zu sehen. Kurz, alle Orte, die von Touristen frequentiert werden, wurden wieder hergerichtet. Das Stadtbild ist bunter und lebendiger geworden, Straßenmusikanten, Maler, Bootsfahrten auf den Kanälen und Menschen in historischen Kostümen, die sich gegen Bezahlung fotografieren lassen, prägen es mit. Eine bunte Vielfalt, die Leichtigkeit versprüht.

Der Tourismus ist der Hauptwirtschaftsmotor für St. Petersburg. Die Stadt profitiert von einem Ausbau der Flugverbindungen und vom Wochenendtourismus durch Kreuzfahrten. Auf der Wassilij-Insel wurde neben neuen modernen Wohnhäusern mit Pent-House-Wohnungen und verglasten Dachterrassen mit Blick auf die Ostsee ein Terminal für Kreuzfahrtschiffe gebaut.

Kein Wunder, dass zuerst dort investiert wird, wo sich Geld verdienen lässt. St. Petersburg hat die Anziehungskraft der Zarendynastie der Romanows für sich entdeckt. Auf dem Newskij Prospekt bietet „Lentours“ täglich mehrere Exkursionen für Kurzentschlossene zu den Schlössern außerhalb der Stadt an: Die beliebtesten Ausflugsziele sind der Katharinenpalast in Zarskoje Selo, in dem sich das Bernsteinzimmer befindet, und der direkt an der Ostsee gelegene Palast Peterhof, als russisches „Versailles“ gerühmt.

Im Vergleich zu Moskau hat sich St. Petersburg zwar aufgrund seiner reichhaltigen Architektur und Kulturgeschichte für Reisende zur Nr. 1 entwickelt, in Sachen Weltstadtflair hat jedoch Moskau eindeutig die Nase vorn.

Manuela Rosenthal-Kappi





St. Petersburger Eindrücke während der „Weißen Nächte“, wie sie kein Reiseführer und kein Glanzprospekt der Touristikunternehmen vermittelt: Der laut Werbung „malerische Blick über die Dächer der Stadt“ aus einem Hotelfenster (l.), eine heruntergekommene Ladenzeile unweit des legendären „Newskij-Prospekts“ in dem Gebäude des ehemaligen Kolchosmarktes (M.), Blick in einen Hinterhof (r.)

Mythos Bernsteinzimmer

Ein Besuch des legendären Bernsteinzimmers darf wohl bei keiner St.-Petersburg-Reise fehlen. Aufgrund des großen Andrangs kommt man allerdings nur kurz in den Genuss, das „achte Weltwunder“ zu betrachten. Es empfiehlt sich der Besuch in einer Gruppe. Individualreisende können eine der günstigen Exkursionen von „Lentours“ buchen, die vor dem berühmten Kaufhaus „Gostinnyj Dwor“ auf dem Newskij Prospekt verkauft werden.



In einem Bus geht es nach Zarskoje Selo. Eine Reiseleiterin gibt während der Fahrt Informationen über die Stadt. Wie Ludmila. Wie aus der Maschinenpistole geschossen erzählt sie zu jedem Haus links und rechts des Wegs Geschichtsträchtiges. Sie lebt offensichtlich noch in der sowjetischen Vergangenheit. Jedes Haus, jeder Baum, jeder Platz hatte scheinbar etwas mit der Blockade der Stadt durch die „Faschisten und dem siegreichen Ruhm der Roten Armee“ zu tun. Sie selbst habe als Komsomolzin wichtige Arbeit geleistet.

Beim Katharinenpalast stehen Hunderte Menschen Schlange, die gruppenweise in zwei entgegengesetzten Führungen von schlosseigenem Personal durch den Palast geschleust werden, ausgestattet mit Funkkopfhörern, über den der Besucher den Ausführungen der Reiseleiterin folgen kann. Vor dem Bernsteinzimmer stauen sich die Gruppen. Dann der große Augenblick: In goldgelbem Glanz erstrahlen die Bernsteinmosaiken. In drei, vier Sätzen handelt die junge Reiseleiterin die Geschichte ab, berichtet von der Unterstützung der deutschen Ruhrgas AG und der Unesco bei der Rekonstruktion und der feierlichen Übergabe des Raumes an die Öffentlichkeit 2003 durch den damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder und den russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Und schon wird man förmlich weitergeschoben und die nächsten Besucher drängen sich in das doch recht kleine Bernsteinzimmer. *MRK*

Tödlicher Verrat

Sie sind Mitte 60 und treffen sich nach Jahrzehnten an der Ostsee, dort wo sie einst mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem sozialistischen Jugendverband der DDR, im Sommerlager waren. Doch die guten Ferienerlebnisse von einst wärmen nur kurz und die Höhepunkte des späteren Erwachsenenlebens sind schnell erzählt. Stattdessen wird offenbar, dass Moni Krebs im Endstadium hat und Lieses Jahr in politischer Haft bis heute ihr Handeln bestimmt.

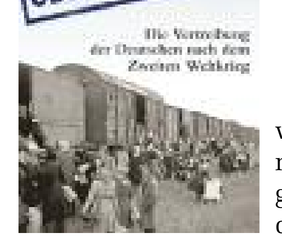


In „Schattenfrauen" beschreibt Reinhild Solf die offenen Rechnungen zwischen den sieben Frauen. Verrat im Großen wie im Kleinen überschatten das Verhältnis der angegrauten Damen derart, dass man sich fragt, warum sie überhaupt zu dem Treffen angereist sind. Die Autorin wechselt in ihrem Roman zudem verstörend schnell zwischen Gegenwart und Vergangenheit hin und her, was das Verständnis erschwert. Vor allem Lieses Erinnerungen an die brutale Haftzeit unterbrechen immer wieder die Berichte des Treffens. Und am Ende des nicht immer überzeugenden Romans sind zwei Frauen tot. *Bel*

***Reinhild Solf: „Schattenfrauen"**, LangenMüller, München 2012, gebunden, 187 Seiten, 14,99 Euro*

Westalliierte tragen Mitschuld

US-Historiker über die brutale Vertreibung der Deutschen und die Heuchelei seiner Landsleute



Nach verlorenen Kriegen setzen die Siegermächte das Recht und schreiben die Geschichte in ihrem Sinne. Die Wahrheit ist das erste Opfer vor, aber auch nach einem Krieg! Wenn mehr als 60 Jahre nach einem Krieg ein „Sieger" sich die Mühe macht, die Wahrheit ans Licht zu befördern und die Geschichtsschreibung einer Revision zu unterziehen, dann ist das schon eine Sensation, auch wenn dies für die überwiegende Mehrheit der Betroffenen zu spät kommt. In einem akribischen Quellenstudium hat der US-Historiker R. M. Douglas vor allen den Siegermächten in Ost und West den Spiegel ihres ambivalenten und unrechtmäßigen Tuns vorgehalten.

Umso mehr ist die Lektüre des Buches „Ordnungsgemäße Überführung': Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg" ein Muss für die nachfolgenden Generationen, insbesondere für die handelnden Politiker, damit sie sich der Dimensionen ihrer Entscheidungen bewusst werden und weitere Fehler vermeiden. Das Buch ist extrem faktenreich, anspruchsvoll, ja anstrengend. Vor allem erfordert es Charakter- und Nervenstärke, um die Wallungen der Gefühle angesichts der Grausamkeiten wie der Verbrechen an den Heimatvertriebenen unter Kontrolle zu behalten. Der Stempel auf der Titelseite „Ordnungsgemäße Überführung" ist eine Ironie, die ein Ereignis formal-bürokratisch abschließt. Die Vertreibungen waren brutal und völkerrechtswidrig, zogen die Würde des Menschen in den Dreck. Ob „wild" oder „organisiert", Vertreibungen als „Kollektivbestrafung" sind immer ein Willkürakt und nie „ordnungsgemäß".

Das Buch ist gegliedert in 13 Kapitel und umfasst 460 Seiten. Es folgen fast 80 Seiten Anmerkungen und ein Literaturverzeichnis von 24 Seiten. Das Werk ist eine Fundgrube an Fakten, vor allem für historisch Interessierte. Douglas: „Ich habe bestimmte Elemente betont, die meiner Meinung nach besondere Aufmerksamkeit verdienen: die Durchführung der Massenvertreibungen, das Archipel von Konzentrations-, Internierungs- und Sammellagern, das in ganz Mitteleuropa nach dem Krieg entstand, die Implikationen der Vertreibungen für die Entwicklung des Völkerrechts und die (viel) zu wenig beachtete Mitwirkung der Westalliierten bei der Operation, die (sehr) weit über bloße Zustimmung hinausging."

Erstaunlich ist die Bereitschaft, mit der vor allem Historiker aus Polen und Tschechien zum Gelingen dieses Werkes beigetragen haben. Das Buch beginnt 1938 mit „Der Planer" und zeigt auf, welch zentrale Rolle Präsident Edward Benesch spielte, der zwar 1918 den Alliierten einen „multinationalen Musterstaat" Tschechoslowakei versprach, doch genau das Gegenteil schuf. Er betrieb zielstrebig die Vertreibung der Sudetendeutschen und „Ende 1943 hatte das Vertreibungsprojekt aber eine solche Eigendynamik gewonnen, dass nur ein eindeutiges Veto der Großen Drei es noch aufgehalten hätte".

Aufschlussreich ist das Kapitel „Der Plan": „Die Vertreibung unerwünschter Völker ist fast so alt wie die dokumentierte Menschheitsgeschichte." Und dann: „In vieler Hinsicht war der Erste Weltkrieg eine Generalprobe für die Bevölkerungsverschiebungen im 20. Jahrhundert." Wenig bekannt ist die „épuration" (Säuberung) der Franzosen in Elsass-Lothringen zwischen 1918 und 1921, der zirka 100 000 Deutsche zum Opfer fielen. Interessant das Spiel von Stalin mit der Mehrdeutigkeit „Oder-Neiße-Linie", denn es gab eine „östliche" und eine 200 Kilometer westlich davon verlaufende „westliche" Neiße. Dazu: „Stalin versicherte den Lubliner Polen sarkastisch, Churchill werde den Unterschied gar nicht merken." Und so war es dann auch, obgleich der polnische Exil-Premier T. Arciszewski der Presse sagte: „Polen hat nicht den Wunsch, Breslau und Stettin zu annektieren, es wolle höchstens ein von der deutschen Bevölkerung geräumtes Ostpreußen." Während die Briten und Amerikaner die Schuld an den zu „hohen" Verlusten und dem „schrecklichen" Leid nun den Vertreibungsländern und der Sowjetunion gaben, kommt Douglas zu dem Schluss: „Das war und ist eine völlig unaufrichtige Interpretation." Die Westalliierten „hatten ihre Verbündeten zu Handlungen ermutigt und ihre Mitarbeit dabei versprochen, die sie bei ihren Feinden später als Kriegsverbrechen anklagten".

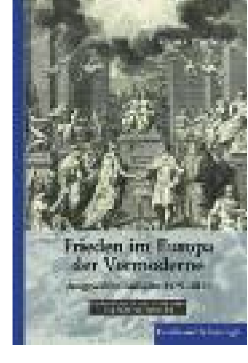
> Autor beschreibt die »Goldgräberstimmung« in Polen und der Tschechoslowakei

Die Kapitel „Die wilden Vertreibungen" und „Die Lager" offenbaren die ganze Bestialität und Brutalität, zu der Menschen aller Völker selbst gegenüber wehrlosen Kindern, Frauen und Greisen fähig sind. Die Zustände in den Internierungslagern müssen so schrecklich gewesen sein, dass die Polen, Tschechen, Rumänen und Jugoslawen selbst der Internationalen Kommission des Roten Kreuzes den Zugang verweigerten. Wie es im gewonnenen „Wilden Westen" zuging, fasst Douglas wie folgt zusammen: „Die Aussage ist nicht übertrieben, dass ‚Goldgräber'-Stimmung die gesamte tschechoslowakische und polnische Gesellschaft von ganz unten bis ganz oben durchdrang. Nach seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil verschaffte sich beispielsweise Hubert Ripka, der neu ernannte Außenhandelsminister, eine große Villa mit 17 Zimmern, die deportierten deutschen Besitzern gehört hatte. Der Minister stattete das Haus bald mit besten Möbeln aus gleicher Quelle aus. Für ein paar eifrige Pioniere war das „Goldgräbertum" nichts weiter als die Fortsetzung eines Profitstrebens, das während des Holocaust begonnen hatte. Wie der „Economist" im Juli 1946 verächtlich feststellte, hatte sich „in Mitteleuropa während des Krieges eine neue Lumpenbourgeoisie ausgebreitet, die zuerst den Besitz ermordeter Juden und dann vertriebener Deutscher plünderte". Im Kapitel „Der Neubeginn" schreibt Douglas: „Rational betrachtet, war das ‚Abladen' einer riesigen verarmten und traumatisierten Bevölkerungsgruppe in einem zerbombten Land, das sie nicht haben wollte und wo keine Vorbereitungen für ihre Aufnahme getroffen waren, ein Rezept für eine Katastrophe." Dass es dazu nicht kam, ist kein Verdienst der Besatzungsmächte, sondern einzig und allein ein Verdienst der Heimatvertriebenen, die sozial degradiert sich in ihr Leid wie ihr grauenvolles Schicksal fügten, es aber zugleich wendeten, um sich diszipliniert und fleißig am Wiederaufbau zu beteiligen. Wenn auch Ende 1947 der „Alliierte Kontrollrat" als Deutschlands provisorische Viermächteregierung die Vertreibung aus „Gründen wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Ungerechtigkeiten" verurteilt, so ist dies auf juristisch-völkerrechtlicher Ebene bis heute unterblieben und wird es ohne „Friedensvertrag" auch bleiben. *Wolfgang Thüne*

***R. M. Douglas: „Ordnungsgemäße Überführung'. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg"**, Beck, München 2012, gebunden, 556 Seiten, 29,95 Euro*

Krieg und Frieden

Und was die Forschung hierzu sagt



Eine wichtige, vielleicht sogar die zentrale Komponente im Schaffen des Frühneuzeithistorikers Heinz Duchhardt (*1943) ist die Friedensforschung. Dementsprechend lautet der Titel der im Verlag Ferdinand Schöningh erschienenen Festschrift für den langjährigen Direktor des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte Mainz „Frieden im Europa der Vormoderne". Im vergangenen Jahr war Duchhardt aus seinem Amt als Institutsleiter verabschiedet worden. Der Sammelband enthält eine hochkarätige Auswahl seiner Aufsätze, Vorlesungen und Vorträge, die zwischen 1979 und 2011 in renommierten Fachzeitschriften und Sammelbänden veröffentlicht worden sind. Der Wissenschaftler steht in der Münsteraner Tradition der historischen Friedensforschung, die er im Rahmen seiner Institutstätigkeit und mit zahlreichen grundlegenden Publikationen maßgeblich geprägt hat. Die von ihm durchgeführten interdisziplinären und internationalen Projekte bezogen sich schwerpunktmäßig auf die historisch-kritische Untersuchung von Friedensverträgen und -kongressen der Frühen Neuzeit aus europäischer Perspektive.

In seinem einleitenden Vorwort unterstreicht der Herausgeber Martin Espenhorst den interdisziplinären Ansatz der von Duchhardt gestalteten Friedensforschung, deren Säulen die Europageschichte, die Diplomatiegeschichte, die Ideengeschichte, das Völkerrecht und die Geschichte der internationalen Beziehungen bilden. Durchhardt habe die Begriffsgeschichte auf ein zutiefst realhistorisches Fundament gestellt. „Friedenswahrung", „Friedensverträge", „Friedensordnung" und „Erinnerungskultur" sind Leitkategorien, nach denen auch die vier Kapitel des Buches benannt sind. Die jeweils darin zusammen gefassten Beiträge nehmen schwerpunktmäßig auf den Westfälischen Frieden von 1648 Bezug. Aber auch die nachfolgenden Friedens- und Ordnungsmodelle werden herangezogen, wenn der Autor etwa in großen Zügen die politische Entwicklung im Ancien Régime erläutert. Insgesamt ist diese Lektüre für alle interessierten Leser mit Vorkenntnissen gewinnbringend, da die Texte im Ausdruck klar und verhältnismäßig frei von den Schlacken fachlicher Verklausulierungen sind. Ein großer Wissensschatz wird allerdings voraus gesetzt, weshalb die Zuhilfenahme von Nachschlagewerken unverzichtbar ist.

> Westfälischer Frieden setzte neue Maßstäbe

Ohne den Westfälischen Frieden, der zwischen dem 15. Mai und dem 24. Oktober 1648 in Münster und Osnabrück geschlossen wurde und der als Meilenstein des frühmodernen Völkerrechts gilt, wäre die Entwicklung Europas anders verlaufen, so der Tenor des Buches. Nichtbefristung, Gefangenenaustausch, Amnestie: Damit setzte Europa Standards, die es über die Verträge mit seinen Anrainerstaaten in das weltweite Völkerrecht einzubringen versuchte. Dieses Vertragswerks zeigte die Richtigkeit des Grundsatzes, dass eine Teillösung nicht genügt; für den kleinräumigen Kontinent ist eine Gesamtlösung erforderlich, bei der alle souveränen Gemeinwesen mit ihren Interessen adäquat berücksichtigt werden. Dennoch gab es im 17. Jahrhundert kein einziges Jahr, in dem nicht irgendwo Krieg herrschte.

Die neue Gleichgewichtsidee als legitimierende Basis der internationalen Politik habe aber den Nebeneffekt gehabt, dass das Heilige Römische Reich deutscher Nation in seiner Gesamtheit immer mehr an die Peripherie gedrückt worden sei („Westfälischer Friede und Internationales System"): „Die Überwachung und Steuerung des Gleichgewichts setzte ein System aufeinander bezogener und rivalisierender Großmächte voraus; da das Reich als Corpus, das vom Kaiser auch sorgfältig von allen internationalen Friedenskongressen ferngehalten worden war, diesen Status aber weder erreichen konnte noch wollte, ist es niemals zu einem mitgestaltenden Teilnehmer des sich formierenden Mächtekonzerts geworden", so Durchhardt. *D.J.*

***Heinz Duchhardt: „Frieden im Europa der Vormoderne. Ausgewählte Aufsätze 1979 bis 2011"**, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2011, 209 Seiten, 34,90 Euro*

Doktor in Wut

Mediziner kritisiert Gesundheitsbranche



Eine der Säulen unserer Gesellschaft ist die medizinische Versorgung. Wie die Energiewirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie ist unser Gesundheitswesen von massiven wirtschaftlichen Interessen mitbestimmt. Produktion, Vertrieb und Handel funktionieren auf der Basis von Netzwerken und Interessenausgleich. In aller Regel werden diese Strukturen nicht hinterfragt, auch weil man sie für undurchschaubar hält. Anlass zum Nachdenken ergibt sich für Patienten oftmals erst, wenn Schmerz, Leid oder ein Todesfall eingetreten ist und zum Beispiel eine falsche Medikamentenverordnung als Ursache vermutet wird.

Der Heidelberger Hausarzt, Dozent, Berater und Bestsellerautor Dr. med. Gunter Frank beklagt in seinem in den Medien umstrittenen Buch „Schlechte Medizin. Ein Wutbuch", dass es in sehr vielen Fällen allerdings gar nicht mehr möglich sei, einen solchen Zusammenhang zu erkennen. Warum das der Fall sei, warum also Millionen Menschen, wie er behauptet, unwissentlich zu Opfern schlechter Medizin werden, glaubt er zu wissen. Dieses vermeintliche Wissen löste seine Wut aus und veranlasste ihn zum Schreiben seines pamphletartigen Buches.

> Gesunde Ernährung soll wenig helfen

Große Mühe hat er darauf verwandt, seine Hauptthese zu untermauern, dass die allermeisten Menschen heute aufgrund einer Absenkung der Normwerte, meist für Blutdruck und Cholesterin, fälschlicherweise für krank erklärt würden. Nicht nur chronisch Kranke, sondern auch für krank erklärte Gesunde erhalten demnach unwissentlich jahrelang Medikamente gegen Diabetes und Bluthochdruck mit der Folge schwerer, oft sogar tödlicher Nebenwirkungen. Allein auf der Grundlage unzureichender Studien und wegen der Absenkung von Normwerten seien sie als Patienten oder besser „Kunden" gewonnen worden. Damit würde ihnen auch unnötigerweise Angst eingejagt, betont der Autor, und schließlich sei ihnen natürlich auch der Blick auf die Ursache bestimmter, später eingetretener Beschwerden verstellt: eine falsche Diagnose. Aus diesem Grund hat sich Gunter Frank sogar die Mühe gemacht, seiner Leserschaft die Bewertungskriterien von medizinischen Studien zu erläutern; denn handwerklich schlecht gemachte Studien würden zum Risiko für zahllose Menschen, wenn darüber hinaus keine Erfahrungswerte vorliegen und sie dennoch als Basis für neue Richtwerte herangezogen werden. Genauso werde bei der Absenkung der Normwerte verfahren, so der Autor Frank.

> Sind die Motive des Autors uneigennützig?

Der Ton des Buches ist oft polemisch, und Frank schlüpft immer wieder in seine Rolle als Trainer und Berater von Firmenpersonal, indem er seine Leser persönlich anspricht, um sie auf seine Seite zu ziehen. Energisch widerspricht er der auf der US-amerikanischen Framingham-Studie beruhenden grundsätzlichen Annahme, durch Prävention könnten Zivilisationskrankheiten verhindert werden. Diese irrige Annahme habe zur derzeitigen Situation der übermäßigen Medikamentenverordnung geführt. Als Hauptschuldige in dem undurchsichtigen System – und darin scheint er mit den von ihm im Fach „Gesundheitsmanagement" unterwiesenen Chemikern und Pharmakologen überein zu stimmen, was er an einer Stelle den Leser wissen lässt – hat Dr. Frank die medizinischen Hochschulprofessoren ausgemacht. Sie allein würden entscheiden, welche Medikamente in den Forschungseinrichtungen getestet werden und welche nicht. „Mietmäuler" nennt er sie.

Eigentlich muss man Gunter Frank dafür dankbar sein, dass er den Finger in die Wunde legt. Doch könnte es vielleicht sein, dass er einen Kreis von Gleichgesinnten hinter sich weiß, vielleicht sogar Interessenvertreter aus der Lebensmittelbranche? Frank meint nämlich, Diäten seien nutzlos. In einem „Stern"-Interview hat er versichert, Fastfoodesser seien nicht dicker als der Durchschnitt. Nun noch dies: Auf der Internetseite eines Zürcher Beratungsunternehmens für Führungskräfte empfiehlt sich Gunter Frank als „Berater namhafter Firmen". *Dagmar Jestrzemski*

***Gunter Frank: „Schlechte Medizin. Ein Wutbuch"**, Knaus Verlag, München 2012, kartoniert, 285 Seiten, 16,99 Euro*

Gerd Schultze-Rhonhof
Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939

Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg Die Besetzung der Tschechei durch deutsche Truppen von 1939 bis 1945 und die anschließende Vertreibung der Sudetendeutschen von 1945 bis 1946 werden heutzutage gemeinhin als das »tschechischdeutsche Drama des 20. Jahrhunderts« wahrgenommen. Die Zeit davor löst sich im Nebel des Vergessens auf, dennoch strahlen diese Jahre bis 1939 auf die Zukunft ganz Europas aus: Es sind die Ereignisse jener Zeit, die direkt in den Zweiten Weltkrieg führen. Deshalb ist das tschechisch-deutsche Verhältnis von 1918 bis 1939 ein entscheidender und schicksalhafter Abschnitt der deutschen Geschichte. Der Autor des Buches »1939 Der Krieg, der viele Väter hatte« untersucht nun, wie das Geschehen in der Tschechoslowakei von 1918 bis 1939 den Marsch in den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat. Er zeichnet ein differenziertes Bild des Vielvölkerstaats mit seinen sieben Sprachnationen und den sechs Millionen Minderheitenbürgern, die 1938 und 39 diesen Staat verlassen wollten. Er lässt dabei immer wieder sowohl die damals lebenden Slowaken, Tschechen und Ruthenen als auch die Sudetendeutschen zu Wort kommen, so dass sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann.



Vom Autor signiert!

Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 6746, € 34,00



Vom Autor signiert!

Gerd Schultze-Rhonhof
1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte
Geb., 656 Seiten
Best.-Nr.: 2261, € 39,95

Arno Surmanski

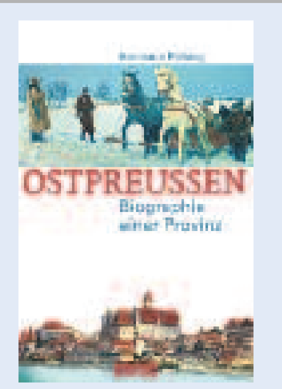


Tod eine Richters
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171
€ 19,95

Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973
€ 14,95

Das alte Ostpreußen
Bild-/Textband
In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden.
Großformat, Geb., 359 Seiten
Best.-Nr.: 6430
€ 19,95

Vom Autor signiert! (Nur geringe Stückzahl verfügbar!)



Hermann Pölking
Ostpreußen – Biographie einer Provinz
928 S., 131 Abb., 15 Karten
Best.-Nr.: 7144, € 29,95



DVD
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



CD
Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



DVD
Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



CD
Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



CD
Frohe Jagd!
Konzertsuite nach jagdlichen Motiven
Es spielt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
15 Titel, Gesamtspielzeit: 40:57 Min
Best.-Nr.: 7180, € 14,95



CD
statt € 12,90 nur € 9,95
Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen

Vermisst, verloren, vergessen: Über 20 000 deutsche Kinder werden ab 1944 in Ostpreußen von ihren Familien getrennt. Monatelang streifen sie, Wölfen gleich, durch die Wälder Litauens. Jetzt erzählen die letzten Wolfskinder ihre Geschichte.
Hunderttausende Deutsche flohen Ende des Zweiten Weltkriegs vor der Roten Armee aus Ostpreußen und Königsberg. Immer wieder gingen Kinder auf der Flucht verloren oder erlebten die Ermordung der eigenen Familie.
Andere mussten ohnmächtig mitansehen, wie ihre Geschwister verhungerten, die Großeltern aus Schwäche starben oder die Mutter einer Epidemie erlag. Auf sich allein gestellt, überlebten diese Kinder in den Wäldern des Baltikums. Man nannte sie »Wolfskinder«. Die Journalistin Sonya Winterberg hat die letzten Zeitzeugen dieser dramatischen Jahre besucht. Nach jahrzehntelangem Schweigen erzählen sie erstmals von der Angst, dem Hunger und der lebenslangen Einsamkeit. Aber auch von Menschen, die ihnen das Überleben ermöglichten und den Weg in die Zukunft wiesen.

Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191
€ 19,99

Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95



Peter Gosztony
Der Kampf um Berlin 1945
in Augenzeugenberichten
Geb., 436 Seiten
Best.-Nr.: 7188, € 19,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 139,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091
€ 19,95



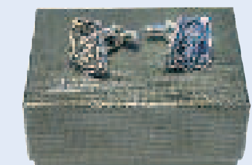
E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00





Husaren-Manschettenknöpfe





Silbernes Herrschermonogramm „F.W, R" mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertige Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017, € 24,95

Rundstempel



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539

pro Stück nur € 12,95



Udo Ulfkotte
Mein Feld, mein Wald, mein Teich
Gebunden, 272 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7190, € 19,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze

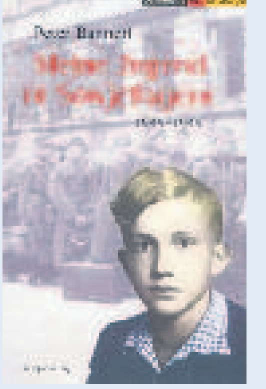


Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Königsberg- Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95



Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95



Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker
Best.-Nr.: 5889

Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6055

Königsberg-Anstecker
Best.-Nr.: 6056

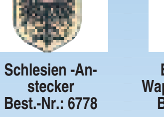
Westpreußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6504



Sudetenland-Anstecker
Best.-Nr.: 6880



Schlesien-Anstecker
Best.-Nr.: 6778

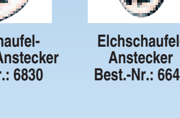


Elchschaufel-Wappen-Anstecker
Best.-Nr.: 6830

Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6642



Preußenadler-Flaggen-Anstecker
Best.-Nr.: 6722



Preußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6057

Pommern-Anstecker
Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95



DVD
Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Königsberg-Wappen Nadel



Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr" Maße: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
29/12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Kairos Christen gegen Clinton

Kairo – Christliche Politiker, Geistliche und Prominente Ägyptens haben ein Treffen mit US-Außenministerin Hillary Clinton bei ihrem jüngsten Besuch in Kairo verweigert. Sie wollten so gegen die Unterstützung der USA für die Muslimbruderschaft protestieren. Demonstranten aus dem christlichen und nichtreligiösen Lager bewarfen Clintons Wagenkolonne aus dem gleichen Grund mit Schuhen, Tomaten und Wasserflaschen. *H.H.*

Garmisch entfernt Kreuz

Garmisch-Partenkirchen – Garmisch-Partenkirchen hat auf arabischsprachigen Katalogen das Gipfelkreuz auf der Zugspitze wegretuschieren lassen. Damit soll Rücksicht genommen werden auf die Gefühle islamischer Besucher, die sich von dem christlichen Symbol auf Deutschlands höchstem Berg irritiert fühlen könnten. Obwohl deren Zahl nur wenige Tausend beträgt, hat der Ski-Ort auch bereits Gebetsräume für Muslime eingerichtet. *H.H.*

ZUR PERSON

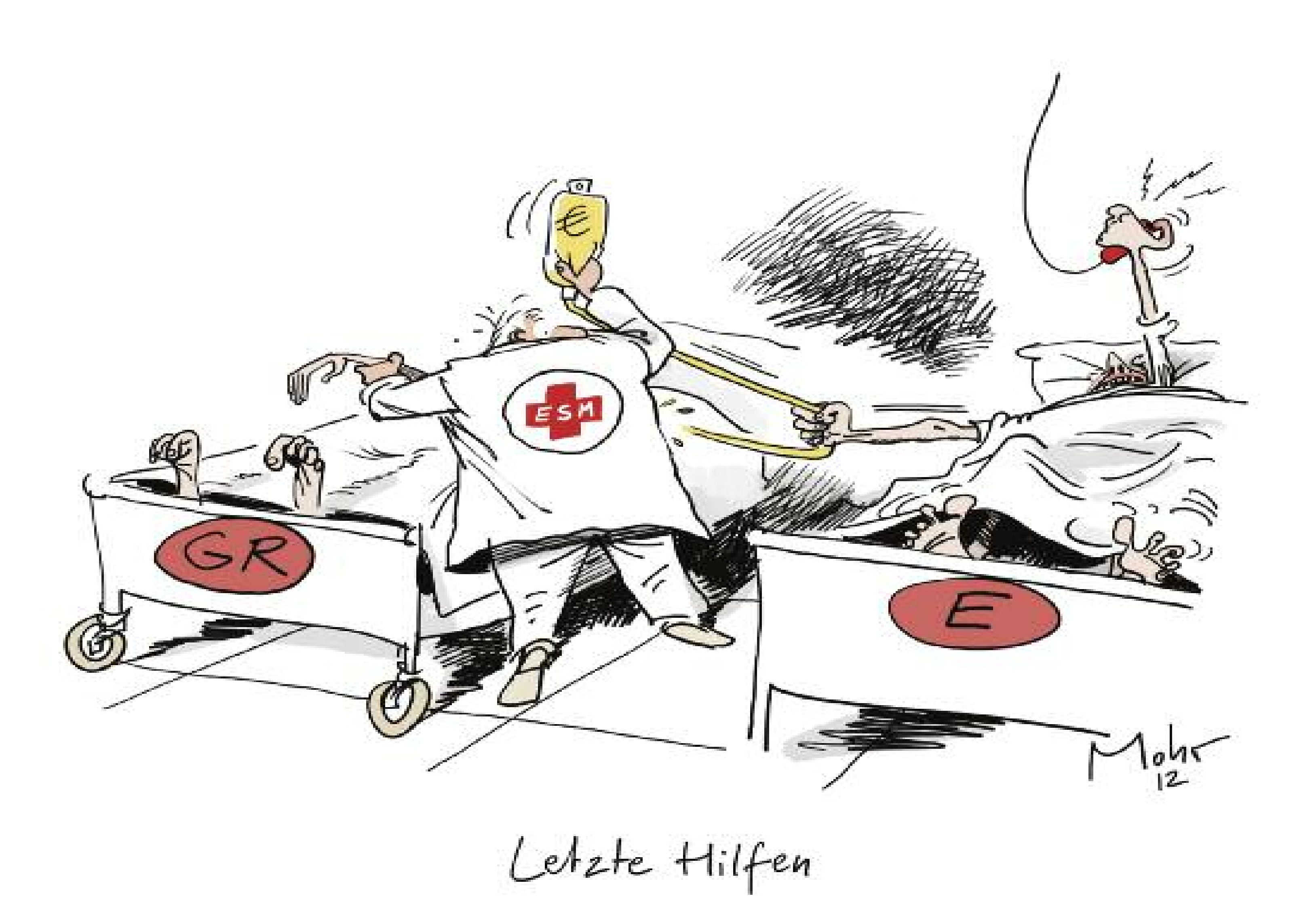
Opels Mann fürs Grobe

Nach dem plötzlichen Ausscheiden des bisherigen Opel-Chefs Stracke einigte sich der Opel-Aufsichtsrat schnell auf einen Nachfolger. **Thomas Sedran** (47) soll den Karren retten. „Sedran wird von allen Seiten akzeptiert“, heißt es. Arbeitnehmer sollen ihn für seine Entscheidungsfreude loben, der Unternehmensleitung gilt er als Sanierungsexperte. Erst im April dieses Jahres wurde Sedran in den Opel-Vorstand berufen, wo er das neu geschaffene Strategie-Ressort übernahm. Und auch davor war er kein Unbekannter für Opel: Der promovierte Ökonom Sedran betreute den Autobauer schon 2009 in seiner Funktion als Experte der Münchner Unternehmensberatung Alix Partners. Als erfahrener Unternehmensberater sollte er den Rüsselsheimern bei der Restrukturierung helfen.

Ergebnis: Bei der jüngsten Sanierung wurden ein Werk geschlossen und 8000 Mitarbeiter entlassen. Das Werk in Rüsselsheim kämpft aufgrund eines drastischen Absatzschwunds im Kernmarkt Europa ums Überleben, mit der Schließung des Bochumer Werks ist zu rechnen. Ein Ausgleich durch Verkäufe auf den Wachstumsmärkten China oder Lateinamerika bleibt den Opelanern verschlossen, weil der Mutterkonzern General Motors dort selbst seine Billigmarke Chevrolet absetzen will.



Wie der gebürtige Augsburger dem Absatzeinbruch bei Opel entgegenwirken will, bleibt offen. Damit der deutsche Autobauer seine Standortgarantie bis 2016 einhalten kann, werden harte Einschnitte vonnöten sein. Beobachter geben Sedran nur bis Jahresende Zeit, sich zu bewähren. Dann dürfte das Personalkarussell bei der Opel-Spitze sich erneut drehen: In den vergangenen drei Jahren wurden drei Vorstandsvorsitzende verschlissen. *M. Rosenthal-Kappi*



Zeichnung: Mohr

Braune Briefe

Wer wohl hinter dem ESM-Protest der NPD steckt, was EU-Kommissar Barnier noch unterm Hut hat, und wohin Gabriel springt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Endlich ist auch die NPD wach geworden und stürzt sich in die Euro-Debatte. In einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten vergleicht Parteichef Holger Apfel die Zustimmung des Bundestages zum ESM-„Rettungsschirm“ mit dem Ermächtigungsgesetz. Heute wie damals 1933 habe sich das Parlament selbst entmachtet.

Ein NPD-Chef mokiert sich über das Ermächtigungsgesetz von 1933, das ist ja schon an sich ein Witz. *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld fand aber noch etwas zum Lachen in dem Apfel-Brief. Im Internet-Portal „achgut.com“ wundert sie sich, dass der NPD-Chef seine Eingebung erst verbreitete, als der ESM-Beschluss längst durch war und überdies alle Parlamentarier im Urlaub sind („da schickt der braune Apfel einen Brief in die leeren Bundestagsbüros“). Lengsfeld weist außerdem darauf hin, dass der Vergleich mit 1933 von „Attac“ stammt und von der NPD bloß abgekupfert wurde.

„Was soll das Ganze?“, fragt die Kollegin und hat eine Idee: „Wenn man darüber nachdenkt, fällt auf, dass die NPD-Post geeignet ist, die berechtigten Proteste gegen den ESM zu stigmatisieren. Sollte das der eigentliche Grund für die Aktion gewesen sein? Man wüsste in diesem Zusammenhang doch gern, was die V-Leute des Verfassungsschutzes in der NPD immer noch treiben. Waren sie an der Abfassung des Briefes beteiligt?“

Tatsächlich haben sich etliche Medien unglaublich erregt über diesen Vergleich, nur selten wurde dabei die Urheberschaft von „Attac“ erwähnt. Und seit der NPD-V-Mann-Affäre von 2003 haben wir es ja schwarz auf weiß, dass die braune Szene von oben bis unten mit Verfassungsschutz-Agenten durchsetzt ist.

Daher könnte Vera Lengsfeld also durchaus richtig liegen. Was uns allerdings ziemlich übel aufstößt, ist dieser anklagende Unterton der Autorin. Die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes ist doch der Kampf gegen Rechts. Und was bedeutet Kampf gegen Rechts? Theoretisch, sozusagen fürs Protokoll, ist es die Abwehr demokratiezerstörender Attacken vom rechtsextremen Rand. Praktisch, also sozusagen für die Wirklichkeit, ist es das Anliegen, bürgerlich-demokratische Positionen von rechts der Mitte in braune Soße zu tunken, damit sie im doppelten Sinne des Wortes unmöglich werden. Genau das hätte der Verfassungsschutz versucht, wenn er hinter der Brief-Aktion stehen sollte! Wir sehen also: Unsere Inlands-Spione tun nur, was ihnen aufgetragen wurde. Alle abweichenden Positionen sind zu schreddern.

Hubertus Heil wird jedenfalls überglücklich sein. Der SPD-Fraktionsvize hatte den FDP-Abgeordneten Frank Schäffler als „Nationalisten“ vom Rand des politischen Spektrums entlarvt, weil der den ESM ablehnt. Leider fiel Heil keine echte Begründung ein für den Affront. Das wird ab jetzt anders: Bei der nächsten Gelegenheit braucht er nur den Apfel-Brief hochzuhalten: „Schäffler, Sie Nazi, Sie liegen ja auf der Linie des NPD-Vorsitzenden!“

> Der SPD-Chef hat sich in seinen eigenen Taschenspielertricks verfranzt

Aus dem Loch kommt der liberale Finanzexperte nie mehr raus. Engagierte Medienleute werden nach einiger Zeit vielleicht auf die Formulierung übergehen: „Schäffler, der nationalistische FDP-Rebell, der 2012 gemeinsam mit NPD-Chef Holger Apfel gegen den ESM-Beschluss hetzte.“ Dann ist der Mann politisch tot, der Kampf gegen Rechts um eine Trophäe reicher und der Verfassungsschutz jedes Lob wert.

Schäffler ist nicht der einzige, der aufs Korn genommen wird. Der stachlige Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn sorgt für heftigen Unmut: Sein linker Kollege Peter Bofinger bescheinigt Sinn „Stammtisch-Ökonomie“, wegen dessen Euro-Kritik. „Stammtisch“ ist immer irgendwie „rechts“, womit die Stoßrichtung schon mal klargestellt wäre. Könnte der Verfassungsschutz über eine seiner zahlreichen NPD-Adressen nicht mal einen Brief an alle Bundesabgeordneten schreiben, in dem ein paar gut ausgewählte Sinn-Thesen unterstützt werden?

Das wäre jetzt sehr hilfreich, da womöglich neues Unbehagen ins Haus steht, von dem das Volk aus dem Munde unverantwortlicher Hetzer Wind bekommen könnte. Bekannt ist: Mit der Idee, dass alle Euro-Länder gemeinsam für alle Banken des Euro-Raums haften sollen, ist man erst mal nicht durchgekommen. Schade. Doch so schnell geben sie nicht auf. Der EU-Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier hat schnell einen Alternativplan ausgeheckt. Danach sollen alle 27 EU-Länder nationale Krisenfonds für ihre Banken aufbauen, wie Deutschland es bereits getan hat. Gespeist wird der deutsche Fonds aus Beiträgen der Banken.

Woher die das Geld wohl haben? Zum Teil sicher aus Kürzungen der Einlagenzinsen für ihre Sparer, also vom Bürger. Aber immerhin ist das keine „Bankenunion“, bei der alle für alle haften, also keine neue Schleuse, durch die deutsches Geld unkontrolliert woandershin fließt.

Das jedoch soll laut Barnier anders werden: Zwar sollen die Fonds national bleiben, jeder für sich. „Unter bestimmten Bedingungen“ aber, so Barniers Entwurf, können die nationalen Fonds „gezwungen“ werden, einem anderen Land Kredit zu geben. Und wer „bestimmt“ die „Bedingungen“? Das ist eigentlich keine Frage. Ob in der EU-Kommission, an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) oder wo auch immer: In allen diesen Gremien haben jene Länder die Mehrheit, die solche „Bedingungen“ recht elastisch auslegen.

Als hätten wir's gewusst: Statt sich von der Bankenunion mit Gemeinschaftshaftung zu verabschieden, hat der EU-Kommissar sie nur unter einem anderen Hütchen versteckt, um sie uns so doch noch unterzujubeln.

Die sind wirklich gerissen, die Jungs. Sie lassen sich allerdings nur ungern erwischen bei ihrem Treiben, seitdem sich die Leute nicht mehr so leicht mit einem „Das wird schon gut ausgehen, macht euch keine Sorgen!“ betäuben lassen. Viele Europäer, die Deutschen zumal, sind nervös und misstrauisch geworden. Daher prasselt die ganze Wut der Euro-Akrobaten auf Leute wie den Sinn nieder, die den duftenden Nebel des blinden Vertrauens umgehend wegpusten, auf dass alle sehen können, was wirklich passiert. Wolfgang Schäuble findet Sinns Machenschaften „empörend“.

Sigmar Gabriel eigentlich auch. Allerdings hat der SPD-Chef die allergrößten Schwierigkeiten, so etwas wie einen eigenen Standpunkt zu finden, weshalb er ständig herumspringt.

Der Reihe nach: Zunächst unterstützte die SPD bekanntlich die Südeuropäer bei ihrem Ringen um einen „Wachstumspakt“, der 130 Milliarden Euro in jene Staaten pumpen soll im Gegenzug für Sparverpflichtungen. Insbesondere Italien, Spanien und Frankreich hatten das gefordert. Die deutschen Sozialdemokraten versprachen dem sozialistischen Präsidenten von Frankreich in Paris, ihrer Kanzlerin damit zu drohen, den ESM platzen zu lassen, falls sie den „Wachstumspakt“ nicht schlucke.

Dann, wir berichteten, erpresste Italiens Monti die Kanzlerin in Brüssel Ende Juni rotzfrech damit, den von ihm selbst geforderten „Wachstumspakt“ seinerseits zu blockieren, wenn sie nicht zustimme, dass der ESM Geld direkt an notleidende Banken überweisen dürfe. Er wusste ja, was die deutsche SPD versprochen hatte, Merkel saß also in der Falle.

Soweit, so übel. Nun aber, da Milliarden auch deutscher Hilfsgelder als Kredit erstmals direkt an spanische Banken gehen sollen, schreit Gabriel auf: „Nicht mit uns!“ Das Geld der Bürger dürfe doch nicht an die Banken gehen, während deren Gläubiger ungeschoren blieben. Zwar hat der Spanien-Deal noch nichts mit dem ESM zu tun. Dennoch wird hier bloß das umgesetzt, was nur durch die Hilfe der SPD und gegen den Willen der Bundesregierung im ESM Gang und Gäbe sein wird. Armer Gabriel: So sieht einer aus, der sich in den Winkeln seiner eigenen Taschenspielertricks verfranzt hat. Ein ziemlich blöder Anblick.

MEINUNGEN

In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (15. Juli) zitiert Christine Brinck den ***Soziologen Hans Bertram*** *mit einem Satz, der laut Brinck zeige, welchen Stellenwert Kinder heute hätten. Bertram, der auch das Bundesfamilienministerium berät, sagte zu der Frage, wovon es abhinge,* ***ob eine Mutter*** *in den* ***Beruf*** *zurückkehre* ***oder*** *ein* ***weiteres Kind*** *anstrebe:*

„Von ihrer Qualifikation ... und von der Haltung zu ihrem Kind. Kinder sind sehr verführerisch und attraktiv – für Mütter immer noch viel mehr als für Väter. Es liegt an den Unternehmen, gegenzuhalten mit attraktiven Beschäftigungsangeboten.“

Horst von Buttlar *zeigt in der „Financial Times Deutschland“ vom 9. Juli auf, wohin der* ***Euro*** *Europa* ***geführt hat****:*

„Was soll der Euro uns noch verheißen? Eine Währung, die einer ganzen Generation die Freude an der Zukunft raubt, weil sie nur an Untergang erinnert? ... Es ist wirklich erbärmlich, was davon [der europäischen Idee] übriggeblieben ist, dieser Rest, der nur noch am Abgrund handelt. Und wenn jemand ‚mehr Europa‘ ruft, dann sollte er so ehrlich sein und ‚mehr Geld‘ rufen. Denn darum geht es doch ... ESM, das klingt wie SOS, das Hilfesignal von Europa.“

Bettina Röhl *fragt sich in der „Wirtschaftswoche“ (online 17. Juli),* ***wozu*** *Europa den* ***Euro*** *eigentlich benötigt:*

„Europa existiert doch schon. Warum um alles in der Welt muss in einer Art Kamikazeflug Europa herbei geschossen werden?“

Die Faustregel

Wie einst in Delphi Pythia
sind heute Agenturen da,
die Zukunft zu erraten –
und wenn der Pleitegeier ruft,
wird eben flott herabgestuft,
ob Banken oder Staaten.

Italien betraf's zuletzt,
und manche fragen nun entsetzt:
Wie konnte das passieren,
denn sorgt dort nicht
seit letztem Jahr
als Goldmann-Sachsen-Kommissar
der Monti für Manieren?

Doch seht nur, gar nix ist passiert:
Die Kurse hat es nicht tangiert,
und Großkredit gibt's weiter,
sind Investoren ja perfekt
durch Schirme aller Art gedeckt –
da bleibt man froh und heiter!

Alsbald schon winkt noch mehr an Glück,
denn Berlusconi kehrt zurück,
wie Meldungen besagen:
Gebräunt, verschlankt
und durchtrainiert,
so quasi
generalsaniert,
will er es nochmals wagen.

Auf dass sie besser sich verkauft,
hat die Partei er umgetauft,
der Adler wird zum Wappen,
und mit genügend Rauch und Schall,
wie altbewährt auf jeden Fall,
könnt's wirklich wieder klappen.

Wer Sieger wird das nächste Mal,
ist aber ohnehin egal –
wie überall bei Wahlen,
denn nach dem kurzen Gaudium
ist stets das Volk genauso dumm,
und muss die Zeche zahlen ...

Pannonicus